

Februar 2022

FIW-Jahresgutachten

Die österreichische Außenwirtschaft 2022



Projektleitung:

Harald Oberhofer (WIFO, WU Wien), Robert Stehrer (wiiv)

AutorInnen:

Vasily Astrov, Richard Grieveson, Bernhard Moshhammer,
Robert Stehrer, Roman Stöllinger (wiiv)
Harald Oberhofer, Yvonne Wolfmayr (WIFO)

Wissenschaftliche Assistenz:

Beate Muck, Monika Schwarzhappel (wiiv)
Sabine Ehn-Fragner, Alexander Hudetz, Irene Langer, Tim Slickers (WIFO)

Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW).

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Datenbanken. Das Kompetenzzentrum FIW ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien mit der Universität Wien, der Johannes Kepler Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Rechenzentrums.

Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) sowie des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) finanziert.

Das Jahresgutachten wurde aus Mitteln des BMDW gefördert. Alle Rechte vorbehalten. Jeder Teil des Inhalts dieses Gutachtens kann unter Bezugnahme auf die Quelle zitiert werden.

Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

FIW-Jahresgutachten 2022

Inhaltsverzeichnis	Seite
Executive Summary	I
1. Einleitung	1
2. Internationale Rahmenbedingungen	5
2.1 Konjunkturentwicklung.....	5
2.1.1 Globale Konjunkturentwicklung.....	5
2.1.2 Konjunkturentwicklung in den wichtigsten österreichischen Handelspartnern.....	6
2.2 Wechselkurse und FDI	8
2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse	8
2.2.2 FDI-Entwicklungen	11
2.3 Entwicklung des Außenhandels.....	12
3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft bis zum 3. Quartal 2021	15
3.1 Überblick.....	15
3.2 Warenaußenhandel.....	17
3.3 Dienstleistungsaußenhandel	25
3.4 Wertschöpfungs- und Lieferketten: Importabhängigkeit Österreichs bei kritischen Produkten	30
4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2021 bis 2023	33
4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsaußenhandels	33
4.2 Kurzfristige Prognose der Leistungsbilanz und anderer Kennzahlen.....	40
4.3 Prognoserisiken.....	42
5. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel	44
5.1 Trends und Herausforderungen	45
5.1.1 Rezente Entwicklungen im internationalen Handelssystem	45
5.1.2 Änderungen von globalen Wertschöpfungsketten.....	49
5.1.3 Chinas Entwicklung zum strategischen Partner und systemischen Rivalen.....	51
5.1.4 Technologie und Umwelt als Chance und Risiko	53
5.1.5 Europäische Antworten zur Reduktion strategischer Abhängigkeiten	56
5.2 Mittelfristige Prognose der globalen Handelsentwicklung	60
5.3 Schlussbemerkungen	63
6. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	65
7. Literatur	68

FIW-Jahresgutachten 2022

Abbildungsverzeichnis

Seite

Abbildung 2.1:	Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex.....	8
Abbildung 2.2:	Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen	10
Abbildung 2.3:	FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.....	11
Abbildung 2.4:	FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern	12
Abbildung 2.5:	Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion	12
Abbildung 2.6:	Einkommenselastizität des Handels.....	13
Abbildung 2.7:	Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern.....	14
Abbildung 3.1:	Finanzmarktkrise und COVID-19-Krise im Vergleich.....	15
Abbildung 3.2:	Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung	16
Abbildung 3.3:	Einschätzungen österreichischer Einkaufsmanager zur Lieferzeit und zu Einkaufspreisen	17
Abbildung 3.4:	Entwicklung der österreichischen nominellen Warenexporte und -importe	18
Abbildung 3.5:	Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten.....	21
Abbildung 3.6:	Wachstumsbeiträge zur Veränderung der österreichischen Importe in ausgewählten Gütergruppen nach Regionen und den jeweils wichtigsten Partnerländern.....	23
Abbildung 3.7:	Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC)	24
Abbildung 3.8:	Entwicklung der realen Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR	25
Abbildung 3.9:	Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten	27
Abbildung 3.10:	Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten	29
Abbildung 3.11:	Länderstruktur der Importe importabhängiger Produkte nach Technologieklassen, 2018.....	30
Abbildung 3.12:	Länderstruktur der Importe von Produkten mit hoher Importabhängigkeit nach COVID-kritischen Produktgruppen, 2018.....	31
Abbildung 3.13:	Geographische Konzentration von Importen und Volatilität der Exporte im österreichischen Außenhandel von Schlüsseltechnologien	32
Abbildung 4.1:	Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex	33
Abbildung 4.2:	Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung.....	34
Abbildung 4.3:	Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2020 und Prognose 2021 bis 2023 nach Regionen und den Top-5-Exportmärkten	36

FIW-Jahresgutachten 2022

Abbildung 4.4:	Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungsexporte Österreichs, 2010 bis 2023	38
Abbildung 4.5:	Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor	39
Abbildung 4.6:	Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real	40
Abbildung 5.1:	Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen	45
Abbildung 5.2:	Anzahl der allgemeinen und COVID-19-bezogenen handelsrelevanten Maßnahmen und davon erfasste Handelsvolumen	46
Abbildung 5.3:	Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen	47
Abbildung 5.4:	Wichtigste Lieferländer von kritischen Rohstoffen an die EU	57
Abbildung 5.5:	Anteil der 137 identifizierten Produkte, für die in sensitiven Ökosystemen der EU eine Abhängigkeit besteht	59
Abbildung 5.6:	Exportentwicklung und Modellprognose des Warenhandels 2016-2026	61
Abbildung 5.7:	Weltmarktanteile und Modellprognose an den Güterexporten, 1970 bis 2026	62

FIW-Jahresgutachten 2022

Übersichtsverzeichnis

Seite

Übersicht E1:	Hauptergebnisse der kurzfristigen Prognose für den österreichischen Außenhandel	II
Übersicht 2.1:	Reale BIP-Entwicklung in den wichtigsten Volkswirtschaften.....	5
Übersicht 2.2:	Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner	7
Übersicht 3.1:	Österreichs Warenaußenhandel im Überblick.....	18
Übersicht 3.2:	Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten.....	20
Übersicht 3.3:	Rangliste der Hauptexportpartner Österreichs im Vergleich zwischen 2020 und 2021	22
Übersicht 3.4:	Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen	24
Übersicht 3.5:	Österreichs Dienstleistungsaußenhandel lt. VGR im Überblick	26
Übersicht 3.6:	Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten	26
Übersicht 3.7:	Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten.....	28
Übersicht 4.1:	Aktuelle Entwicklung des österreichischen nominellen Warenaußenhandels	35
Übersicht 4.2:	Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen	37
Übersicht 4.3:	Handelsbilanz Österreichs im internationalen Vergleich	41
Übersicht 4.4:	Zahlungsbilanzprognose	41

Executive Summary

Auch im beginnenden dritten Jahr der COVID-19-Pandemie bestimmen das Infektionsgeschehen und die damit verbundenen persönlichen sowie wirtschaftlichen Einschränkungen die Entwicklung der Weltwirtschaft und der österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen. Nach einem historisch einmaligen Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung, ausgelöst durch flächendeckende Lockdown-Maßnahmen im Frühjahr 2020, konnte sich die weltweite Industrieproduktion rasch erholen und zum Vorkrisenniveau zurückkehren. Vor diesem Hintergrund konnte auch der weltweite Warenhandel wieder dynamisch an Fahrt aufnehmen. **Seit dem Frühjahr 2021 belasten jedoch Lieferengpässe und Materialknappheiten die weitere Entwicklung.** Der Dienstleistungshandel, und hier vor allem der Reiseverkehr, konnte mit dieser Entwicklung pandemiebedingt nicht Schritt halten. Lockdowns, Reisebeschränkungen sowie Reisewarnungen hinterließen bis zu Beginn des Jahres 2022 ihre deutlichen negativen Spuren, vor allem für die österreichischen Reiseverkehrsexporte.

Das vorliegende FIW-Jahresgutachten widmet sich der aktuellen Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft. Im Zentrum stehen eine Darstellung und Beschreibung der Handelsaktivitäten im Kalenderjahr 2021 sowie eine kurz- und mittelfristige Prognose. Die Einschätzung der aktuellen Lage beruht auf vorläufigen Daten bis zum 3. Quartal, bzw. wenn verfügbar bis zum Spätherbst 2021. Die kurzfristige Prognose umfasst die Zeitperiode von 2021 bis 2023 und widmet sich schwerpunktmäßig dem aktuellen Kalenderjahr. Die mittelfristige Prognose gibt darüber hinaus eine Einschätzung über die möglichen Entwicklungen bis zum Jahr 2026.

Im österreichischen Warenhandel war bis in das Frühjahr 2021 eine enorm starke Wachstumsdynamik zu beobachten. Dies erklärt sich zum einen aus einer Verschiebung der Nachfrage zu dauerhaften Konsumgütern sowie aus pandemiebedingten Aufholeffekten. Exportseitig wurde diese Dynamik durch einsetzende Lieferengpässe und Materialknappheiten gebremst. Auf die Importe hat dieser Effekt kaum durchgeschlagen und so konnten sich diese im Vergleich zu den Exporten auf das ganze Jahr betrachtet dynamischer entwickeln. Diese Entwicklung wurde zusätzlich von den Preissteigerungen bei den Importen getrieben, sodass die Handelsbilanz im Jahr 2021 nominell betrachtet mit -11 Mrd. € (2,7% des BIP) deutlich negativ ausfällt (siehe Übersicht E1). Im Vergleich hierzu betrug das Handelsbilanzdefizit im Jahr 2020 lediglich 1,9 Mrd. €.

Die Preissteigerungen bei Importen haben beginnend mit Mai 2020 die Inflation in Österreich mitbestimmt. Während die Preise für österreichische Exporte im Jahr 2021 um rund 2,2% gestiegen sind, verteuerten sich die Warenimporte um 5%, was wiederum mit einer deutlichen Verschlechterung der Terms-of-Trade um 2,7% einherging (Übersicht E1). Im Dezember erreichte die österreichische Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex im Vorjahresmonatsvergleich, einen Wert von 4,3%. Die stärksten Preissteigerungen sind für Treibstoffe und Energie zu verzeichnen. Auf Grund von relativ niedrigen Inflationsraten zum Jahresanfang ergibt sich für Österreich eine jährliche Inflationsrate von 2,8%. Diese liegt damit deutlich über dem Ziel der Europäischen Zentralbank, welche eine jährliche Inflationsrate von 2,0% anstrebt. Für die nächsten Monate muss weiterhin mit Inflationsraten weit über 2,0% gerechnet werden. Auf Basis von aktuellen Prognosen dürfte sich die Dynamik in der Preisentwicklung im Laufe des Jahres zunehmend entspannen. Nichtsdestotrotz muss mit einer jährlichen Inflationsrate für 2022 von 3,3% ausgegangen werden.



Übersicht E1: Hauptergebnisse der kurzfristigen Prognose für den österreichischen Außenhandel

	2020	2021 Prognose	2022 Prognose	2023 Prognose
<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>				
Exporte real ¹⁾ insgesamt	-10,8	10,2	8,5	4,2
Waren lt. AH-Statistik	-6,0	11,7	5,0	3,8
Dienstleistungen	-17,3	1,1	18,1	5,1
Importe real ¹⁾ insgesamt	-9,4	12,6	6,1	3,9
Waren lt. AH-Statistik	-6,3	14,5	4,3	3,5
Dienstleistungen	-16,8	7,4	11,4	5,0
<i>Mrd. €</i>				
Handelsbilanz Waren lt. AH-Statistik, nominell	-1,9	-11,0	-10,7	-10,5
In % des BIP	-0,5	-2,7	-2,5	-2,3
Leistungsbilanz nominell	7,2	-3,2	3,5	3,8
In % des BIP	1,9	-0,8	0,8	0,8

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2021. – ¹⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Exportseitig hat sich vor allem der Warenhandel mit den EU-Mitgliedsländern dynamisch entwickelt. Gleichzeitig verzeichnete die Reihenfolge der wichtigsten Zielmärkte der österreichischen Warenexporte in den ersten drei Quartalen des Jahres 2021 nach vorläufigen Daten von Statistik Austria mehr Platzverschiebungen als in den letzten Jahren. Von den 13 wichtigsten Exportpartnern konnten Italien, Polen, Ungarn, China und Slowenien jeweils einen Platz gutmachen, während die USA, Frankreich, Tschechien, das Vereinigte Königreich und die Slowakei jeweils einen Rang einbüßten. Italien übernahm von den USA den zweiten Platz innerhalb der wichtigsten österreichischen Exportmärkte. Dies lässt sich vor allem auf Rohstofflieferungen, die in den nominellen Exportwerten vor allem die hohen Teuerungsraten bei Holz widerspiegeln, zurückführen. China wurde zum neuntwichtigsten Exportmarkt und überholte das Vereinigte Königreich. Dieser Positionswechsel kam in der Vergangenheit schon vor, dürfte aber im letzten Jahr zum Teil auch auf negative Handelseffekte des britischen Austritts aus der EU zurückzuführen sein. Importseitig hat China als Handelspartner weiter kräftig zugelegt und den Platz als zweitwichtigstes Partnerland nach Deutschland abgesichert. Die Nachfrageverschiebung hin zu langlebigen Konsumgütern hat die Importe aus China im letzten Jahr dabei besonders begünstigt.

Der österreichische Dienstleistungshandel stand 2021 unter dem Eindruck der pandemiebedingt ausgefallenen Wintersaison 2020/21. Die Reiseverkehrsexporte bilden die wichtigste Komponente innerhalb der österreichischen Dienstleistungsexporte und schlagen somit maßgeblich auf das Gesamtergebnis durch. Für das Jahr 2021 muss auf Grund der sehr schwachen Monate zu Jahresbeginn von einem Rückgang der Reiseverkehrsexporte um 24,6% im Vorjahresvergleich ausgegangen werden. Die relativ dynamische Sommersaison konnte die Verluste aus der Wintersaison 2020/21 und die durch den Lockdown bedingte Dämpfung der Entwicklung im November/Dezember 2021 nicht vollständig kompensieren. **Dienstleistungen, die eng mit dem Warenhandel verknüpft sind, konnten sich dynamischer entwickeln.** Besonders kräftig fiel die Erholung bei den Transportdienstleistungen sowie den unternehmensnahen Dienstleistungen ab dem 2. Quartal 2021 aus.

Die österreichischen Dienstleistungsimporte reagierten im Jahr 2021 kaum auf COVID-19-bedingte Einschränkungen und konnten sich dynamisch erholen. Laut vorläufigen VGR-Daten der Statistik Austria wuchsen die Dienstleistungsimporte in den ersten drei Quartalen 2021 mit nominell 9,3% (real +5,7%). Ein Grund dafür ist die deutliche Wiederaufnahme der Auslandsreisen der Österreicher insbesondere während der Sommermonate 2021. Als Folge der schwachen Dienstleistungsexportentwicklung im Reiseverkehr und der gestiegenen

Dienstleistungsimporte verringerte sich der österreichische Dienstleistungssaldo um 4,9 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €. **Diese Entwicklung dürfte im Gesamtjahr zusammen mit dem Handelsbilanzdefizit zu einem negativen Ergebnis der Leistungsbilanz in Höhe von 3,2 Mrd. € (-0,8% des BIP) führen.** Nach 20 Jahren permanenter Leistungsbilanzüberschüsse bilanziert Österreich in den Außenwirtschaftsbeziehungen im Jahr 2021 somit das erste Mal wieder negativ.

Für die nächsten beiden Jahre gehen die aktuellen Prognosen von einer günstigeren Entwicklung für die österreichische Außenwirtschaft aus. Für den Warenexport wird ein Wachstum von 5% im Jahr 2022 und 3,8% im Jahr 2023 auf Basis von realen Werten prognostiziert. Die Warenimporte dürften um 4,3% in diesem Jahr und um 3,5% im Jahr 2023 wachsen. Als Folge ergibt sich eine leichte Verbesserung der Handelsbilanz, wobei diese nominell immer noch mit einem Defizit von 10,7 Mrd. € (2022) und 10,5 Mrd. € (2023) bilanzieren wird. **Für die Dienstleistungsexporte wird eine dynamische Entwicklung erwartet.** Im heurigen Jahr könnten die Dienstleistungsexporte real um 18,1% wachsen, im Jahr 2023 um 5,1%. Für die Dienstleistungsimporte geht das Jahresgutachten von einem Wachstum von 11,4% für das heurige Jahr und von 5,0% für 2023 aus. **Die österreichische Leistungsbilanz wird sich auf Basis dieser Prognosen verbessern und sollte 2022 wieder positiv in Höhe von rund 3,5 Mrd. € ausfallen.** Für das Jahr 2023 geht die Prognose von einem Überschuss in Höhe von rund 3,8 Mrd. € aus. Im Vergleich zu den Vorkrisenjahren fällt der Leistungsbilanzüberschuss aufgrund der weiterhin stark negativen Handelsbilanz bis 2023 jedoch mäßig aus.

Im Hinblick auf Materialengpässe und Lieferprobleme bei Zwischenprodukten stellt sich die handels- und wirtschaftspolitische Frage nach Verbesserungspotentialen in der Resilienz von europäischen und österreichischen Wertschöpfungsketten. Zum einen wirft dieser Punkt die Frage nach Rückverlagerungen der Produktion von vor allem strategisch als wichtig erachteten Waren wie etwa Batterien auf. Hierbei erscheint eine tiefgreifende Analyse der Bestimmungsfaktoren für die Auslagerung dieser Produktion notwendig, um eine evidenzbasierte wirtschaftspolitische Entscheidung ableiten zu können. Grundsätzlich zeigen sich jedoch schon erste Tendenzen zu einer Verkürzung der globalen Wertschöpfungsketten hin zu regional näherliegenden Produktionsstätten. Dieser Ansatz könnte in der Lage sein, die Transportproblematik zu entschärfen. Allerdings könnte hiermit auch ein Anstieg von Clusterrisiken einhergehen, die die Produktion anfälliger für regionale begrenzte Schocks machen und damit nur bedingt zu einer verbesserten Resilienz beitragen.

Eine weitere Diversifizierung der Wertschöpfungsketten und damit eine breit gestreute globale Arbeitsteilung könnten diesem genannten Problem ebenso entgegenwirken, wie der Aufbau und die Haltung von (strategischen) Lagern. Die Umstellung der Just-in-time-Produktion zu (zumindest) teilweisen Just-in-case-Abläufen könnte die Versorgungssicherheit mit wesentlichen Vorleistungen und Halbfertigprodukten stärken. Eine weitere regionale Diversifikation von Zulieferbeziehungen muss natürlich auch vor dem Hintergrund von klimapolitischen Veränderungen betrachtet werden. Mittelfristig ist davon auszugehen, dass Transportkosten durch den vermehrten Einsatz von CO₂-Bepreisungsmechanismen steigen werden und hierdurch mehr Kostenwahrheit geschaffen wird. Globale Transporte werden teurer werden, was wiederum zu einer verstärkten Regionalisierung von Wertschöpfungsketten führen dürfte.

1. Einleitung

Harald Oberhofer

Auch im beginnenden dritten Jahr der COVID-19-Pandemie bestimmen das Infektionsgeschehen und die damit verbundenen persönlichen sowie wirtschaftlichen Einschränkungen die Entwicklung der Weltwirtschaft und der österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen. Nach einem historisch einmaligen Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung, ausgelöst durch flächendeckende Lockdown-Maßnahmen im Frühjahr 2020, konnte sich die weltweite Industrieproduktion rasch erholen und zum Vorkrisenniveau zurückkehren. Vor diesem Hintergrund konnte der weltweite Warenhandel wieder dynamisch an Fahrt aufnehmen. **Seit dem Frühjahr 2021 belasten jedoch Lieferengpässe und Materialknappheiten die weitere Entwicklung.** Der Dienstleistungshandel, und hier vor allem der Reiseverkehr, konnte mit dieser Entwicklung pandemiebedingt nicht Schritt halten. Lockdowns, Reisebeschränkungen sowie Reisewarnungen hinterließen bis zu Beginn des Jahres 2022 ihre deutlichen negativen Spuren, vor allem für die österreichischen Reiseverkehrsexporte.

Das vorliegende FIW-Jahresgutachten widmet sich der aktuellen Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft. Im Zentrum stehen eine Darstellung und Beschreibung der Handelsaktivitäten im Kalenderjahr 2021 sowie eine kurz- und mittelfristige Prognose. Die Einschätzung der aktuellen Lage beruht auf vorläufigen Daten bis zum 3. Quartal, bzw. wenn verfügbar bis zum Spätherbst 2021. Die kurzfristige Prognose umfasst die Zeitperiode von 2021 bis 2023 und widmet sich schwerpunktmäßig dem aktuellen Kalenderjahr sowie besonderen Entwicklungen im Jahr 2021. Die mittelfristige Prognose gibt darüber hinaus eine Einschätzung über die möglichen Entwicklungen bis zum Jahr 2026.

Kapitel 2 widmet sich den internationalen Rahmenbedingungen im abgelaufenen Kalenderjahr und wirft einen Blick auf die prognostizierte Entwicklung der Weltwirtschaft sowie des Welthandels bis 2023. Das Jahr 2021 war global betrachtet von einem starken Wachstum der Industrieproduktion sowie des internationalen Güterhandels geprägt. Auch die ausländischen Direktinvestitionen konnten sich 2021 von der COVID-19-Krise weitestgehend erholen bzw. normalisieren. **Im ersten Halbjahr 2021 sorgte die starke Nachfrage nach vor allem dauerhaften Konsum- und Investitionsgütern jedoch zu Lieferengpässen und Materialknappheiten.** Das sich wellenförmig entwickelnde globale COVID-19-Infektionsgeschehen verschärfte diese Probleme durch temporäre Produktions- und Hafenschließungen weiter. Im Ergebnis hatte dies zusammen mit einsetzenden Sättigungseffekten in der Nachfrage die Industrieproduktion und den Welthandel ab Mitte des Jahres 2021 an Dynamik gekostet.

Gleichzeitig verteuerten sich aus vor allem angebotsseitigen Gründen die Preise für Rohstoffe (wie etwa Erdöl) und Vorleistungen (zum Beispiel Halbleiter) spürbar. Diese Entwicklung befeuerte die Inflation, vor allem in den Industrieländern. In Österreich erreichte die Inflation im Dezember 2021, gemessen am Verbraucherpreisindex im Vorjahresmonatsvergleich, auf Basis der Schnellschätzung von Statistik Austria einen Wert von 4,3%¹⁾). Auf Grund von relativ niedrigen Inflationsraten zum Jahresanfang ergibt sich eine jährliche Inflationsrate in Österreich von 2,8%. Im Euro-Raum erreichte die Inflation im Dezember 2021 einen Wert von 5%. **Für das gesamte Jahr 2021 ergibt sich für den Euro-Raum eine Inflationsrate von 2,6%, also eine doch deutliche**

¹⁾ https://www.statistik.at/web_de/presse/127414.html.

Abweichung vom angestrebten 2,0%-Ziel. Die USA verzeichnete einen noch stärkeren Preisanstieg. Im Dezember 2021 kletterte die Inflationsrate auf 7%, worauf die US-amerikanische Notenbank Fed mit restriktiven geldpolitischen Maßnahmen reagierte. Die Reaktion der Europäischen Zentralbank (EZB) ist bisher zurückhaltender.

Das dritte Kapitel widmet sich der Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen im Jahr 2021. Für die ersten drei Quartale basiert die Darstellung auf vorläufigen Daten der Statistik Austria. Das letzte Quartal und damit die Gesamtjahresentwicklung werden prognostiziert. Die Entwicklung im Jahr 2021 weist einige Besonderheiten auf, auf die im Jahresgutachten explizit eingegangen wird. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung aus Kapitel 2 hat sich auch der österreichische Warenhandel im Jahr 2021 dynamisch gezeigt, wobei auch österreichische Exporte von den Lieferengpässen und Materialknappheiten ab dem Frühjahr betroffen waren. **Auf Basis von vorläufigen Daten der Statistik Austria wuchsen die österreichischen Warenexporte bis zum 3. Quartal 2021 im Vorjahresvergleich nominell um 16,3%.**

Die österreichischen Warenimporte wurden 2021 von der starken Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern getrieben. Die Lieferengpässe machten sich im österreichischen Import 2021 weniger bemerkbar als in der Produktion und im Export. Dies lässt vermuten, dass von den weltweiten Knappheiten zwar wichtige und zentrale Elemente der Produktion betroffen waren, diese aber im Gesamtvolumen der Importe weniger ins Gewicht fallen. Bis zum Ende des 3. Quartals 2021 wuchsen die österreichischen Warenimporte im Vorjahresvergleich und auf Basis der vorläufigen Daten der Statistik Austria nominell um 22,5%. Die Preise der Importe stiegen stärker als die für die österreichischen Warenexporte und führten zu einer Verschlechterung der österreichischen Terms-of-Trade. **Durch das asymmetrische Wachstum der nominellen Exporte und Importe verschlechterte sich die österreichische Handelsbilanz deutlich.** Sie dürfte im Gesamtjahr 2021 mit -11 Mrd. € deutlich negativ ausfallen. Im Vergleich hierzu betrug das Handelsbilanzdefizit im Jahr 2020 lediglich 1,9 Mrd. €. Die längerfristige Entwicklung zeigt, dass die österreichische Handelsbilanz in den Jahren 2011 und 2012 ähnlich defizitär ausfiel. Damals belasteten vor allem die Energieimporte aufgrund der Preissteigerungen auf den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten den Außenhandelssaldo, während die sich für 2021 abzeichnende Verschlechterung auf eine Reihe von mit der Pandemie im Zusammenhang stehenden Sonderfaktoren zurückzuführen ist. Die wichtigsten Handelspartner Österreichs verzeichneten 2021 ebenfalls deutliche Verschlechterungen ihrer Handelsbilanzen, die ebenfalls auf die COVID-19-bedingten Sondereffekte und Lieferengpässe zurückzuführen sind.

Der österreichische Dienstleistungshandel und insbesondere die Reiseverkehrsexporte litten im Jahr 2021 unter dem negativen Einfluss der pandemiebedingt ausgefallenen Wintersaison 2020/21. Die Reiseverkehrsexporte bilden die größte Komponente innerhalb der österreichischen Dienstleistungsexporte und schlagen somit maßgeblich auf das Gesamtjahresergebnis des Dienstleistungshandels durch. Für das Jahr 2021 muss für die Reiseverkehrsexporte von einem Rückgang um 24,6% im Vorjahresvergleich ausgegangen werden. Die relativ dynamische Sommersaison konnte die Verluste aus der Wintersaison 2020/21 und die Lockdown-bedingte Dämpfung der Entwicklung im November/Dezember 2021 nicht vollständig kompensieren. **Dienstleistungen, die eng mit dem Warenhandel verknüpft sind, konnten sich ab dem 2. Quartal 2021 dynamischer entwickeln.**

Die österreichischen Dienstleistungsimporte reagierten im Jahr 2021 kaum auf COVID-19-bedingte Einschränkungen und erholten sich im Vergleich zu 2020 dynamisch. Laut vorläufigen VGR-Daten der Statistik Austria wuchsen die Dienstleistungsimporte in den ersten

drei Quartalen 2021 nominell um 9,3% (real +5,7%). Ein Grund dafür ist die deutliche Wiederaufnahme der Auslandsreisen der Österreicher insbesondere während der Sommermonate 2021. Als Folge der schwachen Dienstleistungsexportentwicklung im Reiseverkehr und der gestiegenen Dienstleistungsimporte verringerte sich der österreichische Dienstleistungssaldo um 4,9 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €. **Diese Entwicklung dürfte im Gesamtjahr 2021 zusammen mit dem Handelsbilanzdefizit zu einem negativen Ergebnis der Leistungsbilanz in Höhe von rund 3,2 Mrd. € (-0,8% des BIP) führen.** Nach 20 Jahren permanenter Leistungsbilanzüberschüsse bilanziert Österreich in den Außenwirtschaftsbeziehungen im Jahr 2021 somit das erste Mal wieder negativ.

Die kurzfristige Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen wird in Kapitel 4 prognostiziert. Im Zentrum steht die Frage, ob sich die Entwicklungen des Jahres 2021 auch 2022 und 2023 fortsetzen werden, oder ob von einer Rückkehr zum Vorkrisentrend in den österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen ausgegangen werden kann. Auf Basis der vorliegenden Prognosen kann von einer leichten Normalisierung ausgegangen werden, wobei die Leistungsbilanz deutlich geringere Überschüsse als noch in den 2010er-Jahren ausweisen dürfte.

Der österreichische Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen dürfte im Jahr 2022 real um 8,5% und 2023 um 4,2% wachsen. Für den Warenhandel wird ein Wachstum von 5,0% im Jahr 2022 und von 3,8% im Jahr 2023 auf Basis von realen Werten prognostiziert. Die Warenimporte dürften um 4,3% in diesem Jahr und um 3,5% im Jahr 2023 wachsen. Als Folge ergibt sich eine leichte Verbesserung der Handelsbilanz, wobei diese mit einem Defizit von 10,7 Mrd. € (2022) und 10,5 Mrd. € (2023) weiterhin nominell betrachtet deutlich negativ bilanzieren wird. **Für die Dienstleistungsexporte wird eine dynamische Entwicklung erwartet.** Im Jahr 2022 könnten die Dienstleistungsexporte real um 18,1% wachsen, im Jahr 2023 noch um 5,1%. Für die Dienstleistungsimporte geht das Jahresgutachten von einem Wachstum von 11,4% für das heurige Jahr und von 5,0% für 2023 aus. **Die österreichische Leistungsbilanz wird sich auf Basis dieser Prognosen verbessern und sollte heuer mit einem Überschuss in Höhe von rund 3,5 Mrd. € wieder positiv ausfallen.** Für das Jahr 2023 geht die Prognose von einem Überschuss in Höhe von rund 3,8 Mrd. € aus. **Die internationalen Lieferengpässe werden auch aufgrund der Abschwächung der weltweiten Wachstumsdynamik ab dem Ende des 2. Quartals 2022 allmählich an Bedeutung verlieren.** In einigen Teilbereichen der Sachgütererzeugung, wie etwa der Automobilbranche, können sich die Lieferengpässe durch den Mangel an Mikrochips bis zur Jahresmitte 2022 hinziehen.

Während der Warenexport das Vorkrisenniveau von 2019 bereits 2021 wieder erreicht und übertrifft, werden laut diesen Prognosen die Reiseverkehrsexporte auch im Jahr 2023 das Niveau von 2019 erst zu 90% erreichen. Der sonstige Dienstleistungsexport (ohne Reiseverkehr) bleibt 2021 nur mehr leicht unter dem Niveau vor der Krise, sollte aber im Jahr 2022 das Vorkrisenniveau um rund 5% übertreffen.

Über den mittelfristigen Prognosehorizont stellen sich für die EU und Österreich in ihren außenwirtschaftlichen Beziehungen einige Herausforderungen. **Die wichtigsten Herausforderungen werden im Kapitel 5 beleuchtet und auf Basis des neuen europäischen handelspolitischen Konzepts der "offenen strategischen Autonomie" diskutiert.** Zum einen dürften Unternehmen aber auch Staaten in Zukunft größeres Augenmerk auf Strategien zur Risikominderung legen, um die Robustheit und Resilienz ihrer Lieferketten sicher zu stellen. Strategien zur Vermeidung von Lieferengpässen und Materialknappheiten könnten mittelfristig eine Verkürzung der Wertschöpfungsketten zur Folge haben und damit auch die Handelsstruktur der EU und Österreichs beeinflussen.

Eine weitere strategische Herausforderung stellt das europäische Verhältnis zu China dar. Die neue handelspolitische Strategie verschiebt hierbei die Gewichtung von einem kooperativen Ansatz zu einer Wahrnehmung von China als strategischen Rivalen. Die handelspolitischen Maßnahmen Chinas, beispielsweise der Abschluss des Regional Comprehensive Economic Partnership-Abkommens (RCEP), stellen die EU vor neue Herausforderungen. Dies betrifft unter anderem die Setzung und Ausgestaltung zukünftiger globaler Produktions- und Handelsstandards.

Der technologische Wandel hin zu einer klimafreundlichen Produktion wird die größte Herausforderung für die EU als Wirtschaftsraum, aber auch für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die EU-Kommission bringt beispielsweise eine Batterieallianz auf den Weg, um die Abhängigkeit von den asiatischen Märkten bei diesem strategisch wichtigen Zukunftsprodukt zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Bereich dem im Dezember 2019 von der EU-Kommission vorgestellten Europäischen Grünen Deal zu. Diese neue Wachstumsstrategie verfolgt das Ziel, die EU in eine klimaneutrale Kreislaufökonomie zu transformieren. Ein möglicher CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ist im Maßnahmenbündel dieser Strategie enthalten. Die konkrete Umsetzung dieser Maßnahme könnte zu Spannungen in den Handelsbeziehungen mit anderen wichtigen Volkswirtschaften wie China und den USA führen.

Die Abschätzung der Entwicklung der mittelfristigen Weltmarktanteile bis ins Jahr 2026 zeigt, dass sich das wirtschaftliche Gravitationszentrum weiter in Richtung Asien verschiebt. Die dynamische Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft auch während der COVID-19-Pandemie trägt zur Beschleunigung dieser Tendenz bei. Diese Verschiebung geht mit Weltmarktanteilsverlusten für die Triade-Volkswirtschaften Japan, USA und die EU einher. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der EU wird hierbei auch maßgeblich von der Effektivität der europäischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bestimmt werden.

Das abschließende Kapitel fasst die Hauptergebnisse aus dem FIW-Jahresgutachten zusammen und formuliert wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen.

2. Internationale Rahmenbedingungen

Vasily Astrov und Richard Grieveson

2.1 Konjunktorentwicklung

2.1.1 Globale Konjunktorentwicklung

Nach einem beispiellosen Einbruch von 3,4% im Jahr 2020 erholte sich die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr um geschätzte 5,5% und übertraf damit das Niveau von 2019 (Übersicht 2.1). Der Aufschwung wurde durch die Fortsetzung der lockeren Fiskalpolitik, die Ausgaben der angesammelten privaten Ersparnisse, die Ankurbelung von Investitionen sowie die Wiederbelebung des grenzüberschreitenden Tourismus begünstigt (World Bank, 2022). Der Wirtschaftsaufschwung vor dem Hintergrund mehrerer COVID-19-Pandemiewellen zeigte die beeindruckende Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft, wobei jede neue Welle offenbar immer weniger negative Folgen hatte als die vorherige.

Allerdings verlor die Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2021 etwas an Tempo. Die Ausbreitung der Delta-Variante hatte in mehreren Ländern die Wiedereinführung strenger Lockdown-Maßnahmen zur Folge, was die Wirtschaftsaktivität dämpfte. Die Folgen der pandemiebedingten Störungen in den globalen Wertschöpfungsketten konnten nicht überwunden werden und haben sich zum Teil sogar noch verschärft. Der Mangel an Halbleiterchips hat beispielsweise die Auto- und Elektronikproduktion beeinträchtigt. Laut einer aktuellen Schätzung des Internationalen Währungsfonds reduzierten die Lieferengpässe das globale BIP-Wachstum im vorigen Jahr um 0,5 Prozentpunkte bis 1 Prozentpunkt (IMF, 2022).

Übersicht 2.1: Reale BIP-Entwicklung in den wichtigsten Volkswirtschaften

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
					Schätzung	Prognose	Prognose
Welt	3,7	3,5	2,7	-3,4	5,5	4,1	3,2
EU 27	2,8	2,1	1,8	-5,9	4,9	4,5	2,5
USA	2,3	2,9	2,3	-3,4	5,6	3,7	2,6
Japan	1,7	0,6	0,3	-4,6	1,7	2,9	1,2
EU 11	5,0	4,5	4,1	-3,7	5,3	4,4	4,3
MOSOEL 23	4,1	3,5	2,7	-2,1	5,7	3,2	3,0
China	6,9	6,7	6,0	2,3	8,1	5,1	5,3

Anmerkung: EU 11 umfasst Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien. MOSOEL 23 umfasst EU 11, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Weißrussland, Kasachstan, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Russland, Türkei, Ukraine, Kosovo.

Quelle: Welt, USA und Japan: OECD; 2021 Schätzung und Prognosen: Weltbank, Global Economic Prospects, Jänner 2022. China: OECD; 2021 Schätzung: Statistisches Amt Chinas; Prognosen: Weltbank, Global Economic Prospects, Jänner 2022. EU 27: Eurostat; 2021 Schätzung und Prognosen: WIFO Dezember 2021. EU 11 und MOSOEL 23: wiw; 2021 Schätzung und Prognosen: wiw, Jänner 2022.

Für 2022 rechnet die Weltbank mit einer Verlangsamung des globalen BIP-Wachstums auf 4,1% (World Bank, 2022). Die Gründe dafür sind neben dem rein statistischen Basiseffekt die Straffung der Geld- und Fiskalpolitik, die zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen vor allem in den Schwellen- und Entwicklungsländern führen wird. Darüber hinaus gibt es erhebliche Unsicherheiten über die Auswirkungen der Pandemie auf das Wirtschaftsleben. COVID-19 ist zwar generell auf dem Weg endemisch zu werden und reiche Länder mit hohen Impfquoten wie z. B. Spanien fangen bereits an, das Virus unter diesen Gesichtspunkten zu betrachten, in armen bzw. unzureichend durchgeimpften Ländern ist dies jedoch viel

schwieriger. Solange die Bevölkerung in diesen Ländern nicht vollständig geimpft ist, wird es wahrscheinlich zu weiteren Virusvarianten kommen. Eine tödlichere Variante würde dazu führen, dass wieder Einschränkungen notwendig werden, die das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen.

Die EU-Wirtschaft erholte sich im 2. und 3. Quartal 2021 kräftig, nachdem die COVID-19 Restriktionen aufgehoben worden waren, verlor jedoch gegen Jahresende an Schwung. Für das gesamte Jahr erreichte das BIP-Wachstum 4,9%, konnte aber den starken Einbruch im Jahr 2020 (-5,9%) nicht wettmachen. Anders als in den USA konnte das reale BIP also nicht wieder das Niveau vor der Pandemie erreichen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass viele europäische Wirtschaften stark von den globalen Lieferketten abhängig sind, die durch die Engpässe beeinträchtigt wurden.

Für 2022 wird mit einem Aufschwung der EU-Wirtschaft um 4,5% gerechnet. Der private Konsum dürfte sich stark entwickeln, und die Investitionen sollen insbesondere von der neugegründeten Recovery and Resilience Facility (RRF) stark profitieren. Dies trifft vor allem für die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (EU 11 in Übersicht 2.1) zu, in denen die angepeilten RRF-Transfers im Verhältnis zum BIP besonders hoch sind²⁾. In weiten Teilen der EU sind die Impfquoten hoch, und die derzeit dominante Omikron-Variante scheint zumeist relativ mild zu verlaufen. Außerdem deuten die Daten aus Südafrika, wo Omikron erstmals nachgewiesen werden konnte, darauf hin, dass die derzeitige Welle in Europa schnell vorübergehen könnte. All dies sollte die Belastung der europäischen Gesundheitssysteme in Grenzen halten, sodass die Wahrscheinlichkeit neuer Lockdowns heuer als gering einzuschätzen ist.

Die Wirtschaft der **mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder** (MOSOEL 23 in Übersicht 2.1) erholte sich im Vorjahr durchschnittlich um 5,7% und damit etwa im Einklang mit dem globalen Wachstum. Dies war umso beeindruckender, weil der BIP-Rückgang in der Region im Jahr zuvor (-2,1%) relativ gering war. Ein wichtiger Grund dafür war, dass die COVID-19-Beschränkungen in den MOSOEL weit weniger streng waren als in Westeuropa, weil primär die Wirtschaft und nicht die öffentliche Gesundheit im Vordergrund stand (wiiw, 2021). Außerdem war das Wachstum in den MOSOEL stark vom Wirtschaftsboom in der Türkei (9,5%), der zweitgrößten Wirtschaft der Region, geprägt. Dieser wurde vor allem durch die äußerst lockere Geldpolitik gespeist und wird im Jahr 2022 kaum aufrechterhalten werden können, was die Wirtschaftsdynamik in den MOSOEL als Ganzes auf 3,2% dämpfen wird (wiiw, 2022).

2.1.2 Konjunkturentwicklung in den wichtigsten österreichischen Handelspartnern

Deutschland, der größte Handelspartner Österreichs, verzeichnete im vergangenen Jahr ein BIP-Wachstum von nur 2,8% (Übersicht 2.2). Lieferengpässe im verarbeitenden Gewerbe, insbesondere bei Halbleiterchips in der Autoproduktion, bremsten die Erholung und führten zu einem Rückgang des Außenhandelsvolumens und der Investitionen im 3. Quartal 2021 (auf Quartalsbasis). Nach Schätzungen des ifo erreichten die Verluste in der deutschen Wertschöpfung aufgrund von Lieferengpässen etwa 40 Mrd. € in den ersten drei Quartalen (ifo, 2021). Heuer dürfte sich das Wachstum jedoch auf 4,2% beschleunigen, da sich die Lieferengpässe allmählich auflösen und die Investitionen anziehen werden. Trotz der möglichen Mindestlohnanhebung im Juli 2022 werden die Reallöhne kaum Schritt mit der Teuerungsrate

²⁾ Die RRF-finanzierten Projekte sollten auch den digitalen und grünen Wandel in den EU-Mitgliedstaaten vorantreiben.

halten und heuer voraussichtlich um 2,5% sinken, was den privaten Verbrauch eindämmen wird.

Übersicht 2.2: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner

Veränderung gegen das Vorjahr in %

		2017	2018	2019	2020	2021 Schätzung	2022 Prognose	2023 Prognose
1	Deutschland	2,7	1,1	1,1	-4,6	2,8	4,2	2,0
2	USA	2,3	2,9	2,3	-3,4	5,6	3,7	2,6
3	Italien	1,7	0,9	0,4	-8,9	6,4	4,7	2,2
4	Schweiz	1,6	2,9	1,2	-2,4	3,6	3,3	1,5
5	Frankreich	2,3	1,9	1,8	-7,9	6,8	3,8	2,0
6	Polen	4,8	5,4	4,7	-2,5	5,3	4,9	4,9
7	Tschechien	5,2	3,2	3,0	-5,8	2,8	3,7	3,6
8	Ungarn	4,3	5,4	4,6	-4,7	6,3	4,5	4,0
9	Vereinigtes Königreich	2,1	1,7	1,7	-9,7	6,9	5,4	2,4
10	China	6,9	6,7	6,0	2,3	8,1	5,1	5,3

Quelle: Deutschland, Italien, Frankreich und Schweiz: Eurostat, 2021 Schätzung: WIFO Dezember 2021. Vereinigtes Königreich: OECD; 2021 Schätzung: WIFO Dezember 2021. USA: OECD; 2021 Schätzung: Weltbank, Global Economic Prospects, Jänner 2022. China: OECD; 2021 Schätzung: Statistisches Amt Chinas. Tschechien, Ungarn und Polen: wiiw Annual Database; 2021 Schätzung: wiiw Jänner 2022.

Auch **Tschechien** wurde stark von den Lieferengpässen getroffen und verzeichnete ein BIP-Wachstum von nur 2,8% im Vorjahr. Als Reaktion auf die gestiegene Inflation wurde der Leitzins von 0,25% Anfang 2021 auf 3,75% im Dezember angehoben. Dies führte zu einer Aufwertung der tschechischen Krone gegenüber dem Euro um etwa 5% (auf Jahresbasis) und stellte die Exporteure vor zusätzliche Herausforderungen. Für heuer ist mit einer weiteren Aufwertung zu rechnen. Trotzdem dürfte sich das BIP-Wachstum dank nachlassender Lieferengpässe auf 4% beschleunigen (wiiw, 2022).

Dagegen wurden die negativen Auswirkungen der Lieferengpässe auf das Wirtschaftswachstum in **Ungarn** durch eine großzügige Fiskalpolitik ausgeglichen. Als Ergebnis erreichte das BIP-Wachstum im Vorjahr 6,3%. Dennoch hatte die expansive Politik ihren Preis in Form höherer Budget- und Leistungsbilanzdefizite, und der Wechselkurs näherte sich Ende 2021 seinem historischen Tiefstand. Die Zentralbank fing bereits im Juni 2021 mit Leitzinserhöhungen an, während mit einer fiskalischen Konsolidierung erst nach den Parlamentswahlen im April 2022 zu rechnen ist (wiiw, 2022).

Italien und **Frankreich**, deren Wirtschaft stärker auf die Binnennachfrage ausgerichtet ist, und weniger durch die Lieferengpässe im Vorjahr beeinträchtigt wurde, verzeichneten im Vorjahr ein hohes BIP-Wachstum von 6,4% bzw. 6,8%. Für heuer wird allerdings mit einer Wachstumsverlangsamung auf 3,8% (Italien) bzw. 4,7% (Frankreich) gerechnet. Das **US-amerikanische** BIP erholte sich 2021 um 5,6%. Für heuer wird eine Verlangsamung auf 3,7% erwartet, zum Teil wegen der geplanten geldpolitischen Drosselung. Auch die jüngste Rücknahme des "Build back better"-Konjunkturpakets wird sich negativ auf die Konjunktur auswirken. Das BIP-Wachstum **Polens** erreichte 5,3% im Vorjahr und dürfte heuer auf etwa diesem Niveau verbleiben. Dafür sprechen auch die jüngst verabschiedeten Senkungen der Mehrwert- und Verbrauchssteuern.

In **China** legte das reale BIP im Vorjahr um 8,1% zu (obwohl China im Unterschied zu fast allen anderen Ländern der Welt 2020 keine Rezession verzeichnete und somit die statistische Basis entsprechend hoch war). Im 4. Quartal 2021 verlangsamte sich allerdings die Erholung auf nur 4% (gegenüber dem Vorjahresquartal). Einerseits verlangte die Null-COVID-19-Politik die Wiedereinführung strenger Beschränkungen im Herbst, andererseits spielten die Maßnahmen

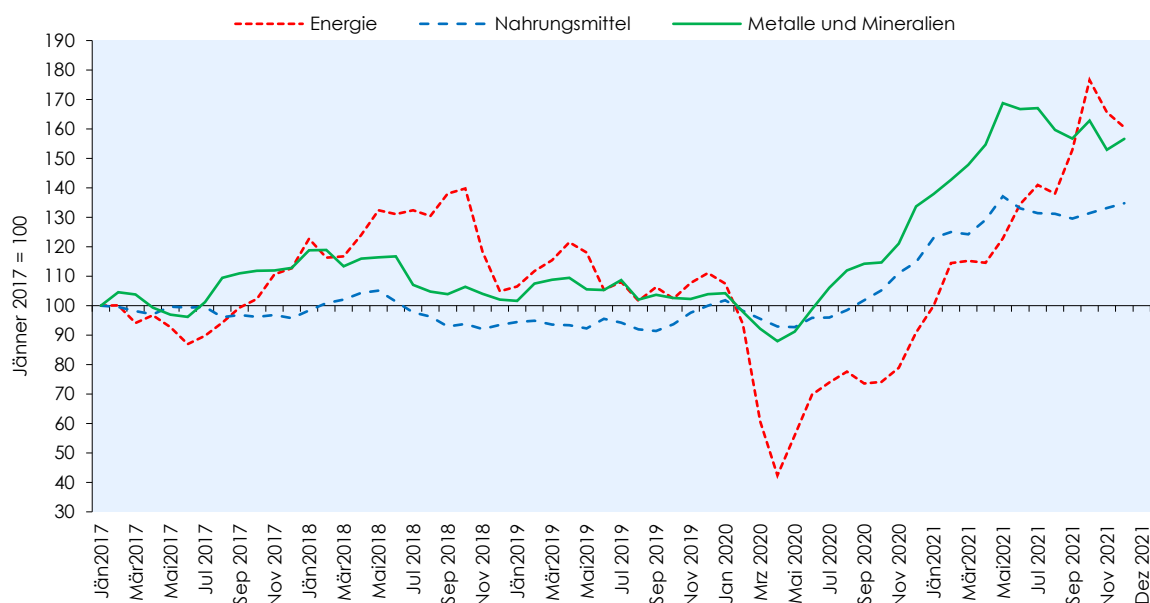
zur Eindämmung des Immobilienbooms eine Rolle, was zu einem massiven Einbruch der Wohnungsverkäufe führte³⁾. Diese Faktoren dürften auch heuer zum Tragen kommen, weswegen eine deutliche Verlangsamung des BIP-Wachstums auf nur 5,1% erwartet wird.

2.2 Wechselkurse und FDI

2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse

Steigende Rohstoffpreise und andauernde Lieferengpässe haben die globale Inflation deutlich angeheizt. Abbildung 2.1 zeigt, dass vor allem die Energiepreise einen rasanten Anstieg verzeichneten: zwischen Jänner und September 2021 legten sie auf US-Dollarbasis um 77% zu⁴⁾. Dafür war primär die rasche Verbesserung der globalen Konjunktur verantwortlich, während das Angebot an Erdöl weiterhin durch die OPEC+-Quoten begrenzt blieb. Idiosynkratische Faktoren, wie z. B. die Gaspreiskrise in der EU, spielten ebenfalls eine Rolle⁵⁾. Hinzu kamen die Lieferengpässe in den globalen Wertschöpfungsketten, die durch die Blockade von US-Häfen und die Null-COVID-19-Politik in China verstärkt wurden. Der internationale Währungsfonds schätzt, dass die Lieferengpässe die Kerninflation im vorigen Jahr um etwa 1 Prozentpunkt erhöht haben (IMF, 2022). Schließlich führte die Schrumpfung des Arbeitsangebots im Laufe der Pandemie (die sogenannte "große Resignation") – insbesondere in den USA – zu höheren Lohnforderungen, und folglich zu gestiegenen Produktionskosten.

Abbildung 2.1: Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex



Quelle: Weltbank.

³⁾ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-01-17/china-s-economic-growth-slowed-prompting-interest-rate-cut>.

⁴⁾ Die Lebensmittel- und Metallpreise stiegen wesentlich weniger an. Sie haben bereits im Mai 2021 ihren Höhenpunkt erreicht und blieben seitdem weitgehend stabil (Abbildung 2.1).

⁵⁾ Diese Krise war im Wesentlichen die Folge einer Abkopplung der Gaspreise von den Ölpreisen in den letzten Jahren, die mit rasant gestiegenen Flüssiggasimporten in die EU einherging. Unter diesen Umständen hatten die COVID-19-bedingten Engpässe bei Flüssiggaslieferungen und ihre Umlenkung Richtung Ostasien im vorigen Jahr einen beispiellosen Preisanstieg für Erdgas in Europa zur Folge (Belyi, 2021).

Nachfrageseitig wurde der Inflationsanstieg durch strukturelle Verschiebungen sowie die expansive Fiskalpolitik getrieben. Aufgrund der COVID-Beschränkungen bleiben die Verbraucher mehr zu Hause und geben anstatt für Dienstleistungen oft mehr Geld für langlebige Konsumgüter aus. Die fiskalischen Anreize, vor allem in den USA, haben die Nachfrage zusätzlich angekurbelt. Als Ergebnis dieser Entwicklungen beschleunigte sich die Verbraucherpreisinflation in den Industrieländern deutlich, auf 3,1% im Jahresdurchschnitt von 2021 (von 0,7% im Jahr zuvor). In den Schwellen- und Entwicklungsländern war der Anstieg etwas geringer: von 5,1% auf 5,7% im Jahresdurchschnitt (IMF, 2022).

Viele dieser Faktoren werden auch 2022 nicht verschwinden. Die chinesische Null-COVID-19-Politik und die Verzögerungen bei der Anpassung der Produktion an die Nachfrage dürften anhalten⁶⁾. Außerdem könnte die Lockerung der COVID-19-Beschränkungen im Zuge der Omikron-Welle zu einer höheren Nachfrage nach Dienstleistungen führen, wo sich ebenfalls der Arbeitskräftemangel bemerkbar machen könnte. Auch die Energiepreise könnten, zumindest kurzfristig, noch weiter steigen. Verschiedene Forschungsabteilungen von Investmentbanken rechnen aufgrund der robusten globalen Konjunktur und der schwindenden Reserven inzwischen mit einem Ölpreis von 100 \$ pro Fass in diesem Jahr⁷⁾. Der internationale Währungsfonds rechnet damit, dass sich im Jahresdurchschnitt die Verbraucherpreisinflation weiter auf 3,9% in den Industrie- und 5,9% in den Schwellen- und Entwicklungsländern beschleunigt (IMF, 2022).

Mittelfristig dürfte jedoch der Inflationsdruck nachlassen. Bereits 2023 sollte die Inflation auf 2,1% im Jahresdurchschnitt in den Industrie- und auf 4,7% in den Schwellen- und Entwicklungsländern sinken (IMF, 2022). Die fundamentalen Faktoren, die für weitgehende Preisstabilität in den letzten Jahrzehnten (die sogenannte "Great Moderation") sorgten, haben sich mit der Pandemie kaum geändert. Das Lohnwachstum hält sich außer in den USA in Grenzen, weil die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer nach wie vor recht schwach ist, insbesondere im Vergleich zu der Phase hoher Inflation in den 1970er-Jahren. Selbst wenn die Löhne steigen würden, würde dies bei einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung nicht unbedingt zu einer starken Ankurbelung der Nachfrage führen. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit, durch technologische Entwicklungen den Wettbewerb zu erhöhen und die Preise niedrig zu halten, durch die Pandemie weiter verstärkt. Auch die vorherrschende Einkommensungleichheit, die nachweislich die Hauptursache für die niedrige Inflation in den vergangenen Jahrzehnten war (Mian et al., 2021), dürfte sich infolge der Pandemie kaum ändern.

In den USA beschleunigte sich der Preisanstieg im Dezember 2021 auf 7% auf Jahresbasis, was dem höchsten Wert seit 39 Jahren entspricht. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schätzt, dass 2,8 Prozentpunkte davon durch die Angebotsverknappung verursacht wurden (Rees und Rungcharoenkitkul, 2021). Trotzdem wird der Inflationsanstieg kaum noch als vorübergehend betrachtet. Vielmehr gibt er Anlass zu Sorgen um eine Verfestigung von hohen Inflationserwartungen, was eine schnellere Drosselung der Geldpolitik zur Folge hat als ursprünglich geplant. So plant die Fed das Quantitative Easing (die Nettoankäufe von Vermögenswerten) bis Mitte März 2022 auslaufen zu lassen und möglicherweise mit

⁶⁾ <https://www.ft.com/content/9444643e-9d43-4e5f-92d8-78c64c9414db>.

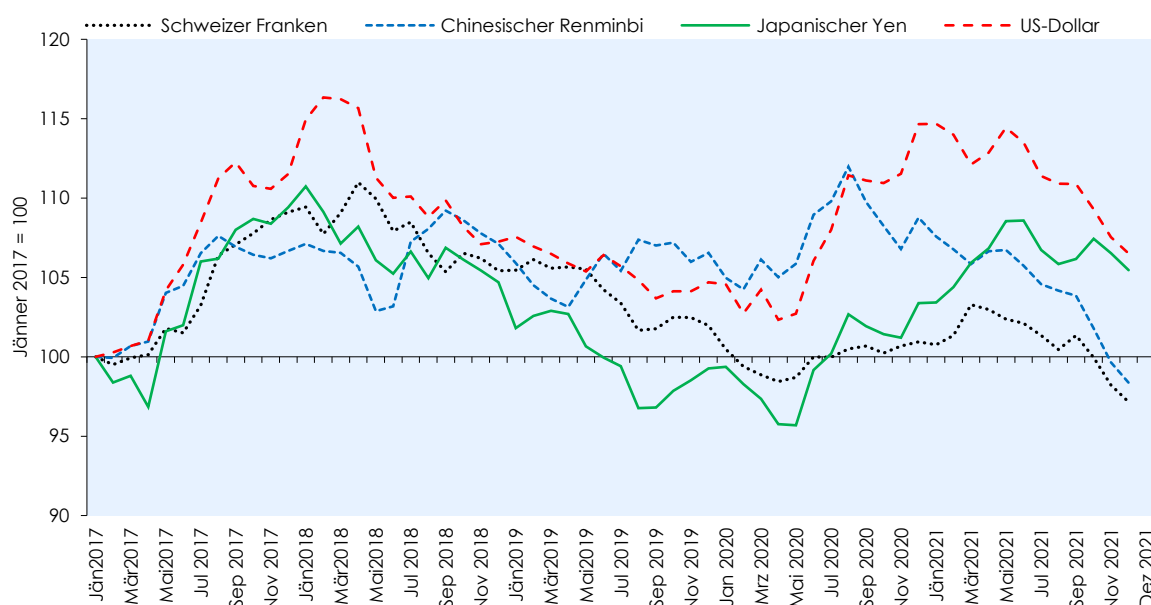
⁷⁾ <https://www.ft.com/content/70f58398-8911-45d3-b1b0-cc16c4ac184d>.

Nettoverkäufen (d. h. einer Bilanzkürzung der Fed) im Laufe des Jahres zu beginnen⁸⁾. Außerdem sind für heuer mehrere Leitzinsanhebungen (von derzeit 0% bis 0,25%) geplant⁹⁾.

Im Euro-Raum war der Preisanstieg mit 5% im Dezember 2021 etwas geringer als in den USA, liegt aber trotzdem weit über dem EZB-Inflationsziel von mittelfristig 2%. Die Reaktion der EZB war jedoch bislang deutlich gelassener als die der US-amerikanischen Zentralbank. Zwar soll das Quantitative Easing ebenfalls zurückgefahren werden. Das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) dürfte bis Ende März 2022 gänzlich eingestellt werden, während das Asset Purchase Programme (APP) schrittweise gekürzt und ab Oktober auf 20 Mrd. € monatlich begrenzt wird. Der Refinanzierungszinssatz wurde allerdings bei der letzten EZB-Sitzung am 16. Dezember 2021 vorerst bei 0% und die Einlagefazilität bei -0,5% belassen¹⁰⁾. Erst nach dem Auslaufen aller Quantitative Easing Programme, d. h. frühestens Ende 2022, soll mit Zinsanhebungen im Euro-Raum begonnen werden.

Diese geldpolitische Divergenz führte bereits zu einer Abwertung des Euro gegenüber dem US -Dollar um 7% zwischen Mai und Dezember 2021 (Abbildung 2.2). Dieser Trend könnte sich im Laufe von 2022 fortsetzen und durch mögliches Eintreten negativer Schocks (wie z. B. die rasante Ausbreitung neuer gefährlicher Virusvarianten oder eine Eskalation in der Ukraine-Krise), die eine Flucht der globalen Aktiva in den US-Dollar tendenziell begünstigen würde, weiter verstärkt werden.

Abbildung 2.2: Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen



Anmerkung: Wechselkurse ausgedrückt als jeweilige nationale Währung je Euro. Ein steigender (fallender) Index zeigt daher eine Aufwertung (Abwertung) des Euro an.

Quelle: Eurostat, wiiv-Berechnungen.

⁸⁾ <https://www.cnbc.com/2022/01/11/powell-says-rate-hikes-tighter-policy-will-be-needed-to-control-inflation.html>.

⁹⁾ Inzwischen erwarten die meisten Beobachter drei bis vier Zinsanhebungen, auf 1%-1,5% gegen Ende des Jahres. Mittelfristig wird mit einem Zinsniveau in den USA von etwa 2%-2,5% gerechnet. Siehe z. B. <https://www.wsj.com/articles/omicron-inflation-drive-down-u-s-growth-outlook-11642345202>.

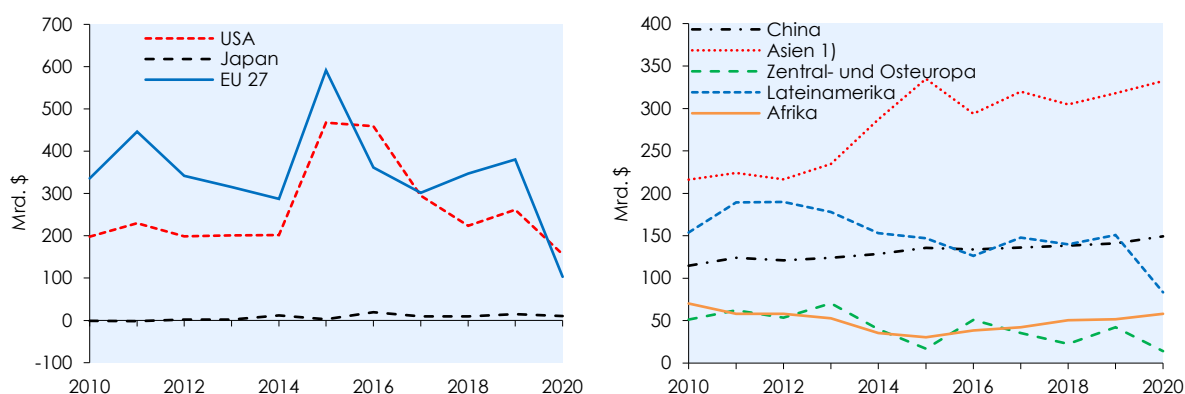
¹⁰⁾ <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.mp211216~1b6d3a1fd8.de.html>.

Auch gegenüber dem **Schweizer Franken** und dem **chinesischen Renminbi** verlor der Euro zuletzt an Wert: um jeweils 5% und 8% zwischen Mai und Dezember 2021. Doch anders als gegenüber dem US-Dollar dürfte die Talfahrt des Euro zumindest gegenüber dem chinesischen Renminbi bereits vorbei sein. Im Gegensatz zur Fed und den Notenbanken vieler Schwellenländer hat China seine Geldpolitik zuletzt gelockert. Am 17. Jänner 2022 wurde der Leitzinssatz zum ersten Mal seit April 2020 von 2,95% auf 2,85% gesenkt, um der aktuellen Wachstumsverlangsamung entgegenzuwirken¹¹⁾. Dies könnte zu einer leichten Abwertung des Renminbis gegenüber anderen Weltwährungen, darunter auch der Euro, führen.

2.2.2 FDI-Entwicklungen

Die globalen FDI-Flüsse dürften sich vom COVID-bedingten Einbruch erholt haben. In der ersten Jahreshälfte 2021 stiegen sie auf Jahresbasis um 78% auf 852 Mrd. \$. Der zugrunde liegende Trend deutet darauf hin¹²⁾, dass sich dieser Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen wird, wenn auch mit einem etwas geringeren Tempo. Im Kalenderjahr 2021 wurde das Niveau der FDI-Aktivität von 2019 mit großer Wahrscheinlichkeit wieder erreicht bzw. sogar übertroffen (UNCTAD, 2021).

Abbildung 2.3: FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer



Q: UNCTAD, wiiv-Berechnungen. 2020: UNCTAD-Schätzungen.- ¹⁾ Mit Hongkong und Taiwan.

Die FDI-Flüsse in die Industriestaaten haben sich im ersten halben Jahr 2021 nahezu verdreifacht. Jene in die **EU** haben sich mit einem Zuwachs von 303% mehr als verdreifacht. Allerdings ist dieser enorme Anstieg vor dem Hintergrund des massiven Einbruchs im Jahr zuvor (um -81% in 2020) zu sehen. Mit 140 Mrd. \$ lagen die FDI-Flüsse in die EU in der ersten Hälfte von 2021 bei nur 37% des Niveaus von 2019. In die **USA** stiegen die FDI-Flüsse um 90% und waren fast ausschließlich auf die grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen (M&As) zurückzuführen. Gleichzeitig konnten die **Schwellen- und Entwicklungsländer** lediglich 28% mehr FDI verbuchen, während die Länder mit einem niedrigen Einkommensniveau sogar einen Rückgang um 9% verzeichneten.

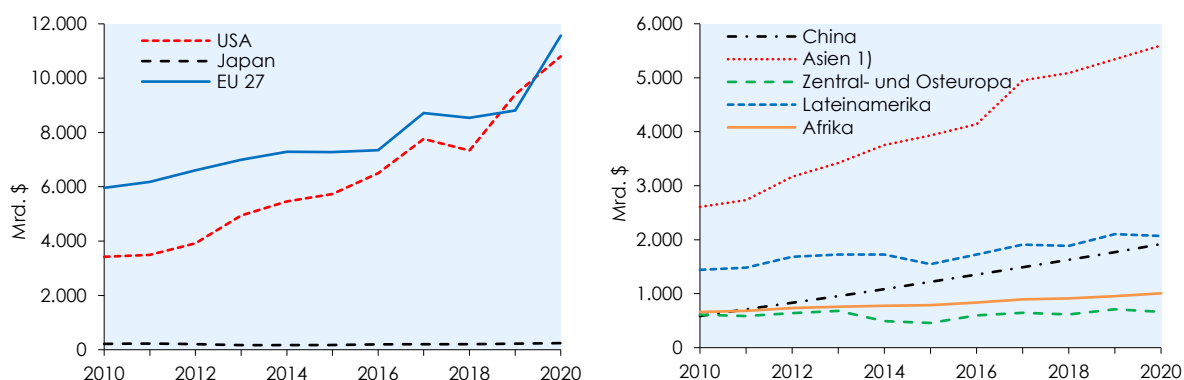
Das Klima für Greenfield-Investitionen bleibt jedoch weiterhin angeschlagen. Die Statistiken aus der fDi Markets-Datenbank zeigen einen weiteren Rückgang der Anzahl der weltweit

¹¹⁾ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-01-17/china-s-economic-growth-slowed-prompting-interest-rate-cut>.

¹²⁾ Der zugrundeliegende Trend der FDI wird um den Einfluss von Faktoren wie Kapitalflüsse über die Zweckgesellschaften, einmalige Transaktionen und innerbetriebliche Finanzierungen bereinigt.

angekündigten Greenfield-Projekte (ein Frühindikator der FDI-Entwicklung), um 13% in den ersten acht Monaten des Jahres 2021. Das Gesamtvolumen der Projekte ist um 11% zurückgegangen. Die Autoproduktion, die Elektronikbranche und die chemische Industrie, die stark in internationale Wertschöpfungsketten integriert sind, waren davon besonders betroffen. Gleichzeitig dürften Infrastrukturprojekte von den günstigen Finanzierungsbedingungen und großangelegten Konjunkturpaketen profitiert haben. Die Anzahl der internationalen Projektfinanzierungen stieg in den ersten drei Quartalen von 2021 um 32% und deren Wert um 74% (UNCTAD, 2021).

Abbildung 2.4: FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern

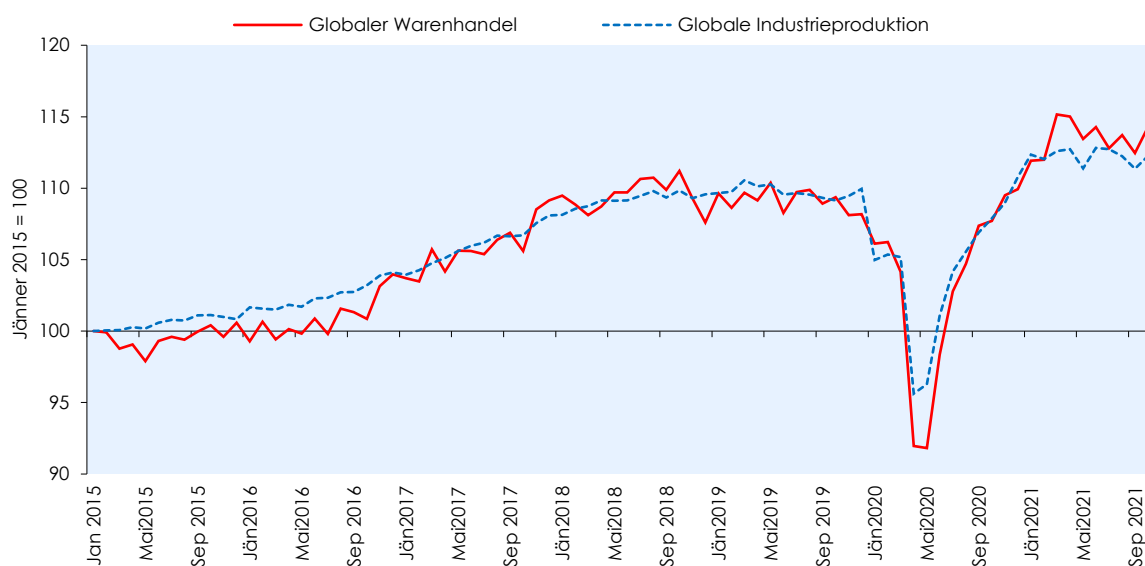


Q: UNCTAD, wiiv-Berechnungen. – 1) Mit Hongkong und Taiwan.

2.3 Entwicklung des Außenhandels

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hatte 2020 einen starken Rückgang des globalen Außenhandels und der Industrieproduktion zur Folge. Dies war einerseits auf den Einbruch der Weltkonjunktur und andererseits auf die angebotsseitigen Engpässe, ausgelöst durch die Lockdown-Maßnahmen und Grenzschließungen, zurückzuführen. Als Ergebnis ging das globale Güterhandelsvolumen 2020 um 5,3% zurück (Abbildung 2.5).

Abbildung 2.5: Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion

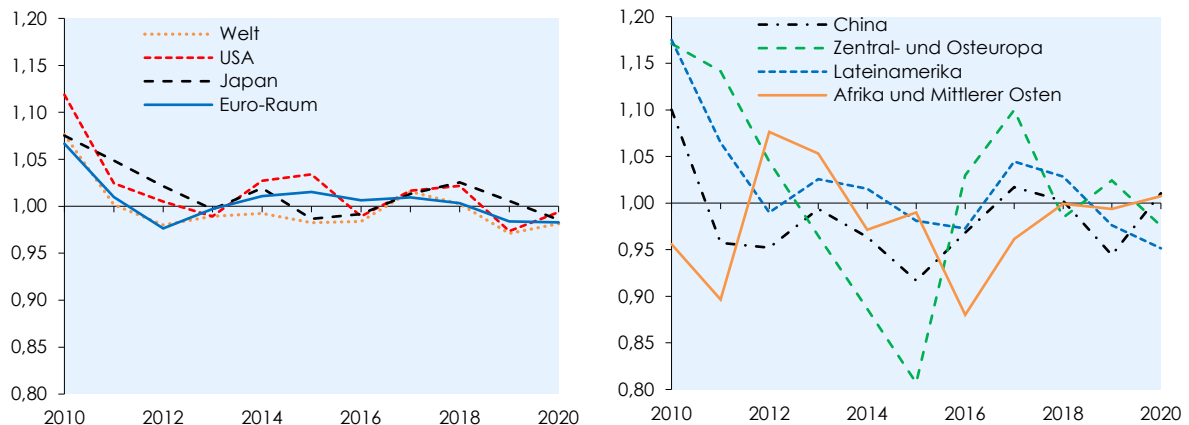


Anmerkung: Globale Industrieproduktion – Ländergewichtung nach Industrieproduktion.
Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Die Dynamik der globalen Industrieproduktion spiegelte diese Trends wider und sank um 4,8% (Hendriks et al., 2022). Wenn man die Dienstleistungen miteinrechnet, war der Rückgang des grenzüberschreitenden Gesamthandels insgesamt mit 8,2% noch deutlich stärker (World Bank, 2022). Dies liegt daran, dass viele grenzüberschreitende Dienstleistungen, wie der Reiseverkehr, besonders hart von der Pandemie und den eingeführten Mobilitätsbeschränkungen getroffen wurden.

Abbildung 2.6: Einkommenselastizität des Handels

Verhältnis des Wachstums der realen Güterimporte zum realen BIP-Wachstum



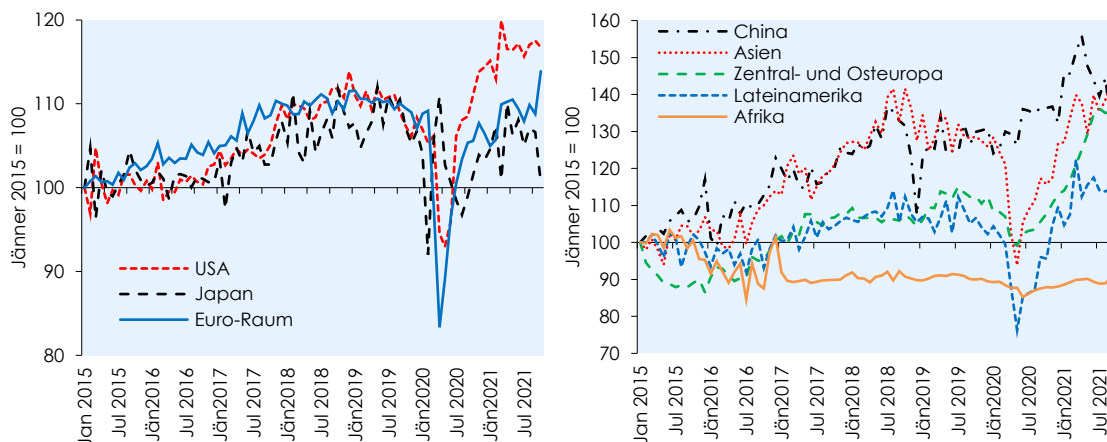
Quelle: Warenhandel: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor; BIP: wiw-Berechnungen.

2021 erholte sich der Außenhandel vom COVID-19-bedingten Einbruch im Jahr zuvor. Das Welthandelsvolumen mit Gütern und Dienstleistungen stieg im Vorjahr um geschätzte 9,5% und übertraf damit das Niveau von 2019 (World Bank, 2022).

Die Erholung wurde vor allem durch den Güterhandel getragen, der allerdings im Laufe des Jahres an Schwung verlor. Die Quartalsdynamik zeigt, dass die Außenhandelsexpansion gegen Mitte des Jahres ins Stocken geraten ist. Während im 1. Quartal 2021 noch ein starker Anstieg von 3,7% (auf Quartalsbasis) verzeichnet wurde, verlangsamte sie sich auf 1,1% im 2. Quartal und wurde im 3. Quartal sogar rückläufig (-1,0%). Dafür waren vor allem die Entwicklungen in China ausschlaggebend: die realen chinesischen Güterex- und -importe gingen im 3. Quartal 2021 um 2,3% bzw. 7,3% zurück. Aber auch die meisten anderen Regionen verzeichneten einen Rückgang, der beispielsweise im Euro-Raum -0,8% und in Japan -1,8% erreichte (Abbildung 2.7). Die Expansion der globalen Industrieproduktion verlangsamte sich ebenfalls im Laufe des Jahres: von 2,9% im 1. Quartal 2021 auf 0% im 2. Quartal und -0,2% im 3. Quartal (Hendriks et al., 2022).

Dafür waren vor allem zunehmende Lieferengpässe verantwortlich. Diese Engpässe dürften in erster Linie durch den Nachfrageüberhang, vor allem infolge der Verschiebung der Nachfragestruktur in Richtung langlebige Konsumgüter, und weniger durch die Angebotsverknappung ausgelöst worden sein. Dafür spricht beispielweise die Tatsache, dass der Verbrauch langlebiger Konsumgüter im vorigen Jahr in den führenden Industrieländern, darunter die USA und Deutschland, das Niveau von 2019 übertraf. Die viel diskutierte Halbleiterknappheit täuscht auch ein wenig darüber hinweg, dass z. B. Taiwan und Südkorea in den letzten zwei Jahren einen Anstieg der Halbleiterexporte verzeichneten (Rees und Rungcharoenkitkul, 2021). Insgesamt haben sich die globalen Versorgungsketten gut gehalten, sodass die Außenhandelsexpansion nahe an ihrem langfristigen Trend blieb.

Abbildung 2.7: Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern



Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Der Höhepunkt der Lieferengpässe könnte aber bereits vorüber sein. Die Entwicklung des sogenannten Global Supply Chain Pressure Index (GSCPI) deutet etwa darauf hin, dass der Höhepunkt im Oktober 2021 erreicht wurde; seitdem ist die Dynamik rückläufig¹³). Auch die monatlichen Handelsdaten für die letzten Monate des Jahres deuten auf eine Stabilisierung hin. Das sogenannte Momentum der Außenhandelsexpansion (der dreimonatige Durchschnitt bezogen auf den Durchschnitt der vorherigen drei Monate) erreichte im November 2021 bereits ein Wachstum von 0,7%, während es noch im Oktober mit -0,1% leicht rückläufig war. Auch das Momentum der Industrieproduktion legte deutlich von +0,6% im Oktober auf +1,3% im November 2021 zu (Hendriks et al., 2022). Es wird mit einer weiteren Erholung des globalen Handelsvolumens, inklusive Dienstleistungen, um 5,8% heuer und 4,7% 2023 gerechnet (World Bank, 2022). Für beide Jahre übersteigt diese Prognose das erwartete BIP-Wachstum, sodass die Einkommenselastizität des Handels erneut über eins liegen dürfte.

¹³) Der GSCPI wurde von der Federal Reserve Bank of New York entwickelt und kann als Maß für die weltweiten Lieferengpässe interpretiert werden (siehe dazu <https://libertystreeteconomics.newyorkfed.org/2022/01/a-new-barometer-of-global-supply-chain-pressures/>).

3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft bis zum 3. Quartal 2021

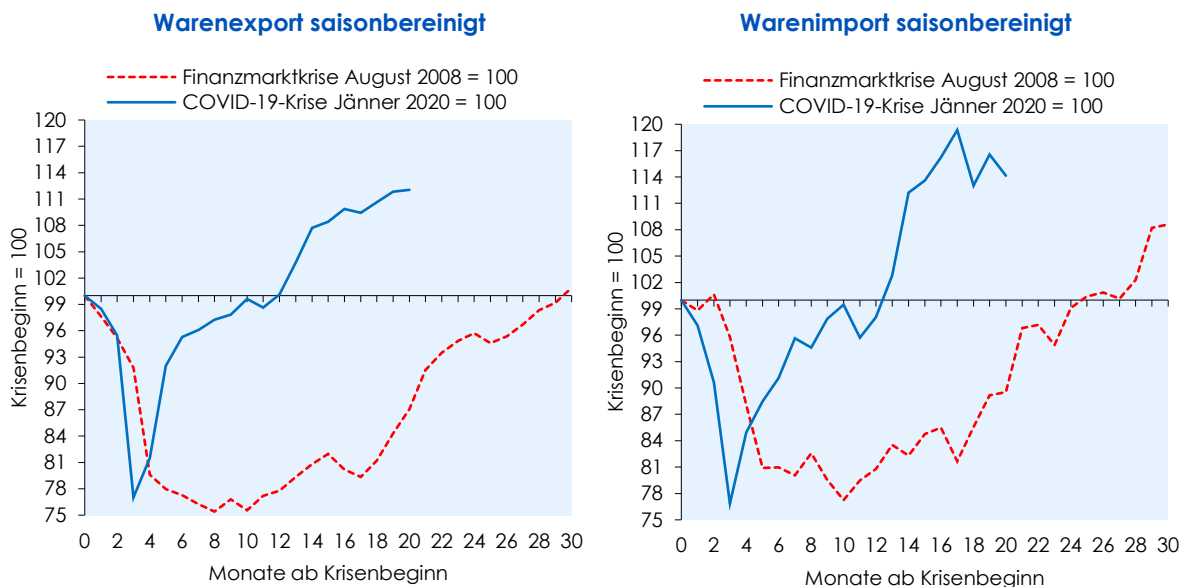
Yvonne Wolfmayr

3.1 Überblick

Weitgehend unbeeinflusst vom Infektionsgeschehen expandierte der österreichische Warenexport im ersten Halbjahr 2021 kräftig, wurde aber in der zweiten Jahreshälfte durch Lieferengpässe und -verzögerungen ausgebremst. Im Dienstleistungsexport erholten sich mit den Transportleistungen und den unternehmensnahen Dienstleistungen Bereiche, die eng mit dem Warenhandel verbunden sind früher und nachhaltiger. Der Reiseverkehr blieb weiterhin unmittelbar und stark von den wiederkehrenden COVID-19-Infektionswellen betroffen. Dem Aufschwung der Reiseverkehrsexporte über das Sommerhalbjahr wurde mit dem neuerlichen Lockdown zu Jahresende 2021 ein jähes Ende gesetzt.

Im österreichischen Warenaußenhandel setzte bereits unmittelbar nach dem Höhepunkt der COVID-19-Krise und den damals weitreichenden Schließungen im Frühjahr 2020 ein kräftiger Aufschwung ein, der vom weiteren Infektionsgeschehen und behördlichen Schutzmaßnahmen in Österreich und den Handelspartnern kaum gebremst wurde. Bereits im Jänner 2021 wurde das Vorkrisenniveau wieder erreicht und die bis April 2020 entstandenen Einbußen damit innerhalb von nur rund einem dreiviertel Jahr wettgemacht.

Abbildung 3.1: Finanzmarktkrise und COVID-19-Krise im Vergleich



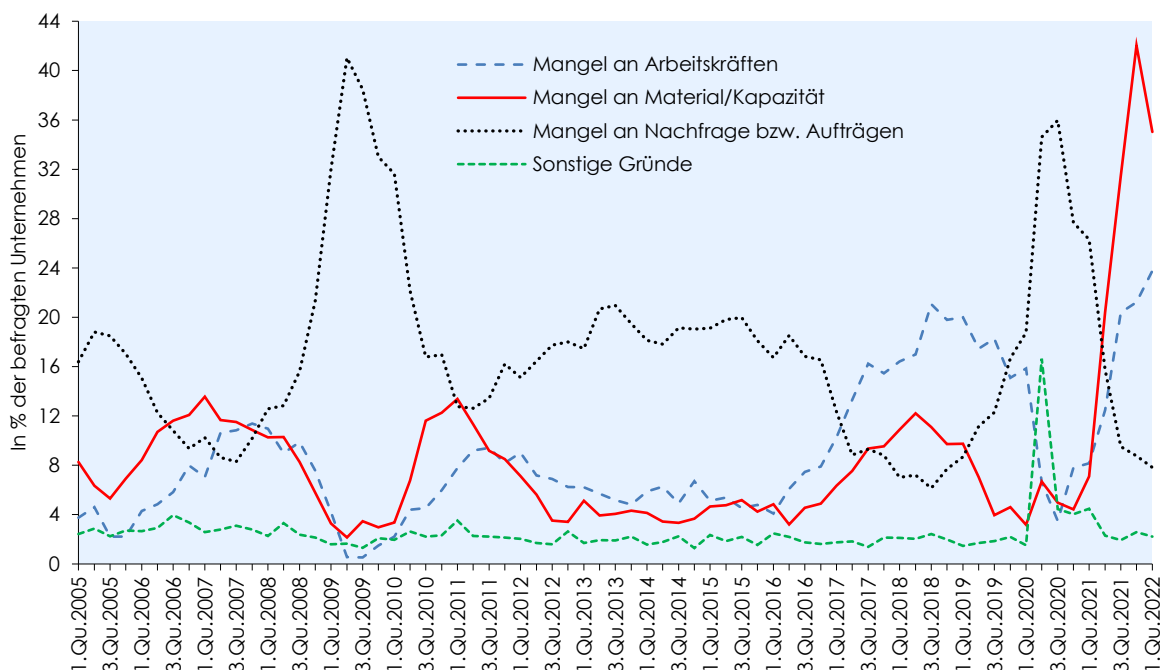
Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Export- und Importwerte.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Im Vergleich hierzu war dies dem österreichischen Warenaußenhandel nach der Finanzmarktkrise 2008/09 erst nach rund zweieinhalb Jahren beim Export und nach zwei Jahren beim Warenimport gelungen. Abbildung 3.1 vergleicht die österreichische Handelsentwicklung über beide Krisen. Die rasche Erholung im Zuge der kräftigen Expansion des Welthandels und der weltweiten Industrieproduktion führte allerdings auch in der österreichischen Sachgütererzeugung zunehmend zu Angebotsengpässen und Materialmangel. Dies

verlangsamte das Wachstumstempo des österreichischen Warenexports bereits ab dem 2. Quartal 2021. Logistikprobleme in der Containerschifffahrt, ausgelöst durch eine Fehlallokation von Containern, Behinderungen im Suezkanal sowie die pandemiebedingte Schließung von Häfen in Südchina verschärfen die Lieferengpässe und das Auseinanderklaffen des weltweiten Warenangebots und der Nachfrage (Christen und Wolfmayr, 2021)¹⁴).

Die Problematik rund um Lieferengpässe und Materialknappheiten hatte sich auch im zweiten Halbjahr 2021 noch nicht aufgelöst und wirkt insgesamt stark preistreibend (vgl. Kapitel 2). Im WIFO-Konjunkturtest hatte sich der Anteil der Industrieunternehmen, die ihre Produktion durch einen Mangel an Material oder Kapazität eingeschränkt sehen, im Winterquartal 2021 gegenüber der Sommerumfrage zunächst um rund 11 Prozentpunkte auf 43% erhöht (Abbildung 3.2). Besonders betroffen ist durch die Knappheit von Halbleitern die Kfz-Industrie, die einen wichtigen Teilbereich der österreichischen Exportwirtschaft darstellt. Zudem schlug sich im zweiten Halbjahr die starke Betroffenheit der deutschen Industrie zeitverzögert im österreichischen Außenhandel nieder. In der Umfrage vom Jänner 2022 ist der Anteil der Unternehmen, die sich durch den Materialmangel beeinträchtigt sehen, auf 35% gesunken. Dies könnte ein erstes vorsichtiges Zeichen einer möglichen Entspannung sein.

Abbildung 3.2: Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung



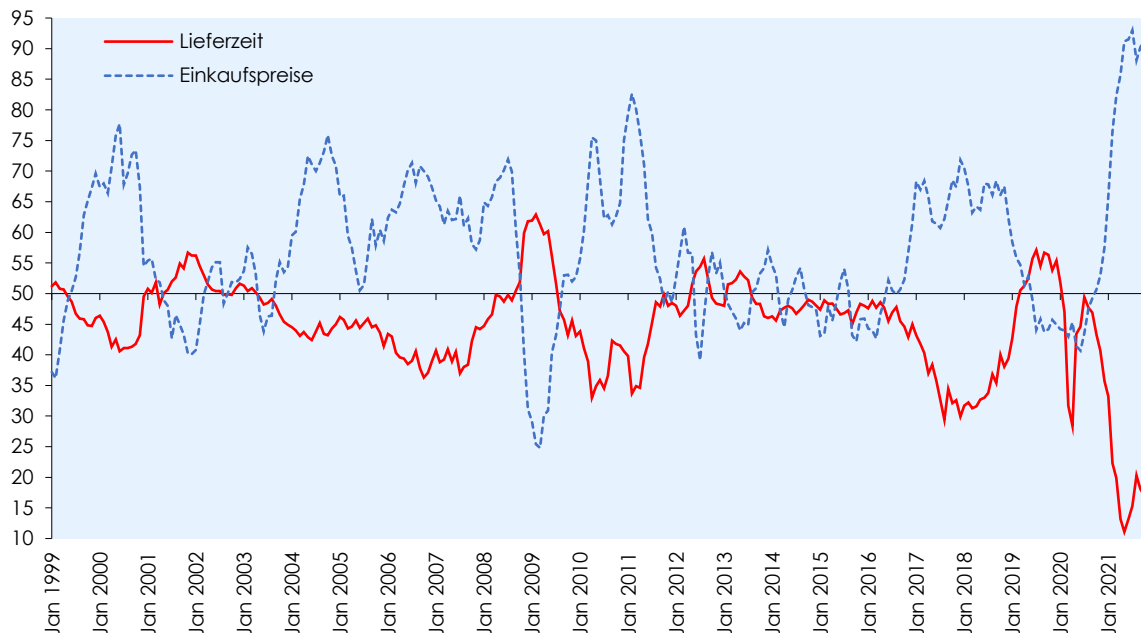
Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

Auch in der Umfrage der UniCredit Bank Austria unter Einkaufsmanagern im Dezember 2021 blieben die Einschätzungen bezüglich Lieferzeiten und Einkaufspreisen auf historischen Höchstwerten, obwohl die Entwicklung einiger Teilindizes auch hier eine erste Trendumkehr andeutet (Abbildung 3.3). Dämpfend auf den Erholungspfad der Warenexporte wirkte im

¹⁴) Einblick in die vielfältigen Gründe für die Lieferengpässe gibt das Update des FIW-Jahresgutachtens 2021 vom November 2021 (Oberhofer et al., 2021a).

Jahresverlauf 2021 auch, dass das Aufholpotential des Welthandels nach der Krise zunehmend ausgeschöpft war.

Abbildung 3.3: Einschätzungen österreichischer Einkaufsmanager zur Lieferzeit und zu Einkaufspreisen



Anmerkung: Indexwerte über 50 deuten auf Verbesserungen der Indexwerte hin. Ein Indexwert der Lieferzeit unter 50 deutet auf eine Verlängerung der Lieferzeit hin.

Quelle: UniCredit Bank Austria.

Im österreichischen Dienstleistungsaußenhandel blieben die touristischen Dienstleistungen trotz der guten Entwicklung über das Sommerhalbjahr das Sorgenkind und stark abhängig von den behördlich verhängten Einschränkungen zu Anfang und am Ende des Jahres 2021. In den anderen Dienstleistungsbereichen setzte im Jahr 2021 eine kräftige Erholung ein. Die Exporte von unternehmensnahen Dienstleistungen und Transportdienstleistungen lieferten die höchsten Wachstumsbeiträge.

3.2 Warenaußenhandel

Kräftiges Wachstum der Warenexporte im Vorjahresvergleich, aber Lieferengpässe sowie die Ausschöpfung der Aufholpotentiale nach der Krise dämpfen die unterjährige Dynamik ab März 2021. Auf Basis von vorläufigen Daten der Statistik Austria expandierten die österreichischen Warenexporte bis zum 3. Quartal 2021 im Vorjahresvergleich nominell um 16,3% und real (preisbereinigt) um 14,0% (vgl. Übersicht 3.1). Das außerordentlich hohe Wachstum im 2. Quartal 2021 (im Vorjahresvergleich) von 31,4% spiegelt das niedrige Niveau des Warenaußenhandels zum Höhepunkt der COVID-19-Krise mit dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 wider.

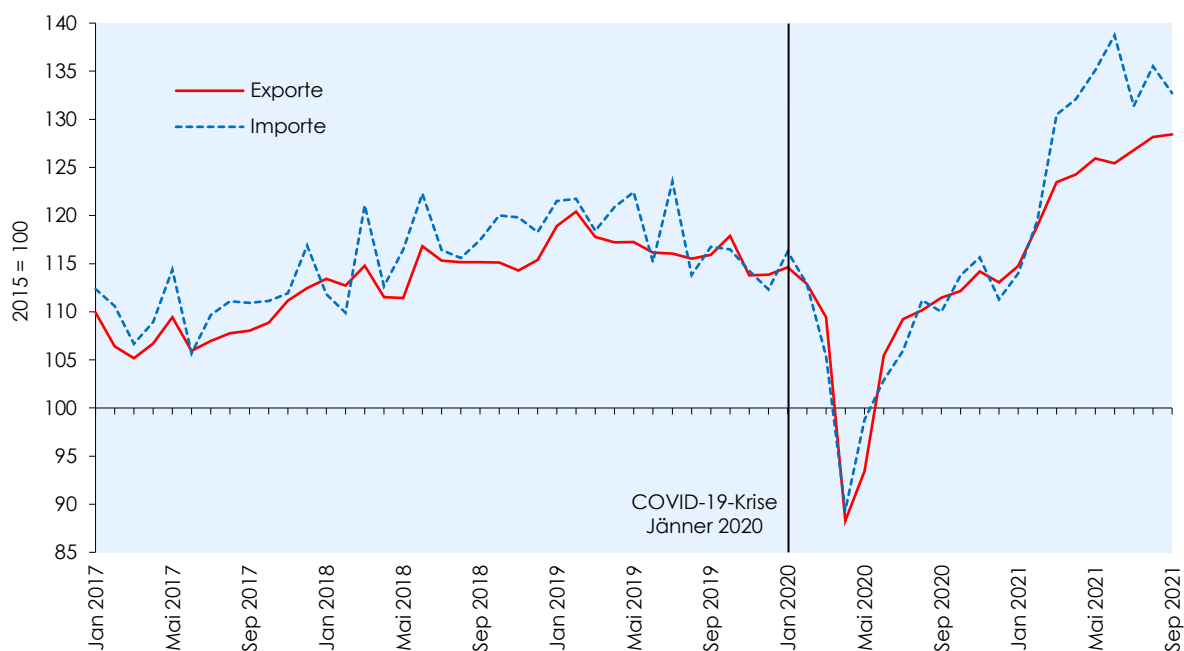
Übersicht 3.1: Österreichs Warenaußenhandel im Überblick

	Export	Export	Export	Export	Import	Import	Import	Import	Handelsbilanz	Handelsbilanz	ToT ¹⁾
	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Real Veränd. in %	Preise ¹⁾ Veränd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Real Veränd. in %	Preise ¹⁾ Veränd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Veränd. in %
1.-3. Qu. 2020	104,8	-8,8	-7,6	-1,3	106,0	-10,9	-8,7	-2,6	-1,2	2,9	1,3
1.-3. Qu. 2021	121,8	16,3	14,0	2,0	129,8	22,5	17,1	4,6	-8,0	-6,8	-2,5
1. Qu. 2020	37,5	-4,2	-2,9	-1,3	38,0	-6,3	-5,1	-1,2	-0,4	0,9	-0,1
2. Qu. 2020	31,4	-18,2	-16,9	-1,6	32,1	-18,8	-15,3	-4,1	-0,7	0,4	2,6
3. Qu. 2020	35,8	-4,1	-3,0	-1,1	35,9	-7,8	-5,6	-2,4	-0,1	1,5	1,3
4. Qu. 2020	37,8	-2,0	-1,3	-0,8	38,5	-1,0	0,8	-1,8	-0,7	-0,4	1,0
1. Qu. 2021	39,2	4,5	4,1	0,4	40,9	7,8	7,3	0,4	-1,7	-1,2	0,0
2. Qu. 2021	41,3	31,4	28,5	2,3	45,1	40,6	32,4	6,2	-3,8	-3,1	-3,7
3. Qu. 2021	41,3	15,3	11,7	3,2	43,8	22,0	13,6	7,4	-2,5	-2,4	-3,9

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Preise laut VGR.

Die Entwicklung der saisonbereinigten Ausfuhrwerte zeichnet das Bild einer besonders starken Wachstumsdynamik der Warenexporte bis zum März 2021 (Abbildung 3.4). Zu Jahresbeginn profitierte die österreichische Exportwirtschaft von der unerwartet frühen und starken Erholung der Weltwirtschaft und vor allem des globalen Warenhandels. Danach flachte sich das Wachstum deutlich ab. Zum einen war das Aufholpotential im Welthandel zunehmend ausgeschöpft, zum anderen bremsen die weltweiten Lieferengpässe und -verzögerungen auch die österreichische Sachgütererzeugung und damit die Wachstumsdynamik der heimischen Warenexporte. Die Warenlieferungen ins Ausland entwickelten sich aber dynamischer als die inländische Sachgütererzeugung und so dürfte die Auslandsnachfrage vermehrt aus Lagerbeständen bedient worden sein.

Abbildung 3.4: Entwicklung der österreichischen nominellen Warenexporte und -importe
Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Export- und Importwerte.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Die österreichischen Warenimporte wurden 2021 von der starken Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern getrieben. Die Lieferengpässe machten sich im österreichischen Import 2021 weniger bemerkbar als in der Produktion und im Export. Dies lässt vermuten, dass von den weltweiten Knappheiten zwar wichtige und zentrale Elemente der Produktion betroffen waren, diese aber im Gesamtvolumen der Importe weniger ins Gewicht fallen. Von Jänner bis September 2021 wuchsen die österreichischen Warenimporte nach den vorläufigen Daten der Statistik Austria real um 17,1% im Vorjahresvergleich (Übersicht 3.1) und damit deutlich stärker als die Warenexporte. In der nominellen Entwicklung der Einfuhren (+22,5%) schlugen hohe Importpreissteigerungen im 2. und 3. Quartal 2021 im Ausmaß von 6,2% bzw. 7,4% zusätzlich zu Buche. Sie sind eine Folge des kräftigen Anstiegs von Erdöl- und Rohstoffpreisen sowie Transportkosten für Containerschiffe im österreichischen Extra-EU-Import. Der Rohölpreis der Sorte Brent stieg seit dem Tiefpunkt im April 2020 von nur 18,5 \$ je Barrel, auf 74,5 \$ im September 2021 und überstieg damit das Vorkrisenniveau (im Vergleich zum Jänner 2020) um 17,3%.

Die unterjährige Wachstumsdynamik laut der saisonbereinigten Warenimportwerte übertraf die der Exporte bei Weitem, bremste sich aber in den Sommermonaten 2021 ebenfalls ein (Abbildung 3.4). Die außerordentlich hohe Dynamik im ersten Halbjahr 2021 wurde neben der hohen heimischen Investitionsnachfrage von einer außerordentlich kräftigen Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern getragen. Die kräftige Belebung der Investitionen war dabei einerseits Folge eines deutlichen Anstiegs der Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung, die Ersatz- und vor allem Erweiterungsinvestitionen nach sich zog, andererseits löste die staatliche Investitionsprämie sowohl Vorzieheffekte als auch zusätzliche Investitionen aus (Friesenbichler und Hölzl, 2021). Im Konsum sorgte die pandemiebedingte Strukturverschiebung der Nachfrage von Dienstleistungen zu vermehrten Warenkäufen – insbesondere zu dauerhaften Konsumgütern und elektronischen Geräten mit höherem Importgehalt – für zusätzliche Importe.

Die österreichische Warenhandelsbilanz verschlechterte sich deutlich. Negative Preiseffekte sowie der zusätzliche Import von pharmazeutischen Produkten waren die wichtigsten Treiber dieser Entwicklung. Das Defizit der Handelsbilanz erhöhte sich bis zum 3. Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um insgesamt 6,8 Mrd. € auf ein Gesamtsaldo von -8 Mrd. €. Dazu trugen die negativen Preiseffekte der Terms-of-Trade-Verschlechterung um 2,5% mit rund 40% bei. Die Terms-of-Trade (ToT), als Verhältnis der Export- zu den Importpreisen, verschlechterten sich vor allem im 2. Quartal (-3,7%) und im 3. Quartal 2021 (-3,9%) als Folge eines deutlich stärkeren Durchschlagens der hohen Rohöl- und Rohstoffpreise auf die Importpreise als auf die Exportpreise. Dies liegt vorwiegend am viel höheren Anteil der Roh- und Brennstoffe am Gesamtimport als am Gesamtexport. Der höchste negative Beitrag zur Gesamtveränderung der Handelsbilanz stammte aber aus Mengeneffekten – der deutlich höheren Importnachfrage – und insbesondere aus der deutlichen Verschlechterung des Außenhandelssaldos bei pharmazeutischen Produkten.

Die kräftige Expansion der österreichischen Warenexporte und -importe war regional breit gestreut. Der Intra-EU-Warenexport Österreichs übertraf in den ersten drei Quartalen 2021 mit +17% das Wachstum der Lieferungen in die Extra-EU 27 (+14,6%) (Übersicht 3.2). Mit nur wenigen Ausnahmen legte der österreichische Warenexport in alle Haupthandelspartner in den ersten drei Quartalen des Jahres 2021 mit zweistelligen Zuwachsraten zu.

Übersicht 3.2: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten

Nominell

	Export 2020 Anteile in %	Export 1.-3-Qu. 2021 Veränderung in %	Import 2020 Anteile in %	Import 1.-3-Qu. 2021 Veränderung in %	Handelsbilanz 1.-3-Qu. 2021 Mrd. €	Handelsbilanz 1.-3-Qu. 2021 Veränderung in Mrd. €
Intra-EU 27	67,6	17,0	68,4	20,2	-3,78	-2,48
Euro-Raum 19	52,0	16,2	55,1	18,5	-5,83	-1,98
EU 6	14,0	20,9	11,9	28,1	1,82	-0,43
EU Rest	1,6	14,3	1,4	20,5	0,22	-0,05
MOEL 5	14,9	18,6	13,3	24,3	1,20	-0,48
Extra-EU 27	32,4	14,6	31,6	27,5	-4,24	-4,34
Westbalkan	1,0	18,9	0,9	21,7	0,01	-0,02
Schwarzmeerraum	1,4	21,0	1,9	24,6	-0,81	-0,20
NAFTA	8,1	20,0	4,1	15,8	5,01	0,99
6 dyn. Länder Asiens	2,2	18,2	2,0	32,5	0,04	-0,25
BRIC	5,3	15,4	9,4	36,1	-7,10	-2,72
Deutschland	30,5	16,4	35,0	17,0	-6,26	-1,09
USA	6,5	18,3	3,6	10,9	3,68	0,81
Italien	6,2	27,1	6,3	26,0	-0,25	0,00
Schweiz	5,5	6,4	5,6	26,3	-1,22	-1,20
Frankreich	4,3	-2,2	2,6	22,6	1,26	-0,72
Polen	3,9	21,2	3,1	32,9	0,69	-0,18
Tschechien	3,6	19,6	4,2	24,9	-0,98	-0,35
Ungarn	3,5	20,4	2,7	21,4	0,98	0,14
Vereinigtes Königreich	2,9	14,7	1,5	18,8	1,42	0,12
China	2,7	26,4	7,1	28,2	-5,96	-1,35
Insgesamt	100,0	16,3	100,0	22,5	-8,02	-6,82

Anmerkung: EU 6 = Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden; MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Westbalkan = Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien; Schwarzmeerraum = Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine; 6 dynamische Länder Asiens = Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand; BRIC = Brasilien, Russland, Indien, China.
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die gewichtigeren EU-Märkte trugen am meisten zum Gesamtwachstum der österreichischen Exporte bei (Abbildung 3.5). Unter den 10 wichtigsten Absatzmärkten im Warenexport lieferten die Ausfuhren nach Deutschland (+16,4%), Italien (+27,1%), in die USA (+18,3%) sowie nach Polen (+21,2%) und China (+26,4%) den wichtigsten Beitrag zum Gesamtexportwachstum. Die Warenexporte in die Schweiz wuchsen mit 6,4% verhalten und die Warenlieferungen nach Frankreich verzeichneten sogar einen Rückgang um 2,2%.

Ein detaillierterer Blick zeigt, dass das Exportwachstum nach Deutschland und Italien vor allem von den Lieferungen bearbeiteter Waren, von Maschinen sowie Gütern der Kfz-Industrie getrieben wurde. Auch die Wachstumsdynamik der österreichischen Exporte in die USA war vorwiegend durch die Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen bestimmt. Nach China konnte die österreichische Exportwirtschaft bis zum 3. Quartal 2021 vor allem die Lieferungen von Pkw und Maschinen ausweiten. Die schwache Exportentwicklung in die Schweiz wird von den Ergebnissen der Ausfuhr von Pharmaprodukten bestimmt. Sie sind aber im Lichte der – wohl pandemiebedingen – hohen Zuwächse in den ersten zwei Quartalen des Vorjahres 2020 und mit dem damit einhergehenden Niveaueffekt zu sehen. Im 3. Quartal 2021 erholten sich auch die Lieferungen von Pharmaprodukten in die Schweiz deutlich. Die starken Exportrückgänge nach Frankreich sind – wie bereits seit 2010 – auf Sondereffekte in der Ausfuhr von

pharmazeutischen Erzeugnissen (unregelmäßige, stark schwankende Lieferungen von Polypeptidhormonen) zurückzuführen¹⁵⁾.

Abbildung 3.5: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU 6 = Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Polen, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden.
 Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Die Entwicklung der Exporte nach den Haupthandelspartnern in den ersten drei Quartalen 2021 brachte gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres kleinere Verschiebungen in der Rangliste der wichtigsten Exportmärkte mit sich, die aber jeweils nur die nächstfolgenden Länder in der Reihenfolge betrafen. Italien, Polen, Ungarn, China und Slowenien konnten sich in der Rangfolge jeweils um einen Platz verbessern, während die USA, Frankreich, Tschechien, das Vereinigte Königreich und die Slowakei sich jeweils um einen Rang verschlechterten. Italien übernahm die Position als zweitwichtigster Exportmarkt und überholte dabei die USA insbesondere aufgrund von Rohstofflieferungen, die in den nominellen Exportwerten vor allem die hohen Teuerungsraten bei Holz widerspiegeln. Die Positionsverschiebung zwischen Polen

¹⁵⁾ Ohne Berücksichtigung der Warengruppe der Polypeptidhormone wuchsen die österreichischen Warenexporte nach Frankreich bis zum 3. Quartal 2021 im Vorjahresvergleich um 17,2%.

und Frankreich dürfte mit den zuvor beschriebenen negativen Sondereffekten im österreichischen Frankreichexport chemischer Erzeugnisse in Zusammenhang stehen. Umgekehrt lieferte die zusätzliche Ausfuhr chemischer Produkte einen der höchsten Wachstumsbeiträge im Export nach Polen. Schließlich sind die Anteile Ungarns und Tschechiens nahezu gleich hoch und damit sind wiederholte kleine Verschiebungen in den Rängen zwischen diesen zwei Ländern öfters der Fall. China wurde zum neuntwichtigsten Exportmarkt und überholte das Vereinigte Königreich. Auch dieser Positionswechsel kam in der Vergangenheit oft vor, dürfte aber im letzten Jahr zum Teil auf erste Effekte des Brexit zurückgeführt werden können.

Übersicht 3.3: Rangliste der Hauptexportpartner Österreichs im Vergleich zwischen 2020 und 2021

1.-3.Quartal 2020	Mrd. €	Anteile in %	Rang	1.-3. Quartal 2021	Mrd. €	Anteile in %	Rang	Rangverschiebung gegenüber 2020
Deutschland	31,95	30,50	1	Deutschland	37,18	30,53	1	0
USA	6,73	6,42	2	Italien	8,20	6,73	2	-1
Italien	6,45	6,16	3	USA	7,95	6,53	3	1
Schweiz	5,69	5,43	4	Schweiz	6,06	4,98	4	0
Frankreich	4,69	4,48	5	Polen	4,87	4,00	5	-1
Polen	4,02	3,84	6	Frankreich	4,59	3,77	6	1
Tschechien	3,69	3,53	7	Ungarn	4,44	3,65	7	-1
Ungarn	3,69	3,52	8	Tschechien	4,42	3,63	8	1
Vereinigtes Königreich	2,88	2,75	9	China	3,58	2,94	9	-1
China	2,83	2,70	10	Vereinigtes Königreich	3,30	2,71	10	1
Slowakei	2,13	2,03	11	Slowenien	2,45	2,01	11	-1
Slowenien	2,11	2,02	12	Slowakei	2,37	1,95	12	1
Niederlande	2,02	1,92	13	Niederlande	2,34	1,92	13	0
Insgesamt	104,76	100,00	.	Insgesamt	121,79	100,00	.	.

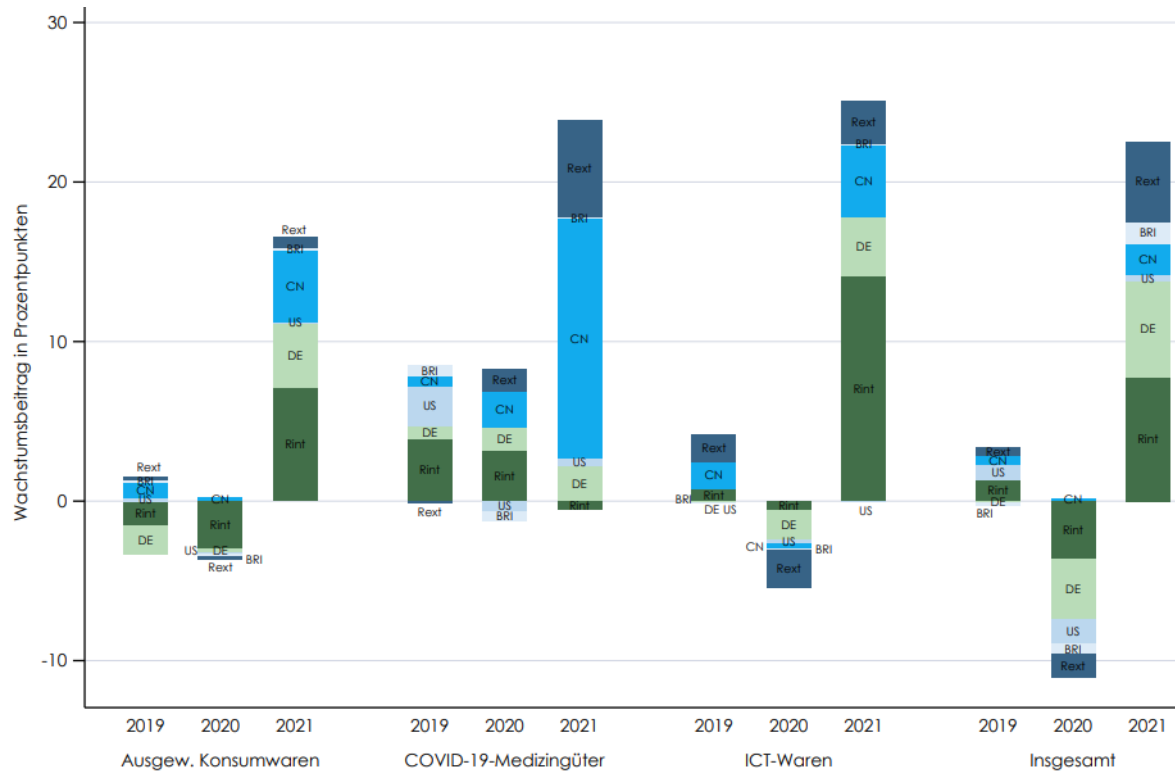
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Verschiebung des Konsumverhaltens zu (dauerhaften) Konsumwaren und ICT-Gütern begünstigt vor allem die Warenimporte aus China. Der österreichische Warenimport wurde besonders vom Wachstum der Einfuhren aus Deutschland (+17,0%), China (+28,2%), Italien (+26,0%) und der Schweiz (+26,3%) getragen (Übersicht 3.2). Der Import aus der Schweiz wurde von Goldlieferungen (Untergruppe der "sonstigen Güter") bestimmt, auf die rund die Hälfte des Importwachstums aus der Schweiz zurückzuführen ist. Der Import aus den USA blieb im 1. Quartal 2021 noch um 6,7% unter dem Vorjahresniveau, beschleunigte sich erst ab dem 2. Quartal. Das kumulierte Wachstum bis zum 3. Quartal 2021 ergab ein Wachstum in Höhe von 10,9%, das fast ausschließlich vom Wachstum der Einfuhr chemischer Erzeugnisse (insbesondere pharmazeutische Erzeugnisse) getragen wurde. Die hohe Zuwachsrate der Importe aus dem Vereinigten Königreich (+18,8%) ist nahezu vollständig dem außerordentlich kräftigen Zuwachs von Goldlieferungen zuzurechnen, die vorwiegend im 2. Quartal 2021 getätigt wurden.

Rund 9% des Gesamtwachstums der Einfuhren bis zum 3. Quartal 2021 können dem österreichischen Import aus China zugerechnet werden. Der Import aus China lieferte damit 2021 nach Deutschland einen der wichtigsten Wachstumsbeiträge zum Gesamtimport. Dabei dominierte die Einfuhr von pharmazeutischen Waren, Konsumgütern und Maschinen. Rund 40% des Importwachstums aus China kann dem pharmazeutischen Bereich zugeordnet werden. Die während der bisherigen COVID-19-Krise zu beobachtende Verschiebung der Konsumnachfrage von Dienstleistungen und Reisen hin zu Warenkäufen, wie IT-Ausrüstungen, ausgewählten (langlebigen) Konsumgütern (z. B. Möbel, Sportgeräte, Fahrräder, Kühlschränke oder Waschmaschinen) sowie der pandemiebedingte erhöhte Bedarf an medizinischen und pharmazeutischen Produkten haben das Importwachstum aus China dabei besonders

begünstigt. Abbildung 3.6 zeigt die hohen Wachstumsbeiträge der österreichischen Importe aus China in diesen ausgewählten Produktgruppen, wobei die Konzentration auf chinesische Importe bei COVID-19-kritischen medizinischen Gütern am stärksten ausgeprägt war.

Abbildung 3.6: Wachstumsbeiträge zur Veränderung der österreichischen Importe in ausgewählten Gütergruppen nach Regionen und den jeweils wichtigsten Partnerländern



Anmerkung: Auswertungen 1. bis 3. Quartal kumuliert des jeweiligen Jahres. Ausgewählte Konsumwaren – WIFO-Definition (Sportartikel, Sportschuhe, Spiele (einschl. Videospiele), Zweiräder, Fahrräder ohne Motorkrafträder, Fahrräder mit Hilfsmotor, Möbel, Haushaltsgeräte); COVID-19-Medizingüter – Eurostat-Definition (<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/6842948/11003521/Corona+related+products+by+categories.pdf>); ICT-Waren – UNCTAD-Definition (https://unctadstat.unctad.org/en/Classifications/DimHS2017Products_lct_Hierarchy.pdf); Rext – Rest der Extra-EU-Länder; Rint – Rest der Intra-EU-Länder.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Mit Ausnahme der österreichischen Exporte von medizinischen und pharmazeutischen Gütern profitierten alle Warengruppen von der hohen internationalen Nachfragedynamik. Die kräftigsten Zuwächse erzielten der österreichische Export von bearbeiteten Waren (+22,3%) und die heimischen Maschinen- und Fahrzeugexporte (+15,7%), die auch die wichtigsten Wachstumsbeiträge zum Gesamtwachstum der Ausfuhren beisteuerten (Übersicht 3.4 und Abbildung 3.7). Das außerordentlich hohe Wachstum des österreichischen Rohstoffexports und auch der besonders energieintensiven Teile des Exports bearbeiteter Waren (wie z. B. Stahl) sind vorwiegend ein Resultat der hohen Preissteigerungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten, die in den veröffentlichten nominellen Werten durchschlagen. Dies gilt für die genannten Produktgruppen auch auf der Importseite. Neben dem Import von bearbeiteten Waren (+24,0%) wurde das Wachstum der Importe in den ersten drei Quartalen 2021 von Maschinen (+22,3%), Teilen für die Kfz-Produktion (+20,4%) und Pkw (+17,8%) bestimmt. Einen hohen Wachstumsbeitrag lieferte aber vor allem auch die Einfuhren von chemischen Erzeugnissen und konsumnahen Fertigwaren, die um 24,1% bzw. 12,4% expandierten.

Übersicht 3.4: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen

Nominell

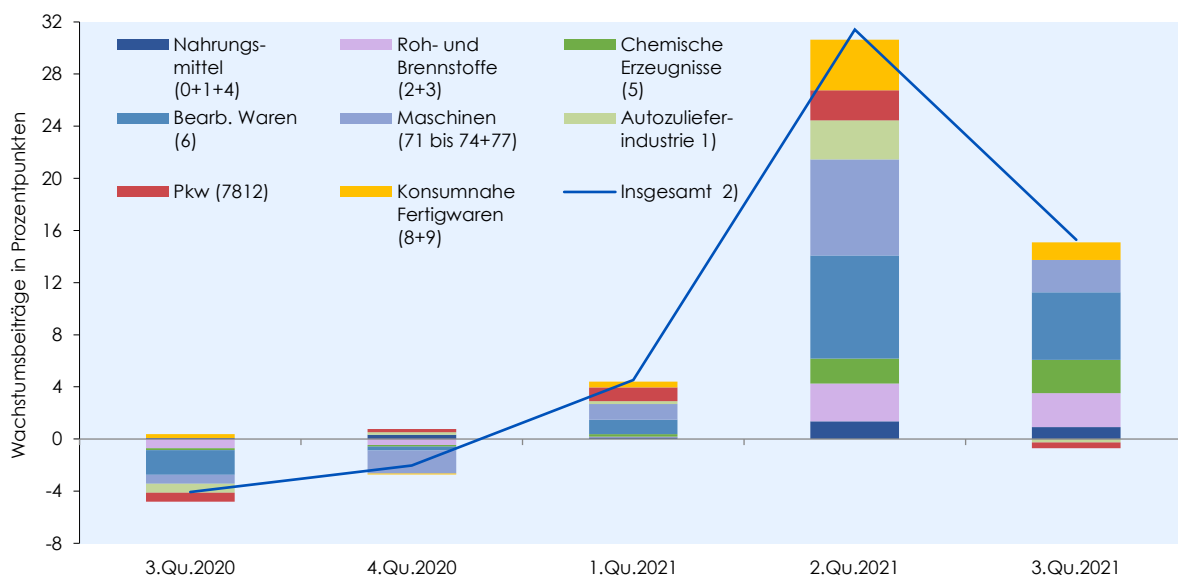
	Export 2020	Export 1.-3-Qu.2021	Import 2020	Import 1.-3-Qu.2021	Handelsbilanz 1.-3-Qu.2021	Handelsbilanz 1.-3-Qu.2021
	Anteile in %	Veränderung in %	Anteile in %	Veränderung in %	Mrd. €	Veränderung in Mrd. €
Nahrungsmittel	8,4	8,9	8,1	6,0	0,49	0,27
Rohstoffe	3,0	37,9	4,0	45,2	-1,80	-0,72
Holz	1,2	50,3	1,0	32,3	0,44	0,27
Brennstoffe	2,0	31,6	5,7	42,1	-6,01	-1,94
Chemische Erzeugnisse	15,6	9,4	14,5	24,1	-0,89	-2,18
Bearbeitete Waren	20,2	22,3	15,9	24,0	4,73	0,62
Papier	2,7	9,9	1,4	2,7	1,60	0,24
Textilien	1,3	-1,9	1,7	-8,5	-0,30	0,13
Eisen, Stahl	4,4	32,2	2,5	52,3	2,00	0,08
Maschinen, Fahrzeuge	38,2	15,7	34,9	21,0	1,47	-1,46
Maschinen	24,4	14,4	19,0	22,3	4,38	-0,84
Autozulieferindustrie	5,2	18,0	4,4	20,4	0,82	0,03
Pkw	4,4	22,1	4,9	17,8	-0,61	0,07
Konsumnahe Fertigwaren	11,2	12,2	15,1	12,4	-4,95	-0,57
Insgesamt	100,0	16,3	100,0	22,5	-8,02	-6,82

Anmerkung: Maschinen (SITC 71 bis 74+77); Autozulieferindustrie (SITC 7132+7139+781-7812+784); Pkw (SITC 7812).

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Der Außenhandel mit chemischen Erzeugnissen trug mit einer Verschlechterung des Saldos aus Exporten und Importen um rund 2,2 Mrd. € am meisten zum insgesamt stark steigenden Handelsbilanzdefizit Österreichs bei. Rund 1,9 Mrd. €, und damit der Großteil, entstammten aus einem höheren Defizit im österreichischen Außenhandel mit pharmazeutischen Produkten. Ein Teil dieser Verschlechterung ist auf Sondereffekte durch die stark schwankenden aber mengenmäßig bedeutenden Lieferungen von Polypeptidhormonen nach Frankreich und die Importe dieser aus den USA zurückzuführen. Der andere Teil der Handelsbilanzverschlechterung bei Pharmaprodukten ist einerseits dem starken Anstieg der Importe aus China zuzuschreiben, auf der Exportseite wiegt andererseits auch der Rückgang von österreichischen Pharmalieferungen in die Schweiz.

Abbildung 3.7: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC)

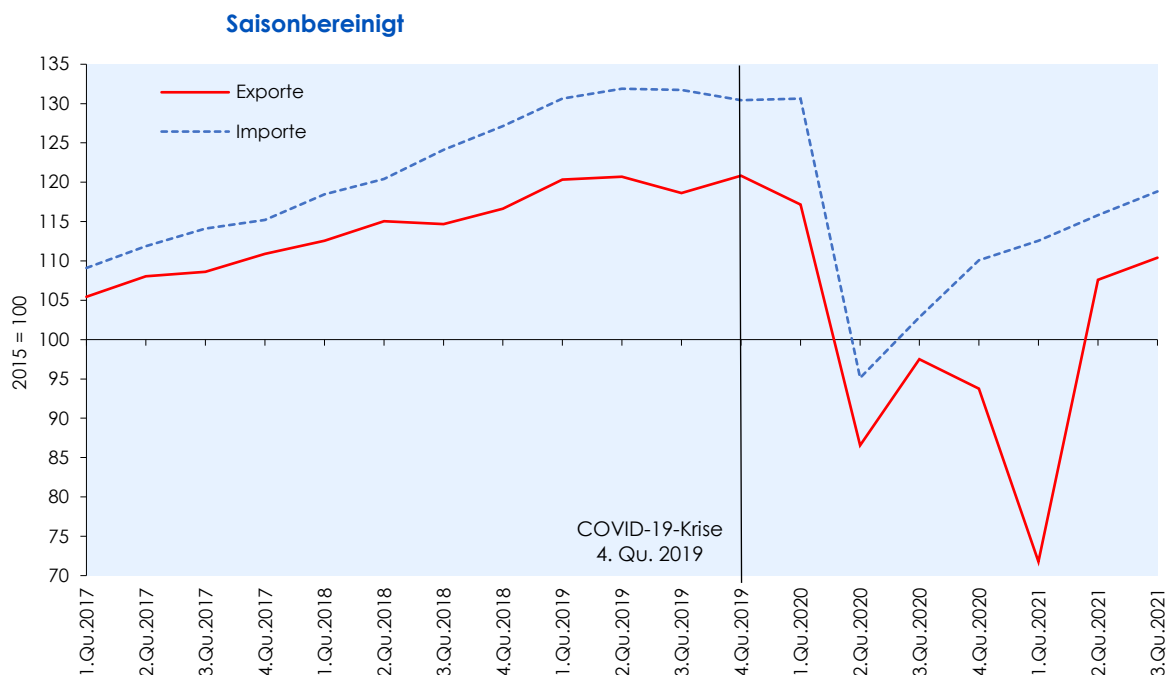


Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) SITC 7132+7139+781-7812+784. – 2) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

3.3 Dienstleistungsaußenhandel

Das pandemiebedingte Wechselspiel von Öffnungs- und Schließungsphasen traf den österreichischen Dienstleistungsexport auch 2021 stärker und unmittelbarer als den Warenexport. Der Ausfall der Wintersaison 2021 im Reiseverkehrsexport konnte trotz guter Sommersaison 2021 nicht kompensiert werden. Das Entwicklungsmuster der preis- und saisonbereinigten Quartalsdaten des Dienstleistungsexports spiegelt deutlich den Wechsel zwischen Öffnungsschritten und Verschärfungen der Einschränkungsmaßnahmen im Verlauf des bisherigen Pandemiegeschehens wider (Abbildung 3.8). Nach dem ersten Rebound im Sommer 2020 folgte ein durch den am Jahresende 2020 verhängten Lockdown bedingter Einbruch der Dienstleistungsausfuhren, der im 1. Quartal 2021 insbesondere aufgrund des Totalausfalls des Wintertourismus 2021 noch deutlich stärker als zur Hochphase der Pandemie im Vorjahr (Frühjahr 2020) ausfiel. Im 2. Quartal 2021 setzte mit den Lockerungsschritten ab Mai 2021 ein neuerlicher Rebound der Dienstleistungsexporte ein, der über die Sommermonate von unternehmensbezogenen Dienstleistungen, Transportdienstleistungen sowie auch von der Erholung im Reiseverkehr mitgetragen wurde. In den ersten drei Quartalen 2021 führte diese Entwicklung laut den vorläufigen Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) der Statistik Austria zu einem Rückgang des preisbereinigten (realen) Dienstleistungsexports um 6,1%. Dieser Einbruch der Dienstleistungsexporte steht damit einer kräftigen Erholung der Warenexporte im gleichen Zeitraum um preisbereinigte 14% gegenüber.

Abbildung 3.8: Entwicklung der realen Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte reale Export- und Importwerte.
Quelle: Berechnungen der Statistik Austria.

Die Dienstleistungsimporte waren 2021 kaum betroffen und expandierten. Der Dienstleistungssaldo verschlechtert sich deutlich. Die österreichischen Dienstleistungsimporte wuchsen laut vorläufigen VGR-Daten der Statistik Austria in den ersten drei Quartalen 2021 mit nominell 9,3% und real mit 5,7%. Ein Grund dafür ist die deutliche Wiederaufnahme der Auslandsreisen der Österreicher insbesondere in den Sommermonaten 2021. Der Überschuss im

Dienstleistungssaldo verringerte sich aufgrund dieser Erholung der Importe gepaart mit den starken Einbußen in der Wintersaison 2021 auf der Exportseite um 4,9 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €. Leicht negativ auf den Dienstleistungssaldo wirkten dabei auch Preiseffekte mit einer Verschlechterung der Terms-of-Trade im Dienstleistungshandel um 0,6% (Übersicht 3.5).

Übersicht 3.5: Österreichs Dienstleistungsaußenhandel lt. VGR im Überblick

	Export	Export	Export	Export	Import	Import	Import	Import	Handelsbilanz	Handelsbilanz	ToT
	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Real Veränd. in %	Preise Veränd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Real Veränd. in %	Preise Veränd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Veränd. in %
1.-3.Qu.2020	43,0	-15,4	-15,7	0,4	36,0	-17,9	-18,1	0,3	7,0	0,0	0,1
1.-3.Qu.2021	41,5	-3,5	-6,1	2,8	39,3	9,3	5,7	3,4	2,2	-4,9	-0,6
1.Qu.2020	17,9	-3,6	-4,0	0,4	13,0	-0,7	-1,6	0,9	4,9	-0,6	-0,4
2.Qu.2020	10,5	-29,6	-29,8	0,3	10,6	-28,7	-28,6	-0,2	0,0	-0,2	0,5
3.Qu.2020	14,6	-15,6	-16,1	0,5	12,4	-21,9	-22,1	0,3	2,2	0,8	0,2
4.Qu.2020	13,7	-22,4	-22,0	-0,5	13,0	-13,7	-12,9	-0,9	0,7	-1,9	0,4
1.Qu.2021	11,3	-36,7	-38,3	2,5	11,4	-12,5	-14,9	2,8	0,0	-4,9	-0,3
2.Qu.2021	13,1	24,4	22,0	2,0	13,1	23,6	19,9	3,0	0,0	0,1	-1,0
3.Qu.2021	17,1	17,1	13,6	3,1	14,9	19,9	15,3	4,1	2,2	0,0	-0,9

Anmerkung: Abweichung zu den Daten laut Zahlungsbilanz ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Der Ausfall des Wintertourismus prägt auch das Bild der Entwicklung der Dienstleistungsexporte nach Handelspartnern. Detailauswertungen des Dienstleistungshandels nach Partnerregionen bzw. -ländern oder nach Dienstleistungsarten sind nur auf Basis der Zahlungsbilanzstatistik und nur zu laufenden Preisen (nominell) möglich. Vor allem aufgrund von Abgrenzungsunterschieden im Reiseverkehr ergeben sich Differenzen zum Dienstleistungshandel laut VGR und damit zu den in Übersicht 3.5 dargestellten Werten.

Übersicht 3.6: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten

Nominell

	Export 2020	Export 1.-3-Qu.2021	Import 2020	Import 1.-3-Qu.2021	Saldo 1.-3-Qu.2021	Saldo 1.-3-Qu.2021
	Anteile in %	Veränderung in %	Anteile in %	Veränderung in %	Mio. €	Veränderung in Mio. €
Intra-EU 27	72,5	-3,2	74,3	14,7	-191	-4.934
Euro-Raum 19	60,4	-2,8	57,0	14,1	2.159	-3.626
EU 6	9,6	-4,3	14,7	17,8	-2.299	-1.114
EU Rest	2,5	-8,9	2,7	10,9	-51	-194
MOEL 5	9,5	-2,9	14,2	9,2	-1.628	-588
Extra-EU 27	27,5	-3,3	25,7	4,9	1.538	-826
BRICS	3,2	-5,3	3,8	10,3	-264	-215
Deutschland	39,8	-3,1	29,6	5,9	5.680	-1.154
Schweiz	8,1	-4,1	4,3	13,0	1.717	-333
Vereinigtes Königreich	4,9	-26,8	5,6	-9,2	-292	-383
Niederlande	4,5	-24,6	3,7	-4,3	287	-456
Italien	4,3	12,9	3,8	63,2	-240	-653
Ungarn	2,6	-8,3	3,0	10,1	-145	-204
USA	2,6	22,5	3,7	19,5	-265	-18
Tschechien	2,6	-3,7	2,6	1,9	90	-58
Frankreich	2,1	9,2	2,2	19,5	3	-77
Polen	1,9	-2,5	3,6	18,7	-728	-254
Insgesamt	100,0	-3,2	100,0	12,2	1.347	-5.760

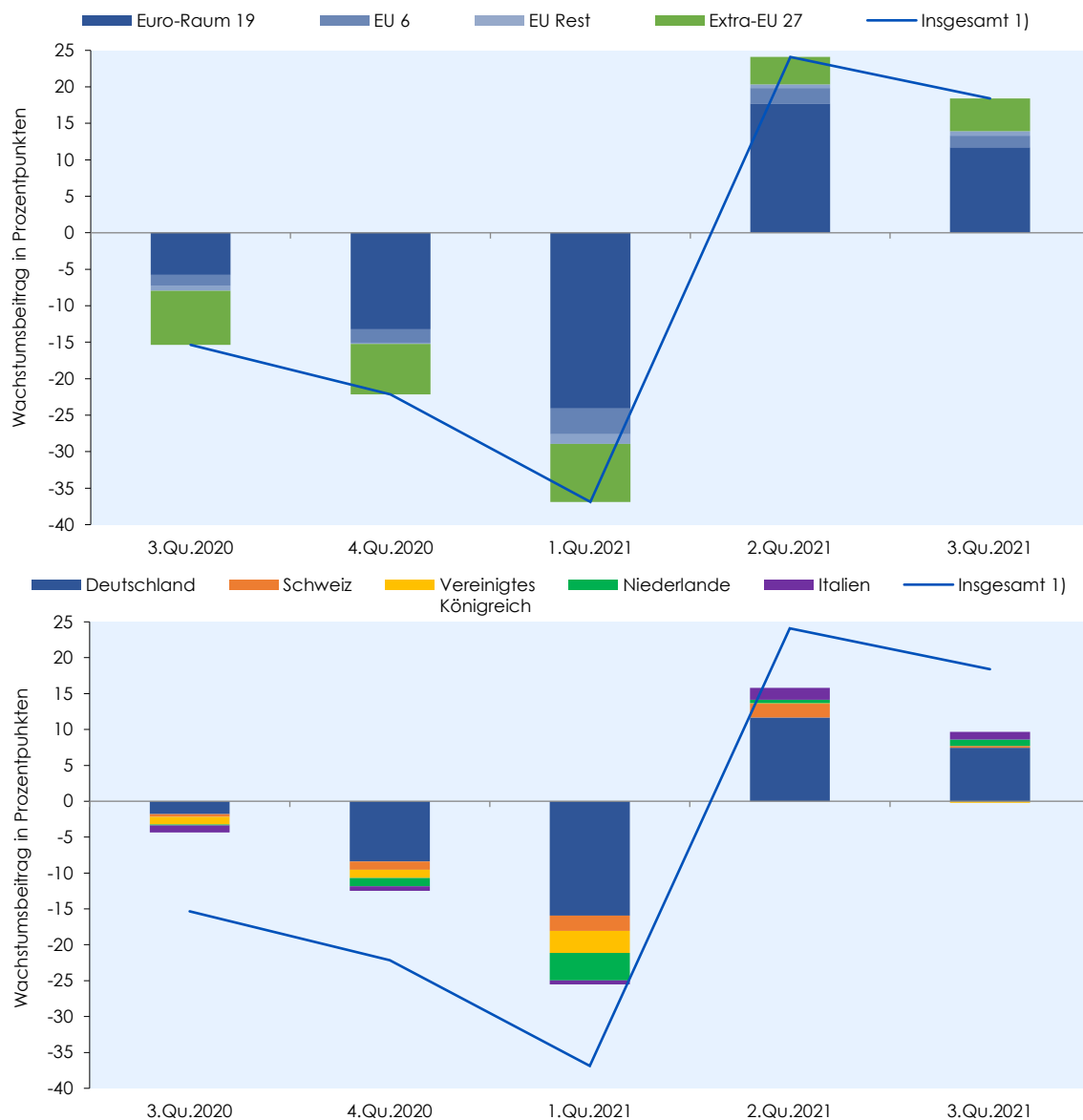
Anmerkung: Daten laut Zahlungsbilanz; Abweichung zu den Daten laut VGR ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

EU 6 = Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden. MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Nach den vorläufigen Daten der Zahlungsbilanzstatistik für die ersten drei Quartale des Jahres 2021 gingen die österreichischen nominellen Intra-EU-Exporte von Dienstleistungen mit einer Rate von 3,2% etwa gleich stark wie die Extra-EU-Exporte (-3,3%, Übersicht 3.6) zurück. Das pandemiebedingte Fernbleiben der Skitouristen aus Deutschland, den Niederlanden sowie der Schweiz und dem Vereinigten Königreich im 1. Quartal 2021 trug maßgeblich zu dieser Entwicklung bei. Die eingefahrenen Verluste der Wintersaison konnten durch den Aufschwung in den Frühjahres- und Sommermonaten im Jahresverlauf bis zum Ende des 3. Quartals 2021 nicht ganz kompensiert werden (Abbildung 3.9). Auch die durch die Pandemie verursachte Verschiebung der Gästestruktur hin zu einer stärkeren Bedeutung von Binnenreisenden und zu Nahmärkten wie Deutschland und die Niederlande schlägt auf die Länderstruktur der Gesamtdienstleistungsexporte durch.

Abbildung 3.9: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU 6 = Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Polen, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden.
 Quelle: OeNB, Statistik Austria. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Die negative Gesamtentwicklung der Dienstleistungsexporte bis zum 3. Quartal 2021 wurde damit zum Großteil vom Ausfall des österreichischen Wintertourismus 2020/21 determiniert. Dieser bescherte dem österreichischen Reiseverkehrsexport im 1. Quartal 2021 einen Einbruch von 94,2% gegenüber dem Vorjahr. Nach den ersten Öffnungsschritten für die Tourismusbranche am 19. Mai 2021 und auch aufgrund der frühen Wiederherstellung der Reisefreiheit innerhalb Europas erholten sich die Reiseverkehrsexporte über die Sommersaison 2021 deutlich und auch rascher als im Vorjahr. Insgesamt lag die Sommersaison 2021 jedoch immer noch um 16% unter dem Nüchternheitsniveau vor der COVID-19-Pandemie (Fritz und Burton, 2021). Mit einer Zuwachsrate von 68,3% im 2. Quartal 2021 und 21,1% im 3. Quartal 2021 konnte damit nur ein Teil der Verluste aus dem Winterquartal wettgemacht werden. Der kumulierte Rückgang bis zum Ende des 3. Quartals betrug 42,4% und die Reiseverkehrsexporte lagen damit weiterhin deutlich unter dem Niveau vor der COVID-19-Krise. Sie erwirtschafteten im Jahr 2020 rund ein Fünftel der Exporteinnahmen im Dienstleistungssektor, vor der Krise lag dieser Anteil noch bei rund einem Drittel der Gesamteinkünfte. Der traditionelle Überschuss im Außenhandel mit Reiseverkehrsdienstleistungen verringerte sich bis zum Ende des 3. Quartals 2021 um weitere 6,6 Mrd. € auf einen deutlich niedrigeren Überschuss von rund 1,4 Mrd. €.

Übersicht 3.7: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten

Nominell

	Export 2020 Anteile in %	Export 1.-3.Qu.2021 Veränderung in %	Import 2020 Anteile in %	Import 1.-3.Qu.2021 Veränderung in %	Saldo 1.-3.Qu.2021 Mio. €	Saldo 1.-3.Qu.2021 Veränderung in Mio. €
Gebühren für Lohnveredelung, Reparaturdienstleistungen	4,0	18,8	6,8	4,9	-575	194
Transport	24,5	11,8	28,6	12,4	-178	-66
Reiseverkehr	21,4	-42,4	8,0	54,3	1.430	-6.615
Bauleistungen	1,6	-5,9	1,4	-4,6	131	-15
Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	4,7	14,0	6,2	14,2	-272	-36
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	13,6	6,2	14,4	6,7	287	-6
Sonst. Unternehmensdienst- leistungen, Patente, Lizenzen	28,4	11,2	31,6	4,5	755	743
Persönliche Dienstleistungen, Regierungsleistungen	1,9	11,7	3,0	4,9	-228	41
Insgesamt	100,0	-3,2	100,0	12,2	1.347	-5.760

Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

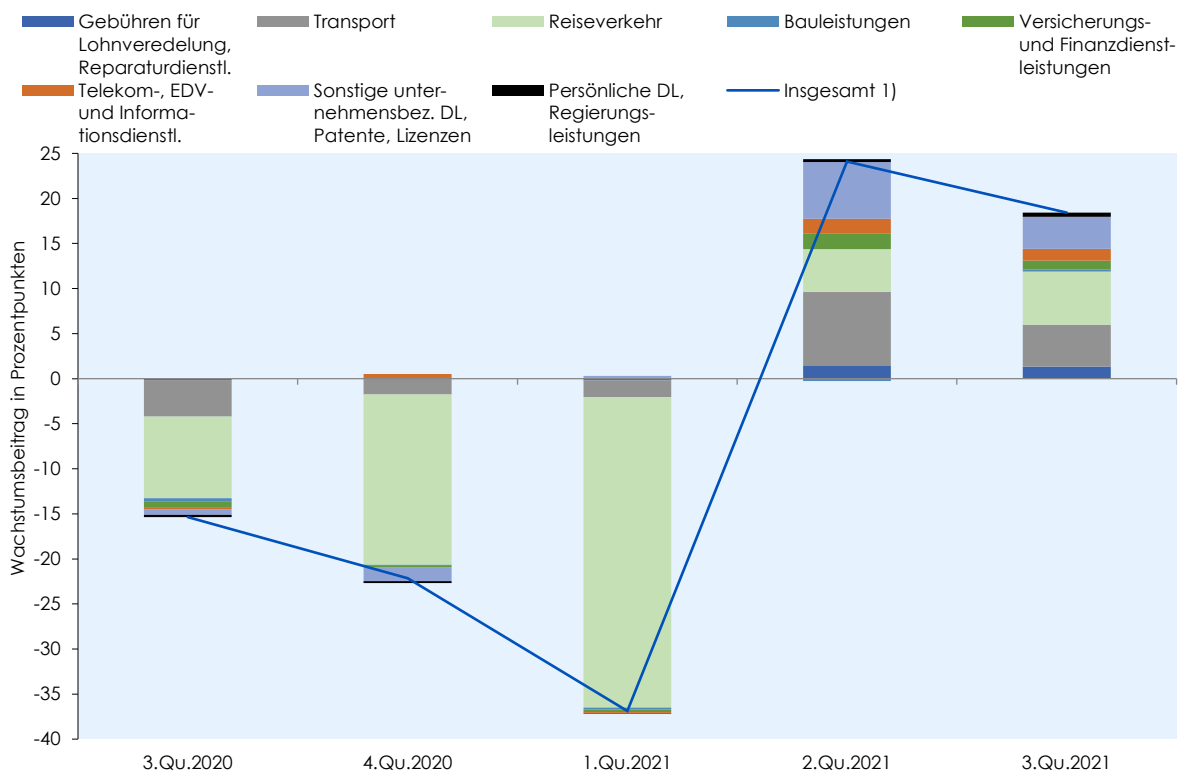
Kräftiger Rebound bei internationalen Transportdienstleistungen und unternehmensnahen Dienstleistungen ab dem 2. Quartal 2021. Während der Reiseverkehr durch die pandemiebedingten Schließungsphasen der Wirtschaft unmittelbar und stark betroffen war, hielten sich die Verluste im Export anderer Dienstleistungsbereiche nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 in Grenzen und verringerten sich schon seit Mitte 2020. Mit dem 2. Quartal 2021 erholten sich vor allem die internationalen Transportdienstleistungen und der Export unternehmensnaher Dienstleistungen kräftig (Abbildung 3.10). Die Transportdienstleistungen werden dabei zu rund 65% im Straßenverkehr erbracht und konzentrieren sich auf den Frachtverkehr. Sie erwirtschafteten im Vorjahr rund ein Viertel der Exporteinnahmen im Dienstleistungssektor. Neben dem Reiseverkehr waren die negativen Einbußen durch die COVID-19-Pandemie bei internationalen Transportleistungen zunächst am stärksten. Diese sind jedoch eng mit dem grenzüberschreitenden Warenhandel verbunden und erholten sich

parallel mit diesem auch schneller und kräftiger als der Reiseverkehr. Der Export von Transportdienstleistungen erhöhte sich bis zum 3. Quartal 2021 um insgesamt 11,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Saldo erreichte bis zum Juni 2021 ein Defizit von rund 0,2 Mrd. €.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen waren 2020 für 28,4% der Dienstleistungsausfuhren verantwortlich. Etwa 30% der Exporterlöse durch unternehmensbezogene Dienstleistungen werden durch grenzüberschreitende technische Dienstleistungen erzielt. Ein weiteres Viertel durch Rechts- und Wirtschaftsdienste. Exporte im Bereich der Forschungs- und Entwicklungsleistungen tragen mit knapp einem Sechstel zum Export der unternehmensbezogenen Dienstleistungen bei. Wie die Transportdienstleistungen sind die unternehmensnahen Dienste eng mit der Produktion und den internationalen Warenlieferungen verbunden und erholten sich früher und im Gleichklang mit den Exportaufträgen der Sachgütererzeugung. Darüber hinaus ist die Möglichkeit der virtuellen Kontakte und Dienstleistungserfüllung hier wohl am größten und hat die Erholung gegenüber anderen Dienstleistungsarten erleichtert. **Bis zum Ende des 3. Quartals 2021 wuchsen die Exporte der unternehmensbezogenen Dienstleistungen um 11,2% gegenüber dem Vorjahr.** Der Außenhandel mit unternehmensbezogenen Dienstleistungen bilanzierte im gleichen Zeitraum mit einem Überschuss von rund 0,8 Mrd.€ und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 0,7 Mrd. €.

Exporte von Versicherungs- und Finanzleistungen, Telekommunikations-, EDV- und Informationsleistungen wurden bereits im Vorjahr weniger durch die COVID-19-Pandemie berührt und erzielten bis zum Ende des 3. Quartal 2021 deutlich positive Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Abbildung 3.10).

Abbildung 3.10: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten

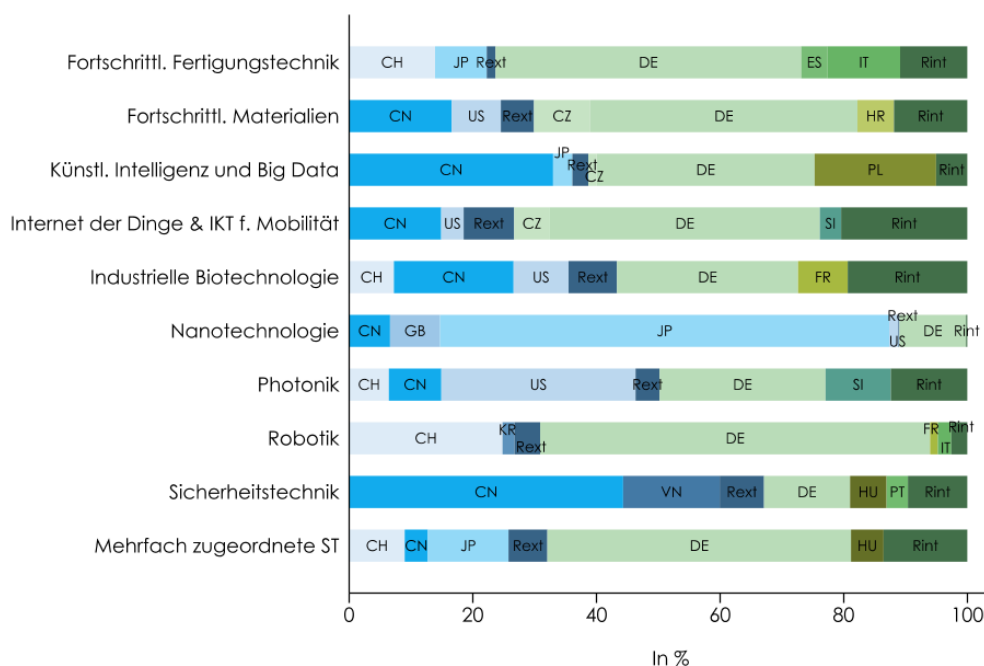


Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

3.4 Wertschöpfungs- und Lieferketten: Importabhängigkeit Österreichs bei kritischen Produkten

Die COVID-19-Pandemie hat die Frage nach der Resilienz des internationalen Handels sowie vor allem der Versorgungssicherheit mit kritischen Produkten und der Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten (Lieferländern) in das Zentrum der (wirtschafts-)politischen Diskussion gerückt. Die österreichischen Exporte erholten sich nach dem Höhepunkt der COVID-19-Krise im Frühjahr 2020 äußerst rasch. Das schnelle Aufholen und Erreichen des Vorkrisenniveaus sowie die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen zeugten von der Resilienz der österreichischen Warenexporte in der aktuellen Krise. Eine zu hohe Abhängigkeit von Importen, insbesondere wenn es eine starke Konzentration auf wenige Bezugsquellen gibt, kann in dieser Hinsicht aber problematisch sein. Eine WIFO-Studie hat die Importabhängigkeit und geographische Konzentration der Importe aus Extra-EU-27-Ländern für besonders wichtige Schlüsseltechnologien und für kritische medizinische Güter (sogenannte COVID-kritische Güter) untersucht (Klien et al., 2021).

Abbildung 3.11: Länderstruktur der Importe importabhängiger Produkte nach Technologieklassen, 2018

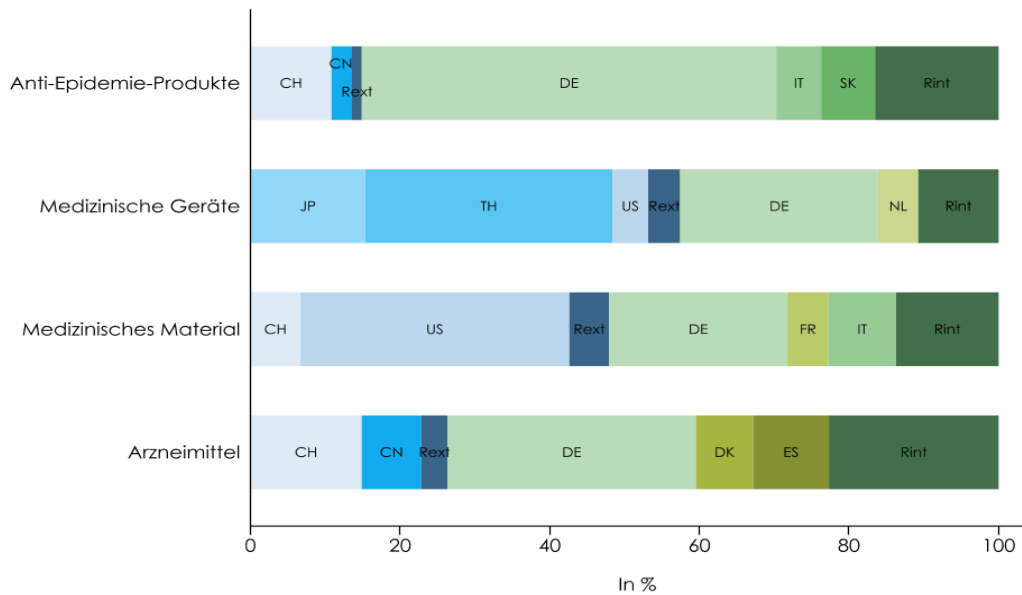


Anmerkung: Rext – Rest der Extra-EU-Länder; Rint – Rest der Intra-EU-Länder.
 Quelle: BACI-Datenbank (Gaulier und Zignago, 2010) und Klien et al. (2021).

Die wichtigsten Ergebnisse daraus zeigen, dass Österreich nur in begrenzten Einzelfällen eine hohe Importabhängigkeit von Extra-EU-Märkten (bzw. eine starke Konzentration auf einzelne Extra-EU-Bezugsmärkte) aufweist. Der überwiegende Teil stammt aus dem EU-Binnenmarkt, insbesondere Deutschland. Die Importabhängigkeit bezogen auf die analysierten kritischen Güter betrifft nur rund 3,4% der Gesamtimporte Österreichs. Abbildung 3.11 und Abbildung 3.12 geben die Länderstruktur der Importe der identifizierten Produkte mit hoher Importabhängigkeit in den Teilkategorien der Schlüsseltechnologien und der COVID-kritischen Güter wieder. Über alle Kategorien kritischer Produkte hinweg ist Deutschland die wichtigste Bezugsquelle in der EU 27. Unter den Ländern aus dem Extra-EU-Raum dominieren die USA, Schweiz, China und Japan. Im Detail zeigt sich, dass China bei Arzneimitteln, der

Sicherheitstechnik, der künstlichen Intelligenz und im Bereich Big-Data-Technologien einen der wichtigsten Extra-EU-Bezugsmärkte darstellt. Die USA sind der wichtigste Lieferant bei medizinischen Geräten und Photonikprodukten. Japan dominiert die österreichischen Zulieferungen aus dem Extra-EU-Raum im Bereich der Nanotechnologie. Produkte aus dem Bereich der Fertigungstechnik und Robotik werden zu einem großen Teil aus der Schweiz bezogen.

Abbildung 3.12: Länderstruktur der Importe von Produkten mit hoher Importabhängigkeit nach COVID-kritischen Produktgruppen, 2018

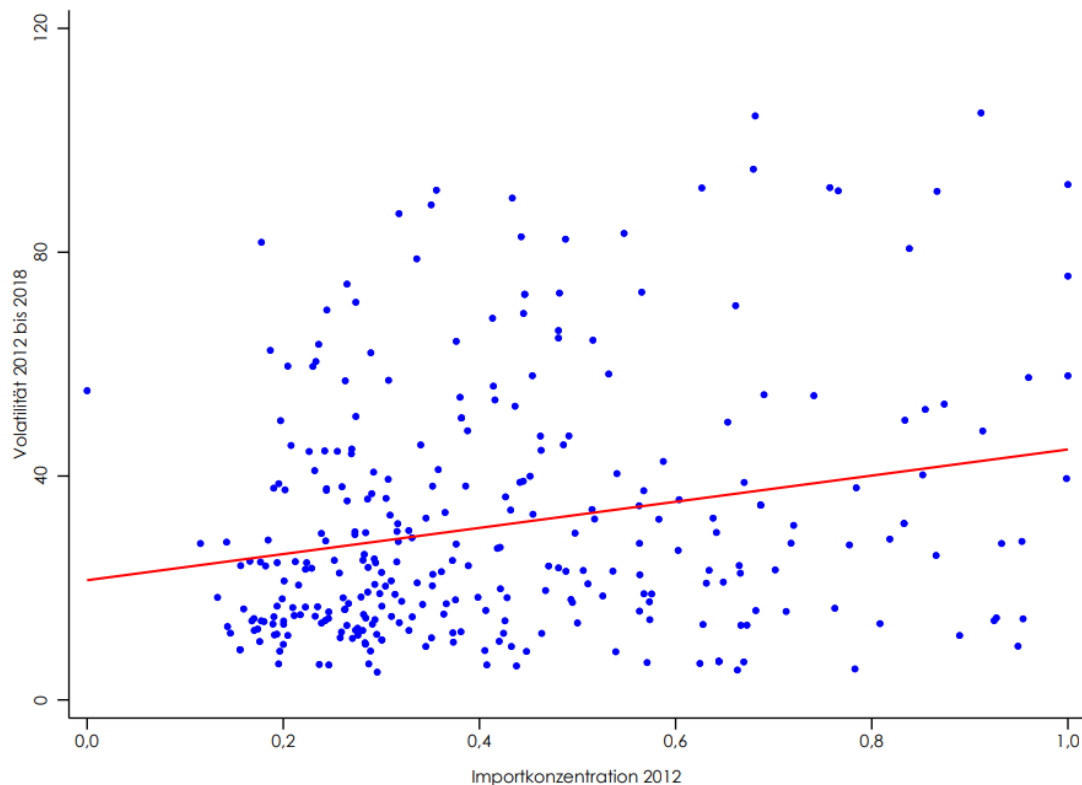


Anmerkung: Rext – Rest der Extra-EU-Länder; Rint – Rest der Intra-EU-Länder.
 Quelle: BACI-Datenbank (Gaulier und Zignago, 2010) und Klien et al. (2021).

Die Literatur beschreibt unterschiedliche Möglichkeiten diese Abhängigkeiten abzuschwächen bzw. zu beseitigen, wie etwa den Aufbau strategischer Lager, die Nutzung und Anpassung von Produkten mit ähnlichen Eigenschaften, die stärkere Diversifizierung der internationalen Bezugsquellen oder auch Re-shoring, also eine Rückverlagerung und damit die eigenständige, nationale Produktion. Das österreichische Industriepotential (gemessen an der technologischen Nähe im österreichischen Produktraum sowie Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit, des wirtschaftlichen Potentials und der Marktrisiken) und damit das Potential für eine Industrieansiedlung in Österreich, ist in Bereichen mit hoher Importabhängigkeit bei Produkten der fortschrittlichen Fertigungstechniken, der fortschrittlichen Materialien sowie der künstlichen Intelligenz und Big-Data-Technologien am höchsten. Auf Einzelproduktebene innerhalb dieser Gütergruppen zeigen sich aber große Unterschiede. Eppinger et al. (2021) zeigen allerdings in ihrer Analyse, dass ein Re-shoring und damit ein Decoupling von Wertschöpfungsketten zwar eine gewisse Versicherung gegenüber Schocks wie die COVID-19-Krise bietet, diese aber sehr teuer und kostspielig ist und Verluste im Pro-Kopf-Einkommen, die mit dieser Strategie verbunden wären, nicht aufwiegen kann. Zusätzlich betont die WTO in ihrem "World Report 2021" die Vorteile der Diversifizierung von Export- sowie Importmärkten. So wird gezeigt, dass die makroökonomische Volatilität mit zunehmender geographischer Konzentration der Exporte und Importe auf wenige Ziel- und Herkunftsländer zunimmt, und damit die Resilienz einer Wirtschaft schwächt (WTO, 2021d). Eine Gegenüberstellung der geographischen Importkonzentration der österreichischen Importe mit der Volatilität des Exportwachstums bestätigt dieses Bild insbesondere für den österreichischen

Außenhandel mit Schlüsseltechnologien und zeigt die Wichtigkeit der Diversifizierung von Bezugsquellen.

Abbildung 3.13: Geographische Konzentration von Importen und Volatilität der Exporte im österreichischen Außenhandel von Schlüsseltechnologien



Anmerkung: Das Maß für die geographische Konzentration der Importe aus dem Extra-EU-Raum basiert auf dem sogenannten Herfindahl-Hirschmann-Index und schwankt zwischen einem Wert von 1 (vollständige Konzentration; Importe werden von nur einem einzigen Auslandsmarkt bezogen) und 0 (vollständige Diversifizierung). Volatilität der Exporte wird als Standardabweichung der jährlichen Wachstumsraten der Exporte über die Periode 2012 bis 2018 berechnet. Der dazu benötigte Datensatz ist nur für die Periode 2012 bis 2018 verfügbar.

Quelle: BACI-Datenbank (Gaulier und Zignago, 2010), WIFO-Berechnungen.

4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2021 bis 2023

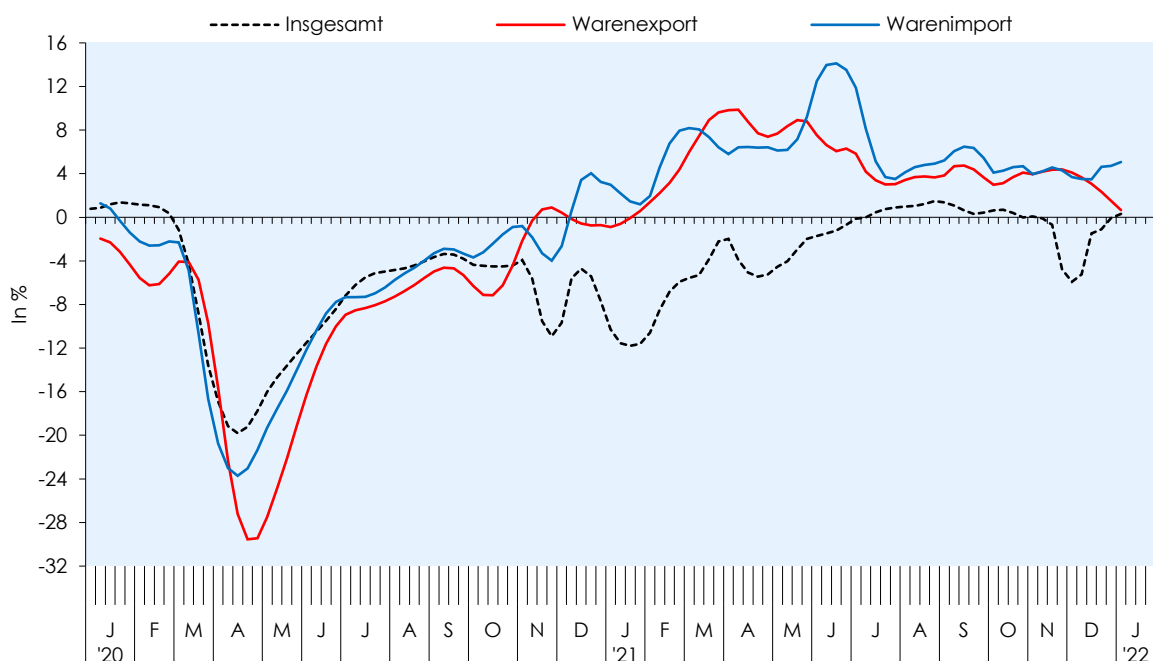
Yvonne Wolfmayr

4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsaußenhandels

Nach dem krisenbedingten Einbruch um 6% (preisbereinigt) im Jahr 2020 dürfte der österreichische Warenexport 2021 um 11,7% wachsen. Für die Folgejahre 2022 und 2023 wird ein Zuwachs von 5% bzw. 3,8% erwartet. Der Gesamtexport (einschließlich der Dienstleistungsexporte) sollte 2021 ein Wachstum von 10,2% erreichen, im Jahr 2022 um 8,5% und 2023 um 4,2% expandieren.

Die österreichische Exportwirtschaft setzte im Sommerhalbjahr 2021 den Erholungskurs zwar fort, aber deutlich gedämpfter als noch zu Jahresbeginn (Kapitel 3). Für das 4. Quartal 2021 ist nach dem derzeitigen Bild der Vorlaufindikatoren mit einer weiteren Wachstumsabschwächung zu rechnen. Zum einen haben sich die weltweiten Lieferengpässe und der Materialmangel auch in den letzten Monaten noch nicht aufgelöst und die starke Betroffenheit der deutschen Industrie schlägt sich zeitverzögert verstärkt im österreichischen Warenhandel nieder. Zum anderen ist das Aufholpotential nach der COVID-19-Krise weitgehend ausgeschöpft. So wurde bereits im März 2021 der Warenausfuhrwert vom letzten Höhepunkt der Exportkonjunktur von Anfang 2019 erreicht.

Abbildung 4.1: Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex

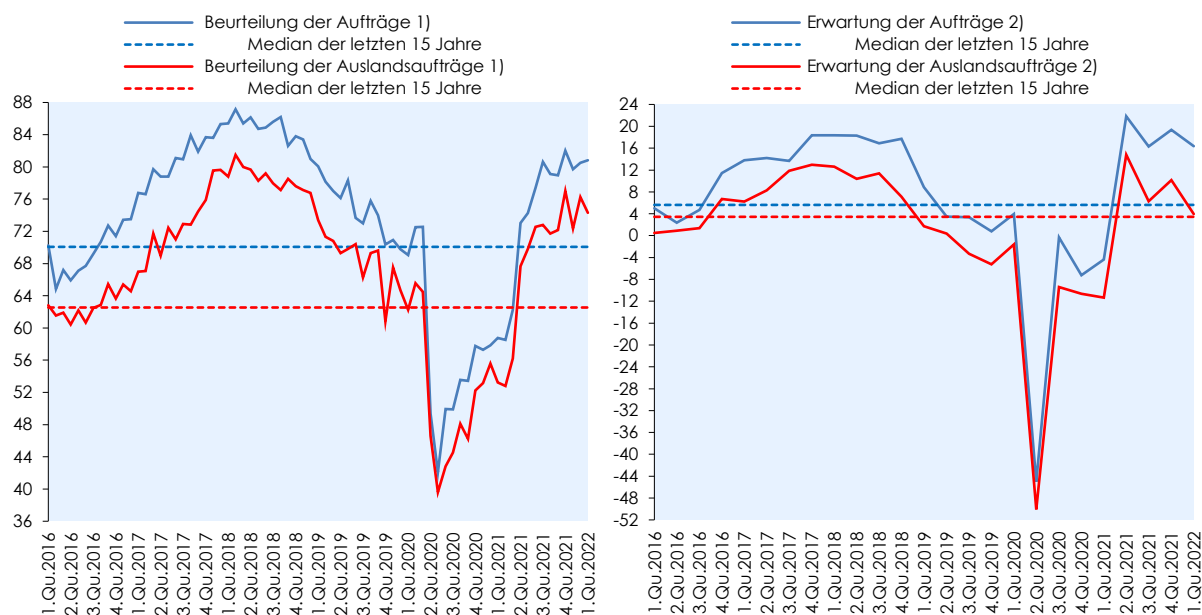


Anmerkung: Der Wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) ist ein Maß für die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft auf wöchentlicher Basis. Er beruht auf wöchentlichen, monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren. Der Index ist auf die Werte der Veränderungsrate des BIP bzw. der Teilindikatoren gegenüber einer entsprechenden Referenzperiode skaliert.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Der wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) für den Warenexport unterstützt diese Einschätzung und bildet die in der Prognose angenommene deutliche Abschwächung im 4. Quartal 2021 bereits ab (Abbildung 4.1). Dennoch profitiert die österreichische Exportwirtschaft von der unerwartet frühen und starken Erholung der Weltwirtschaft zu Jahresbeginn und so könnte im Gesamtjahr 2021 ein hoher Zuwachs von 11,7% erreicht werden. Positiv wirkte sich auch die gute Investitionskonjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern in der EU aus, da sie die Nachfrage auf jene Waren und Investitionsgüter lenkt, die im österreichischen Export von hoher Bedeutung sind. Das österreichische Exportwachstum wird damit über dem Wachstum der Exportmärkte von 11% liegen und damit mit einem Zuwachs von Marktanteilen am Weltexport verbunden sein (Abbildung 4.3).

Die Beurteilung der Auftragsbestände aus dem Ausland in der Konjunkturumfrage des WIFO vom Jänner 2022 verharren in der Sachgütererzeugung weiterhin auf hohem Niveau. Die Erwartungen und Stimmungslage trüben sich etwas ein, bleiben aber weiterhin über dem langfristigen Durchschnitt und deutlich über dem Niveau vom Jänner 2021 (Abbildung 4.2). In den für den österreichischen Export wichtigen Investitionsgüterbranchen bleibt die Stimmung stabil. Negativer als zuvor werden die Auftragslage und die Erwartungen in den Konsumgüterbranchen beurteilt, die von Schließungsphasen und Infektionswellen stärker – wenn auch deutlich weniger stark als etwa die Gastronomie oder der Tourismus – betroffen sind. Gleichzeitig klingt die starke Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern nach weitgehender Befriedigung dieser Konsumwünsche nach und nach ab.

Abbildung 4.2: Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung



Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die ihre Aufträge bzw. Auslandsaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen in %. – 2) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

Die von Statistik Austria im Februar veröffentlichten vorläufigen Außenhandelsdaten bis November 2021 weisen ein Wachstum der nominellen Warenexporte von 15,7% aus, mit einem kräftigen Zuwachs im November 2021. Preis- und saisonbereinigt entsprechen diese Daten aber dem angenommenen Prognosepfad für 2021.

Übersicht 4.1: Aktuelle Entwicklung des österreichischen nominellen Warenaußenhandels

	Export	Export	Import	Import
	Mrd. €	Veränd. g.d. Vorjahr in %	Mrd. €	Veränd. g.d. Vorjahr in %
Jänner bis November 2020	131,2	-7,9	132,8	-9,3
Jänner bis November 2021	151,7	15,7	162,6	22,4
Oktober bis November 2020	26,4	-4,2	26,9	-2,3
Oktober bis November 2021	30,0	13,8	32,3	20,2
Oktober 2020	13,2	-10,6	13,6	-5,5
November 2020	13,2	3,3	13,3	1,3
Oktober 2021	14,3	8,7	15,8	16,6
November 2021	15,7	19,0	16,5	23,9

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

In Bezug auf das derzeit neuerliche Aufflammen der Pandemie durch die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus wird aus heutiger Sicht aufgrund der Erfahrung aus den vorangegangenen Pandemiewellen erwartet, dass die weitere Entwicklung der Sachgütererzeugung und der Warenexporte zwar weiter gedämpft, aber weniger beeinflusst wird als die Dienstleistungsbereiche, insbesondere jener Bereiche, die mit einer hohen Reisetätigkeit verbunden sind. Die Entwicklung des Teilindex des WWI für Warenexporte stützt diese Einschätzung. Im Vergleich zur Entwicklung des Gesamtindex der Wirtschaftsentwicklung hinterließ die Infektionswelle und der rezenteste allgemeine Lockdown im Winterquartal 2021 kaum Spuren in den zugrundeliegenden wöchentlichen Indikatoren für den Warenexport.

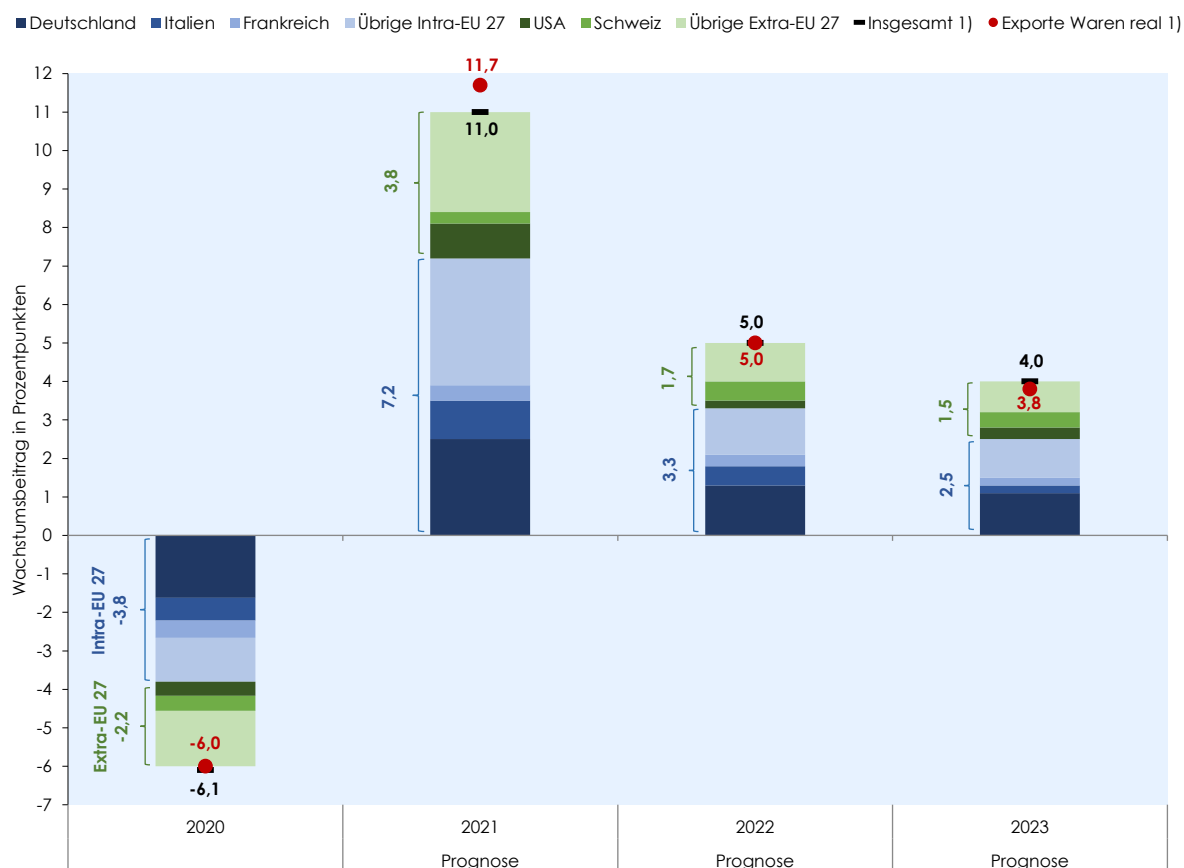
Die stabile und gute Beurteilung der Auftragseingänge sowie der bisher nur mäßige Rückgang in den Exporterwartungen in der WIFO-Konjunkturumfrage im Jänner 2022 deuten auf eine weiterhin robuste internationale Nachfrage nach österreichischen Produkten für die nächsten Monate hin. Gleichzeitig sind die Verfügbarkeit von Impfstoffen sowie eine mögliche zunehmende Durchimpfung, unter anderem durch die Einführung der Impfpflicht, sowie die Konzentration der Einschränkungen auf Ungeimpfte ein wesentlicher Unterschied zu früheren Infektionswellen.

Die internationalen Lieferengpässe werden auch aufgrund der Abschwächung der weltweiten Wachstumsdynamik ab dem Ende des 2. Quartals 2022 allmählich an Bedeutung verlieren, sich aber in einigen Teilbereichen der Sachgütererzeugung – wie etwa der Automobilbranche durch den Mangel an Mikrochips und Halbleitern – erst um die Jahresmitte 2022 auflösen. Die Auswirkungen weitreichenderer Produktionsausfälle aufgrund hoher COVID-19-Fallzahlen in der aktuellen Omikron-Welle, die den Mangel an Arbeitskräften temporär weiter verschärfen könnten, und etwaige Auswirkungen auf internationale Lieferketten durch eine Verlängerung und/oder weitere Verschärfung von Lieferengpässen sind derzeit aufgrund der hohen Unsicherheit sehr schwer abzuschätzen und in der Prognose nicht berücksichtigt. Sie stellen ein wichtiges Abwärtsrisiko für die Prognose dar (vgl. Kapitel 4.3)¹⁶⁾. Darüber hinaus kann aufgrund der bisherigen Erfahrungen erwartet werden, dass die Dynamik der Warenausfuhr nach einer Infektionswelle und nach dem Auflösen der gravierendsten Lieferengpässe rasch Fahrt aufnehmen kann, auch weil der hohe Auftragsbestand abgearbeitet werden muss. Dies sollte

¹⁶⁾ Im November-Update des Jahresgutachtens 2021 wurde noch von einer früheren Auflösung der Lieferengpässe im Laufe des 2. Quartals ausgegangen (Oberhofer et al., 2021a).

die Gesamtwachstumsrate des österreichischen Warenexports auch nach einem schwachen 1. Quartal 2022 heben.

Abbildung 4.3: Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2020 und Prognose 2021 bis 2023 nach Regionen und den Top-5-Exportmärkten



Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2021. – ¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Unter diesen Annahmen dürfte sich die Wachstumsdynamik des österreichischen Warenexports erst später im Frühjahr und Sommer 2022 erneut beleben und in einem geringeren Zuwachs der Exporte als noch im Oktober 2021 erwartet resultieren (Oberhofer et al., 2021a). **Das Marktwachstum dürfte auf Basis der internationalen Konjunkturprognosen im Jahr 2022 5% erreichen.** Im wichtigsten österreichischen Auslandsmarkt Deutschland wird erwartet, dass sich die Nachfrage zugunsten der Konsumgüter verschiebt, wodurch die Aussicht für die auf Investitionsgüter spezialisierte, österreichische Exportindustrie etwas eingetrübt werden könnte. Insgesamt sollte die österreichische Exportwirtschaft in diesem weltwirtschaftlichen Umfeld die Marktanteile konstant halten und die Warenlieferungen ins Ausland im Ausmaß des prognostizierten Marktwachstums ausweiten können und damit ebenfalls um 5% expandieren. Das Wachstum der Exporte wird im Prognosehorizont bis 2022 vorwiegend durch den Intra-EU-Handel getragen. Im Jahr 2022 dürften sich unter der Annahme des Ausklingsens der internationalen Lieferproblematik vor allem die Konjunkturaussichten in Deutschland verbessern und diese das Wachstum der österreichischen Exportmärkte tragen (Abbildung 4.3).

Im Jahr 2023 kann laut den internationalen Prognosen von einem Wachstum der österreichischen Exportmärkte um 4% ausgegangen werden. Dabei verlangsamt sich das Wachstum der wichtigsten Handelspartner deutlich, während es in anderen Nicht-EU-Ländern stabil bleibt. Daraus könnte sich ein negativer Länderstruktureffekt für den Gesamtexport

Österreichs ergeben, der sich in leichten Marktanteilsverlusten niederschlagen dürfte. **Das österreichische Warenexportwachstum schwächt sich damit von 5% im Jahr 2022 auf 3,8% im Jahr 2023 weiter ab.**

Übersicht 4.2: Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen

	2020	2021 Prognose	2022 Prognose	2023 Prognose
<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>				
Marktwachstum Österreich ¹⁾	-6,1	11,0	5,0	4,0
Exporte real ²⁾ insgesamt	-10,8	10,2	8,5	4,2
Waren lt. AH-Statistik	-6,0	11,7	5,0	3,8
Waren, fob	-7,8	14,0	5,0	3,8
Dienstleistungen	-17,3	1,1	18,1	5,1
Importe real ²⁾ insgesamt	-9,4	12,6	6,1	3,9
Waren lt. AH-Statistik	-6,3	14,5	4,3	3,5
Waren, fob	-6,4	14,5	4,3	3,5
Dienstleistungen	-16,8	7,4	11,4	5,0
Exportpreise Waren	-1,2	2,2	0,5	-0,5
Importpreise Waren	-2,3	5,0	0,7	-0,5
Terms-of-Trade (Waren)	1,2	-2,7	-0,2	0,0
<i>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren</i>				
Nominell	1,4	0,6	0,4	0,2
Real	1,8	0,4	1,0	0,5
Erdölpreis, Brent, \$ je Barrel	-35,1	70,3	-2,8	-4,3
Erdölpreis, Brent, € je Barrel	-36,4	64,7	2,4	-0,8
<i>Mrd. €</i>				
Handelsbilanz Waren lt. AH-Statistik, nominell	-1,9	-11,0	-10,7	-10,5
In % des BIP	-0,5	-2,7	-2,5	-2,3
Leistungsbilanz nominell	7,2	-3,2	3,5	3,8
In % des BIP	1,9	-0,8	0,8	0,8

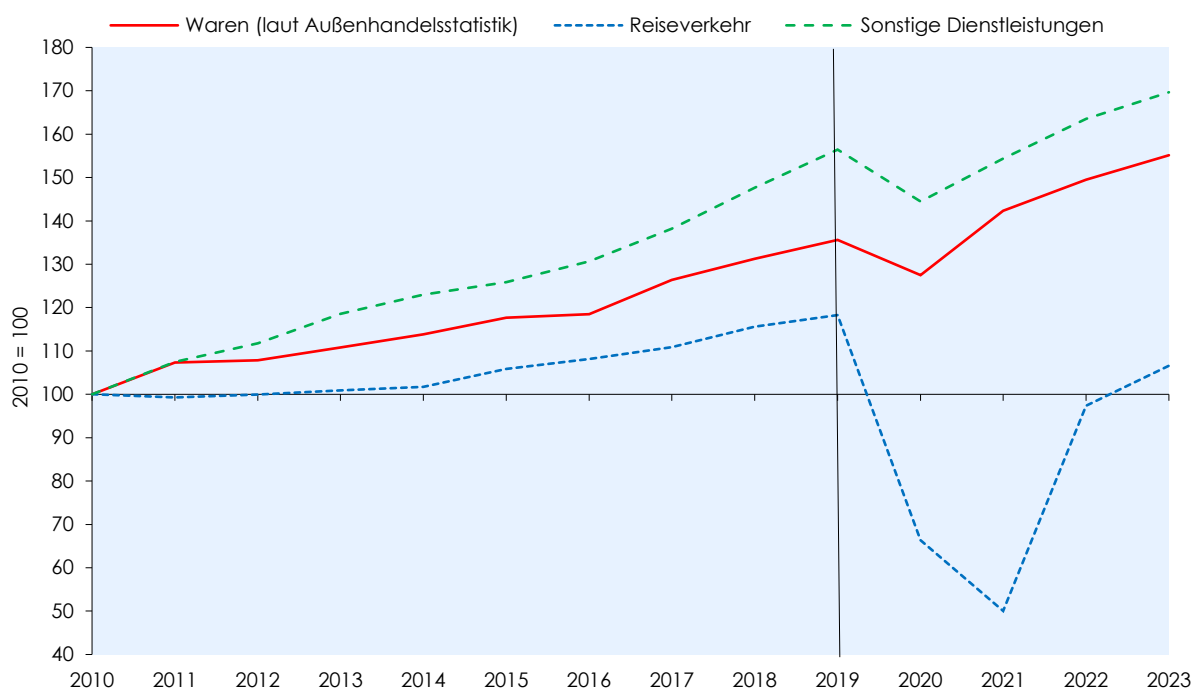
Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2021. – ¹⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen. – ²⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Die Dienstleistungsexporte bleiben wegen des Reiseverkehrs wesentlich stärker durch das globale Pandemiegeschehen und die gesundheitlichen Einschränkungsmaßnahmen bestimmt als der Warenaußenhandel. Nach dem Totalausfall der Wintersaison 2020/21 aber einem starken Rebound über das Sommerhalbjahr trübten sich die Geschäftserwartungen im Dienstleistungssektor in den letzten Konjunkturumfragen des WIFO mit den ansteigenden COVID-19-Infektionszahlen neuerlich stärker als in der Sachgütererzeugung ein. Der Lockdown am Ende des Jahres 2021 sowie die hohe Unsicherheit über das weitere Infektionsgeschehen und weitere mögliche Reisewarnungen für Österreich betreffen neuerlich vor allem die Entwicklung und Aussichten für den Wintertourismus, sodass mit einer kräftigeren Erholung der Reiseverkehrsexporte erst im Frühjahr und Sommer 2022 zu rechnen ist. Geht man für die restliche Wintersaison davon aus, dass es trotz der Ausweitung des Infektionsgeschehens durch die Omikron-Variante zu keinem weiteren allgemeinen Lockdown in Österreich kommt, könnte sich der Reiseverkehrsexport Österreichs nach einem Rückgang von 24,6% im Jahr 2021 im Folgejahr 2022 mit einem Plus von 94,6% deutlich erholen und im Jahr 2023 um 9,5% wachsen. Damit geht auch die Annahme einher, dass die Reisewarnungen und Quarantänevorschriften in den Partnerländern die allgemeine Reisetätigkeit durch die höheren Impfquoten nicht mehr so stark beeinflussen werden, wie in früheren Infektionsperioden. Das zeigen auch erste vorläufige Auswertungen der Reisetätigkeit nach Österreich bis zum Jänner 2022. Mit dieser prognostizierten Entwicklung des Reiseverkehrs, als wichtigste Komponente des Dienstleistungsexports, werden die Gesamtexporte laut VGR (Exporte von Waren und Dienstleistungen) im Jahr 2021 preisbereinigt mit einer Rate von 10,2% steigen, im Jahr 2022 wird ein Wachstum von 8,5% und im Jahr 2023 von 4,2% erwartet.

Im Vergleich zur Prognose im Update des FIW-Jahresgutachtens ergibt sich für das Jahr 2021 eine Aufwärtsrevision um 1,6 Prozentpunkte und für das Jahr 2022 eine leichte Abwärtsrevision von 0,4 Prozentpunkten. Die Änderung für das Jahr 2021 ergibt sich zum Großteil aus den Datenkorrekturen in der veröffentlichten Statistik und einer höheren realisierten Entwicklungsdynamik bis zum 3. Quartal 2021. Dieser Entwicklung stehen die dämpfenden Effekte zu Jahresende vor allem bei den Dienstleistungsexporten gegenüber, die aber nicht so stark sind, dass sie die bisherige positive Entwicklung in den ersten Quartalen aufwiegen. Die Anpassungen der Prognose für das Jahr 2022 sind gering und erfolgten auf Grundlage des neuen etwas (pessimistischeren) internationalen Konjunkturbildes sowie aufgrund der Anpassungen der Prognoseannahmen zur Dauer und Stärke der Lieferengpässe.

Während der Warenexport das Vorkrisenniveau von 2019 bereits 2021 wieder erreicht und übertrifft, werden laut diesen Prognosen die Reiseverkehrsexporte auch im Jahr 2023 das Niveau von 2019 erst zu 90% erreichen. Der sonstige Dienstleistungsexport (ohne Reiseverkehr) bleibt 2021 nur mehr leicht unter dem Niveau vor der Krise, sollte aber im Jahr 2022 das Vorkrisenniveau um rund 5% übertreffen.

Abbildung 4.4: Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungsexporte Österreichs, 2010 bis 2023



Quelle: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Prognose vom Dezember 2021.

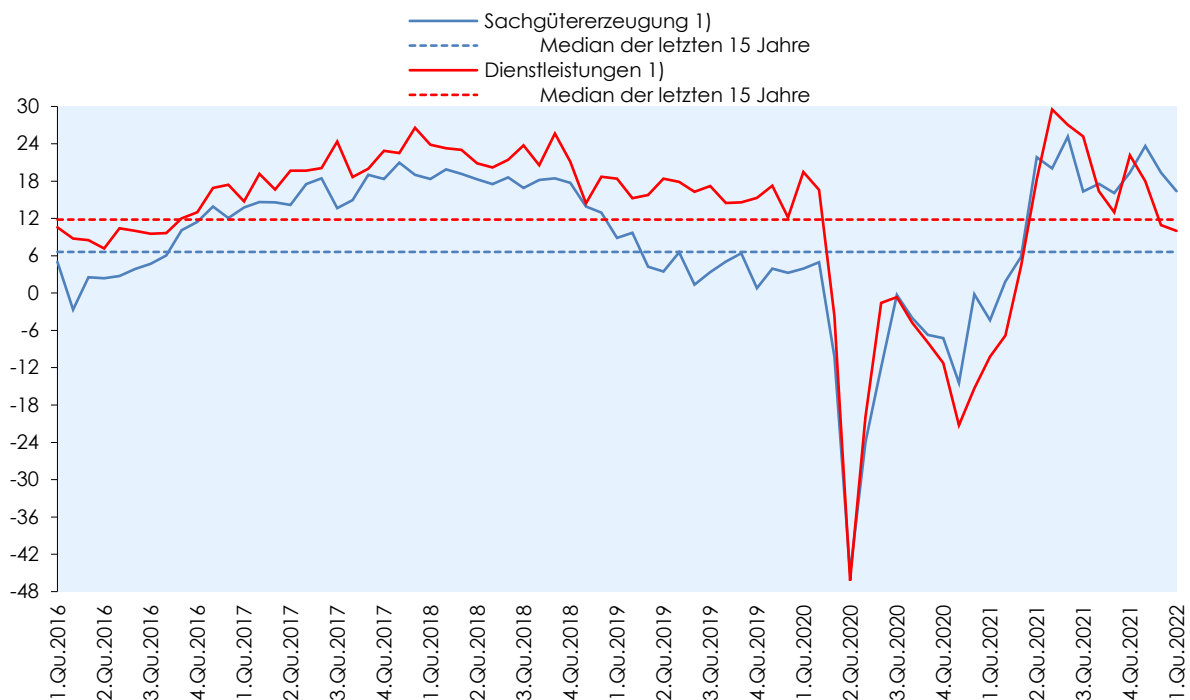
Der ausklingende Nachfrageboom nach dauerhaften Konsumgütern und die bremsenden Effekte der Materialknappheit und Lieferengpässe auf der Exportseite schwächen vorerst auch die weitere Entwicklungsdynamik der Importe, die erst im Laufe des Jahres 2022 wieder Fahrt aufnimmt. Die außerordentlich hohe Importdynamik im Jahr 2021 war neben der hohen heimischen Investitionsdynamik vor allem eine Folge des Nachfragebooms nach dauerhaften Konsumgütern. Dieser ebte aber bereits im 3. Quartal 2021 ab und dürfte sich auch zu Jahresende und im Jahr 2022 weiter abschwächen, auch wenn sich die Auslieferung von Bestellungen infolge von Lieferengpässen verzögert. Weitere Wachstumsimpulse sind zunächst aus der Investitionsgüternachfrage zu erwarten, auch wenn der Chipmangel die Investitionen

und Importe im IT-Bereich zunächst abschwächen könnte. Mit dem Auflösen der Lieferproblematik und der Produktionsengpässe bei Chipherstellern im Jahresverlauf 2022 sollten auch die Wirkungen der Investitionsprämie wieder kräftiger durchschlagen und dabei neben den Maschinenimporten auch die Importe von Fahrzeugen wieder stärker anregen. Vor diesem Hintergrund wird für das Gesamtjahr 2021 ein Zuwachs des Einfuhrvolumens von Waren um 14,5% prognostiziert, im Folgejahr 2022 kann eine Expansion der Warenimporte um 4,3% erwartet werden. Nominell wird das Wachstum der Wareneinfuhr aufgrund der stark anziehenden Importpreise im heurigen Jahr noch deutlich höher ausfallen und ein Plus von 20,2% erreichen. Der starke Preisaufschlag bei den Warenimporten im Jahr 2021 ist auf die hohen Rohstoff- und Energiepreise zurückzuführen, der Preisauftrieb dürfte sich im Prognosezeitraum allmählich abebben. **Im Jahr 2023 wird sich das Importwachstum parallel zur nachlassenden Exportdynamik sowie der nachlassenden Investitionsdynamik aufgrund des Auslaufens von Vorzieheffekten durch die Investitionsprämie auf 3,5% weiter abschwächen.**

Das Wachstum der realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen fällt aufgrund der gedämpften Entwicklung der Dienstleistungsimporte im Jahr 2021 mit 12,6% mäßiger als beim Warenimport aus. Im Folgejahr 2022 werden vor allem die Reiseverkehrsimporte mit einem Zuwachs von 94,6% kräftig gegenüber dem schwachen Vorjahr 2021 aufholen. Der Gesamtimport sollte im Jahr 2022 um 6,1% expandieren und sich 2023 auf 3,9% abschwächen.

Abbildung 4.5: Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor

Saisonbereinigt

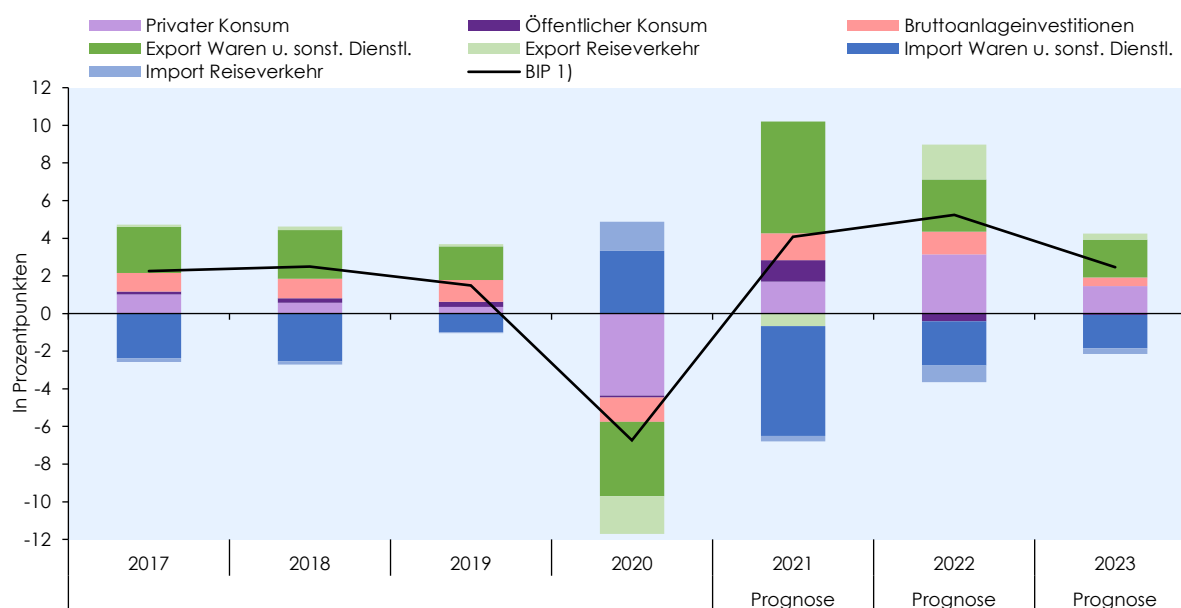


Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

Der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum wird erst 2022 wieder positiv. Der Beitrag der Nettoexporte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum wird im Jahr 2021 mit -0,8 Prozentpunkten negativ bleiben und erst im Jahr 2022 wieder positiv ausfallen (Abbildung 4.6). Während die Wachstumsbeiträge der Warenexporte sowie der Ausfuhren der sonstigen Dienstleistungen

bereits 2021 stark und positiv sein werden, bleibt der Beitrag des Reiseverkehrsexports im heurigen Jahr negativ und dürfte sich nach den derzeitigen Prognoseannahmen erst im Jahr 2022 wieder kräftiger erholen. Der Inlandskonsum sowie die Ausrüstungsinvestitionen tragen 2021 mit 1,7 Prozentpunkten bzw. 1,4 Prozentpunkten – im Vergleich zu den Nettoexporten – am meisten zur Gesamtentwicklung des BIP bei. Im Jahr 2022 wird das BIP-Wachstum Österreichs vorwiegend durch den Konsum bestimmt werden, der mit einem Wachstumsbeitrag von 3,1 Prozentpunkten zu Buche schlägt, der Beitrag der Bruttoanlageinvestitionen wird nur mehr 1,2 Prozentpunkte erreichen und damit unter dem Beitrag der Nettoexporte von 1,4 Prozentpunkten liegen. Auch 2023 geht der höchste Wachstumsimpuls vom privaten Konsum (+1,5 Prozentpunkte) aus, der Beitrag der Nettoexporte bleibt positiv, reduziert sich aber auf rund 0,3 Prozentpunkte.

Abbildung 4.6: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real



Anmerkung: Ohne Lagerveränderung und Nettozugang an Wertsachen, ohne statistische Differenz.
Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2021. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

4.2 Kurzfristige Prognose der Leistungsbilanz und anderer Kennzahlen

Es kommt im kurzfristigen Prognosehorizont zu einer deutlichen Verschlechterung der Leistungsbilanz. Die Handelsbilanz wird sich deutlich verschlechtern (-9 Mrd. €). Mit einem Abgang von 11 Mrd. € wird das Gesamtdefizit 2021 rund 2,7% des BIP erreichen. Die längerfristige Entwicklung zeigt, dass die österreichische Handelsbilanz in den Jahren 2011 und 2012 ähnlich defizitär ausfiel. Damals belasteten vor allem die Energieimporte aufgrund der Preishausse auf den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten den Außenhandelsaldo. Die sich für 2021 abzeichnende erhebliche Verschlechterung der Warenaußenhandelsbilanz ist aber nicht das Ergebnis besonderer Strukturschwächen im Warenaußenhandel, sondern ist auf eine Reihe von Sonderfaktoren zurückzuführen. Das frühe Einsetzen des Investitionsaufschwungs und die Verschiebung der Konsumnachfrage zu langlebigen Konsumgütern zählen zu diesen Faktoren, aber auch der pandemiebedingte erhöhte Bedarf an medizinischen und pharmazeutischen Gütern, die den Import kräftiger beleben als den Export. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entwicklung waren auch die deutlich negativen

Preiseffekte durch die hohen internationalen Preissteigerungen bei wichtigen Rohstoffen und industriellen Vorprodukten.

In einem Vergleich der Handelsbilanzentwicklung in den wichtigsten Partnerländern Österreichs zeichnen sich mit nur wenigen Ausnahmen ebenfalls deutliche Verschlechterungen der Außenhandelsalden wie in Österreich ab und diese sind auf ähnliche Gründe und Sonderfaktoren zurückzuführen.

Übersicht 4.3: Handelsbilanz Österreichs im internationalen Vergleich

	2019	2020	2021	2020	2021
	Mrd. €	Mrd. €	Prognose Mrd. €	Veränd. g.d. Vorj. in Mrd. €	Prognose Veränd. g.d. Vorj. in Mrd. €
Österreich	-4,32	-1,85	-10,95	2,5	-9,1
Deutschland	228,3	183,2	173,0	-45,1	-10,2
USA	-765,8	-792,3	-952,6	-26,5	-160,3
Italien	56,1	63,6	58,8	7,5	-4,8
Schweiz	33,4	20,8	22,2	-12,5	1,4
Frankreich	-74,7	-82,6	-109,1	-7,9	-26,5
Polen	1,2	12,0	6,3	10,8	-5,7
Tschechien	17,9	18,0	12,7	0,1	-5,3
Ungarn	2,9	4,5	5,8	1,6	1,3
Vereinigtes Königreich	-199,8	-203,8	-229,4	-4,0	-25,5
EU 27	252,2	278,7	212,0	26,4	-66,6

Quelle: AMECO, WIFO-Prognose vom Dezember 2021.

Das erwartete Defizit in der Handelsbilanz wird in der österreichischen Zahlungsbilanz im Jahr 2021 durch Überschüsse im Transitverkehr und im nicht grenzüberschreitenden Warenverkehr¹⁷⁾ im Zusammenhang mit der Lohnveredelung – die dem Güterhandel laut VGR zugerechnet werden und einen Teil der Abgrenzungsunterschiede zum Warenhandel laut Außenhandelsstatistik darstellen – nicht mehr ausgeglichen. Auch die Güterbilanz laut VGR saldiert mit 1,54 Mrd.€ negativ (Übersicht 4.4). Auch in den Folgejahren 2022 und 2023 bleibt die Güterbilanz laut VGR mit 0,81 Mrd. € bzw. 0,32 Mrd. € defizitär. Ein besonders hoher positiver Beitrag zur Leistungsbilanz stammt traditionell aus dem Überschuss im Reiseverkehr, der aber im Jahr 2021 COVID-19-bedingt um 4,42 Mrd. € niedriger ausfallen wird, sich jedoch in den Folgejahren 2022 und 2023 wieder kräftig erholen sollte und damit maßgeblich zum ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo beitragen kann.

Übersicht 4.4: Zahlungsbilanzprognose

		2019	2020	2021	2022	2023
	Mrd. €			Prognose	Prognose	Prognose
Waren (laut Außenhandelsstatistik)	Mrd. €	-4,32	-1,85	-10,95	-10,69	-10,49
Güter	Mrd. €	3,81	3,03	-1,54	-0,81	-0,32
Reiseverkehr i.w.S.)	Mrd. €	10,62	8,91	4,49	10,24	10,71
Sonstige Dienstleistungen	Mrd. €	-1,28	-1,04	-1,13	-1,70	-2,21
Primäreinkommen	Mrd. €	-1,44	-0,43	-2,08	-2,24	-2,27
Sekundäreinkommen	Mrd. €	-3,40	-3,27	-2,92	-1,99	-2,12
Leistungsbilanz	Mrd. €	8,32	7,20	-3,18	3,51	3,79
	In % des BIP	2,1	1,9	-0,8	0,8	0,8

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2021. – ¹⁾ Einschließlich internationaler Personentransporte.

¹⁷⁾ Die Zahlungsbilanz erfasst alle Rechtsgeschäfte zwischen einem In- und einem Ausländer unabhängig davon, ob die zugrunde liegenden Waren die österreichische Grenze passieren. Kauft demnach ein gebietsansässiges Unternehmen Waren im Ausland und führt diese nicht nach Österreich ein, sind diese zu erfassen. Dasselbe gilt für den Verkauf von Waren. Diese Transaktionen stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit Lohnveredelung im Ausland (OeNB: <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=9.1.1.1>).

Die Primäreinkommen litten im Jahr 2020 durch die geringen Vermögenserträge in der Krise. Dies wiederum war ein Ergebnis der niedrigen Zinserträge und der Zurückhaltung bei Dividendenauszahlungen von Unternehmen. Auch die Erwerbseinkommen schrumpften im Zuge der Reise- und Mobilitätsbeschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Beide Teilbereiche, insbesondere aber die Vermögenserträge, entwickeln sich 2021 kräftig, sodass sich die Ausfälle bei den Primäreinkommen im Jahr 2020 im besseren konjunkturellen Umfeld und im Zuge der mildereren pandemiebedingten Einschränkungen im heurigen Jahr zurückbilden. Die Erholung wird importseitig stärker ausfallen, sodass sich das Defizit im Saldo der Primäreinkommen im Jahr 2021 erhöhen sollte. Im Jahr 2022 ist im Zuge der erwarteten kräftigen Erholung des österreichischen Tourismussektors mit einem importseitigen deutlichen Anstieg der Erwerbseinkommen ausländischer Fachkräfte in den heimischen Hotel- und Beherbergungsbetrieben zu rechnen. Der negative Saldo der Primäreinkommen sollte dadurch auch 2022 neuerlich etwas ansteigen, sich 2023 aber stabilisieren. Die Prognose der Sekundäreinkommen berücksichtigt Transferzahlungen der EU an Österreich aus dem Corona-Hilfspaket von jeweils 0,5 Mrd. € pro Jahr 2021 bis 2023 sowie auf der Importseite niedrigere BIP-bezogene Beiträge Österreichs im Jahr 2022. Das Defizit der Sekundäreinkommen sinkt daher 2021 sowie 2022 und wird 2023 nur leicht ansteigen.

Für das Jahr 2021 ist aufgrund dieser Entwicklungen in den Teilbilanzen – insbesondere in der Güter- und Reiseverkehrsbilanz – mit einer deutlichen Verschlechterung der Leistungsbilanz um 10,4 Mrd. € zu rechnen. Erstmals seit 2001 wird sich damit ein Leistungsbilanzdefizit ergeben (-3,18 Mrd. € bzw. -0,8% des BIP). Im Folgejahr 2022 ist aufgrund des deutlichen Anstiegs des Überschusses im Reiseverkehr wieder eine Verbesserung der Leistungsbilanz zu erwarten, die aber aufgrund der weiterhin stark negativen Warenbilanz bis 2023 mäßig ausfällt. Die prognostizierte erhebliche Verschlechterung der österreichischen Leistungsbilanz liefert damit aber keinen unmittelbaren Anlass zur Besorgnis und ist nicht Ergebnis besonderer Strukturschwächen im Tourismus oder Warenhandel (vgl. Oberhofer et al., 2021a). Österreich wird dadurch auch in den Jahren 2021 bis 2023 die kritischen Werte für das Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte im Scoreboard der EU (Leistungsbilanzsaldo zwischen -4% und +6% des BIP) nicht verletzen.

Preistreibende Impulse der Weltwirtschaft verschlechtern die Terms-of-Trade vor allem im Jahr 2021. Die Terms-of-Trade werden sich im Jahr 2021 um 2,7% verschlechtern, im Jahr 2022 nur mehr um 0,2% und im Jahr 2023 ausgeglichen sein. Die kräftige Erholung der Weltkonjunktur und die angebotsseitigen Engpässe gekoppelt mit Problemen in der Containerschifffahrt brachten im Jahr 2021 erhebliche Preissteigerungen bei Industrierohstoffen, Transportkosten und Energie mit sich und hatten so auch kräftige Teuerungsraten im österreichischen Export und Import zur Folge. Die preistreibenden Impulse der Weltwirtschaft dürften aber im Laufe des Jahres 2022 abklingen – erste Anzeichen dafür wurden bereits 2021 im Bereich der Industrierohstoffpreise sichtbar (Ederer und Schiman, 2021).

4.3 Prognoserisiken

Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie verschärft sich mit dem Ausbreiten der Omikron-Variante. Sie stellt neben der Unsicherheit über ein Fortbestehen von Lieferengpässen und Materialknappheiten das wichtigste Prognoserisiko dar. Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird im kurzfristigen Prognosehorizont weiterhin durch das Infektionsgeschehen und die Lieferengpässe bestimmt. Diese Faktoren stellen auch die wichtigsten Risiken für die vorgestellte Außenhandelsprognose dar. Diese unterstellt, dass sich

die internationale Lieferproblematik beginnend mit dem späteren Frühjahr 2022 bis in das 3. Quartal 2022 hinein auflösen dürfte. Trifft dies nicht zu, stellt dies das wichtigste Abwärtsrisiko für die Prognose des Warenaußenhandels dar. Dadurch könnte auch der im Jahr 2021 beobachtete Preisdruck länger als erwartet hoch bleiben.

In Bezug auf die Pandemiebekämpfung unterstellt die Prognose, dass strengere Regeln insbesondere für Ungeimpfte die Impfquote erhöhen und das Ansteckungsrisiko weiter senken. Andererseits ergeben sich aus dem rasanten Anstieg der COVID-19-Fallzahlen durch die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus neue Herausforderungen. Allerdings sind die Auswirkungen der Omikron-Variante auf die Notwendigkeit erneuter allgemeiner Einschränkungen noch unklar, auch weil ein Strategiewechsel der Regierungen erkennbar wird, der im Zusammenspiel mit höheren Impfquoten zukünftige umfassendere Lockdowns und Quarantäneregelungen eher ausschließt bzw. lockert. Ein erhöhtes Pandemiegeschehen durch die Omikron-Variante in naher Zukunft könnte auch die Normalisierung der Lieferengpässe und Produktionshemmnisse weiter verzögern.

Sollten wiederum weitreichende Schließungen notwendig und ausgesprochen werden, würde dies vor allem den Reiseverkehr und die laufende Wintersaison betreffen¹⁸⁾. Verlaufen die Ansteckungsketten immer schneller und erkranken Personengruppen synchron, könnte das auch in der Sachgüterzeugung zum Produktionshemmnis werden und über die Lieferketten zu weiteren Störungen im Angebot führen sowie ein Risiko für den Warenhandel darstellen. Würde die Omikron-Welle auch China stärker treffen und dort weiterhin eine Null-COVID-19-Politik in der Pandemiebekämpfung verfolgt werden, könnte das die Lieferproblematik auf den Weltmärkten weiter verschärfen. Allerdings kann, wie bei früheren COVID-19-Wellen davon ausgegangen werden, dass sich die Aktivität nach weiteren möglichen Lockdowns schnell erholt, wenn die Fälle zurückgehen, sodass mögliche Abwärtskorrekturen der Prognosen durch die Omikron-Variante zu Jahresbeginn durch einen stärkeren Aufschwung in den Folgequartalen weitgehend ausgeglichen werden könnten. Abhängig von der Dauer der Omikron-Welle könnte ein schwächerer als prognostizierter Jahresbeginn die Wachstumsprognosen für den Außenhandel im Jahr 2022 dennoch verringern.

Ein weiteres Prognoserisiko für den österreichischen Außenhandel stellt die politische Spannung zwischen Europa und Russland dar. Dies könnte die Teuerungen auf den Rohstoffmärkten zusätzlich antreiben oder die Sanktionspolitik gegenüber Russland weiter verschärfen.

¹⁸⁾ Reisewarnungen dürften aufgrund der gängigen "2-G-Regelung" in Wintersportzentren nach den letzten Beobachtungen zum Jahreswechsel weniger Einfluss auf das Reiseverhalten haben als während früheren Infektionswellen. Nur der Familienurlaub könnte in der restlichen Saison vor allem von den Quarantänebestimmungen in den Herkunftsländern beschränkt betroffen bleiben.

5. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel

Robert Stehrer, Bernhard Moshhammer und Roman Stöllinger

Debatten um Umbrüche im globalen Handelssystem rücken in den Fokus. In ihrer Überprüfung der Handelspolitik identifiziert die Europäische Kommission vier Trends für potentielle politische und geoökonomische Spannungen: Globalisierung, Klimawandel, digitaler Wandel und China (Europäische Kommission, 2021a). Entsprechend wurde erstmalig 2020 das Konzept der "offenen strategischen Autonomie" präsentiert. Dieses wurde ursprünglich erstmals in einem verteidigungspolitischen Kontext 2013 erwähnt. Seitdem erfuhr der Begriff sukzessive eine Ausweitung auf die Wirtschafts- und Technologiepolitik¹⁹⁾. Beschleunigung erfuhr die Debatte nun durch die COVID-19-Pandemie, welche die Abhängigkeit und Verletzlichkeit von globalen Lieferketten verstärkt offenlegte (Moltot et al., 2021). Bis zum COVID-19-bedingten Wirtschaftseinbruch im Frühjahr 2020 erschien eine "Normalisierung" des Außenhandels, bei der die Exporte und Importe in etwa im Gleichschritt mit der gesamten Wirtschaftsleistung wachsen, als das wahrscheinlichste Szenario²⁰⁾ (vergleiche Federico und Tena-Junguito, 2016). Grund hierfür sind eine Reihe struktureller Faktoren, die die Handelsdynamik abschwächen. Hierzu zählen vor allem Chinas rasanter Aufholprozess, die Abschwächung bei der Entwicklung globaler Wertschöpfungsketten und die zunehmende Abkehr vom Multilateralismus bei gleichzeitig aufkeimendem Protektionismus (siehe Hoekman, 2015). Das vollzieht sich allerdings parallel zu weiteren Freihandelsbestrebungen der EU und vieler Länder Südostasiens. Der Abschluss des Abkommens über das "Regional Comprehensive Economic Partnership" (RCEP) gilt hier wohl als das anschaulichste Beispiel. All diese Einflussfaktoren bleiben auch in einer von COVID-19 geprägten Weltwirtschaft wirksam und scheinen sogar noch verstärkt zu werden, was entsprechende mittelfristige Auswirkungen auf den globalen Handel haben könnte.

Längerfristige strukturelle Änderungen im Welthandel durch COVID-19 sind wahrscheinlich.

Obwohl sich der Welthandel vom Einbruch im Zuge der COVID-19-Pandemie unerwartet rasch erholen konnte, sind somit die längerfristigen Auswirkungen auf den Außenhandel noch ungewiss. Dies hängt auch insbesondere davon ab, ob sie Verhaltensänderungen auf KonsumentInnen- und Unternehmensseite nach sich ziehen. Diese Verhaltensänderungen können freiwilliger oder erzwungener Natur sein und sind in so unterschiedlichen Bereichen vorstellbar, wie Reise- und Urlaubsverhalten, Vorsichtssparen, (Re-)Organisation von Lieferketten, Investitionen in die Digitalisierung, verstärkter Konsum etwa von regionalen und fair gehandelten Lebensmitteln oder weniger Besuche von Kulturveranstaltungen. Dabei wirken diese potentiellen COVID-19-bedingten Auswirkungen nicht nur isoliert, sondern interagieren und überlagern sich mit oder verstärken auch die bestehenden Trends. Denn sowohl die aktuellen Megatrends, allen voran die ökologische Transformation der europäischen Volkswirtschaften und die Digitalisierung, als auch wesentliche strukturelle Faktoren, die bereits vor der COVID-19-Pandemie den Welthandel beeinflussten, werden aller

¹⁹⁾ Josep Borrell Blog, "Why European strategic autonomy matters", vom 3. Dezember 2020, https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/89865/why-european-strategic-autonomy-matters_en.

²⁰⁾ Die Phase der "Hyperglobalisierung", die sich in den Jahren 2000 bis 2007 durch eine stark überproportionale Zunahme des Außenhandels im Vergleich zur Wirtschaftsleistung auszeichnetet und sich aber schon nach der globalen Finanzkrise abschwächte scheint jedenfalls für absehbare Zeit passé.

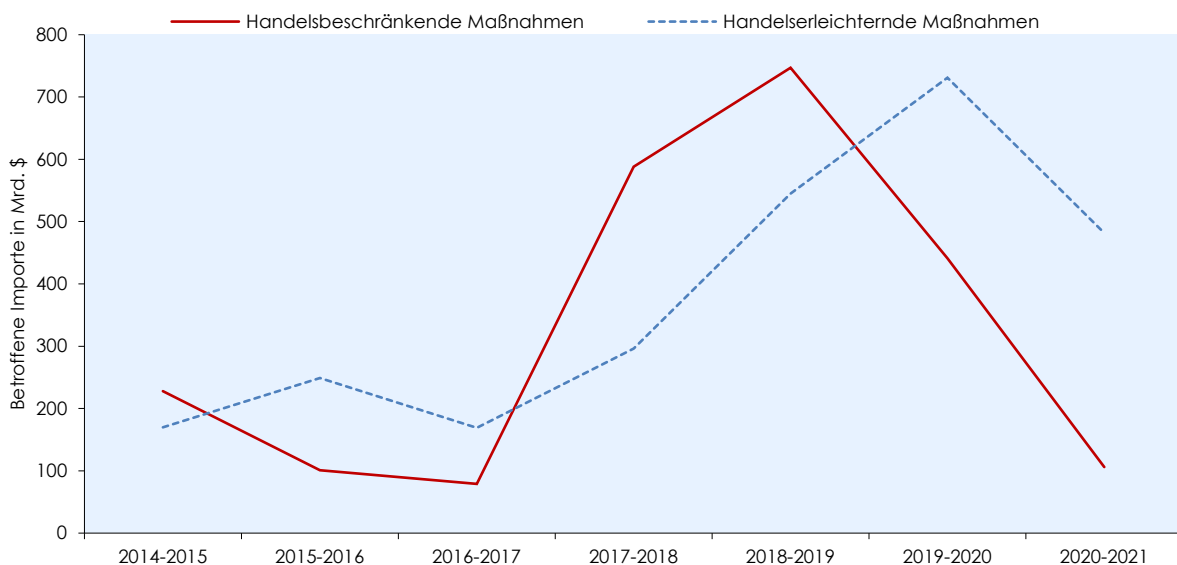
Voraussicht nach bestehen bleiben, wenngleich in modifizierter Form²¹). Zu erwähnen wären in diesem Zusammenhang allgemeine Entwicklungen im Welthandelssystem, die Zukunft des chinesischen Aufholprozesses, die zukünftige Entwicklung internationaler Wertschöpfungsketten, technologische und umweltrelevante Herausforderungen und die politischen Antworten (aus europäischer Sicht). Diese Punkte werden im Folgenden aufgegriffen.

5.1 Trends und Herausforderungen

5.1.1 Rezente Entwicklungen im internationalen Handelssystem

Trendumkehr bei handelsrelevanten Maßnahmen. Das in der WTO verankerte multilaterale Handelssystem wurde in den letzten Jahren durch das Wiedererstarken nationalistischer und protektionistischer Tendenzen herausgefordert, vor allem auch durch den Umschwung in der Ausrichtung der Handelspolitik der wichtigsten Akteure, insbesondere der USA und der EU²²). Bei den Handelsmaßnahmen der WTO-Mitglieder wird zwischen handels erleichternden und handelsbeschränkenden Maßnahmen wie beispielsweise Zollerhöhungen, Importverbote oder Exportsteuern unterschieden.

Abbildung 5.1: Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen
August 2014 – August 2021



Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Maßnahmen werden jeweils von Mitte August eines Jahres bis Mitte August des Vorjahres erfasst. Die handels erleichternden Maßnahmen im Zusammenhang mit der 2015 erfolgten Erweiterung des globalen Informationstechnologie-Abkommens (Information Technology Agreement, ITA) sind nicht in diesen Zahlen enthalten. Die Maßnahmen in der Periode 2019-2021 sind ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19.
Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2021b).

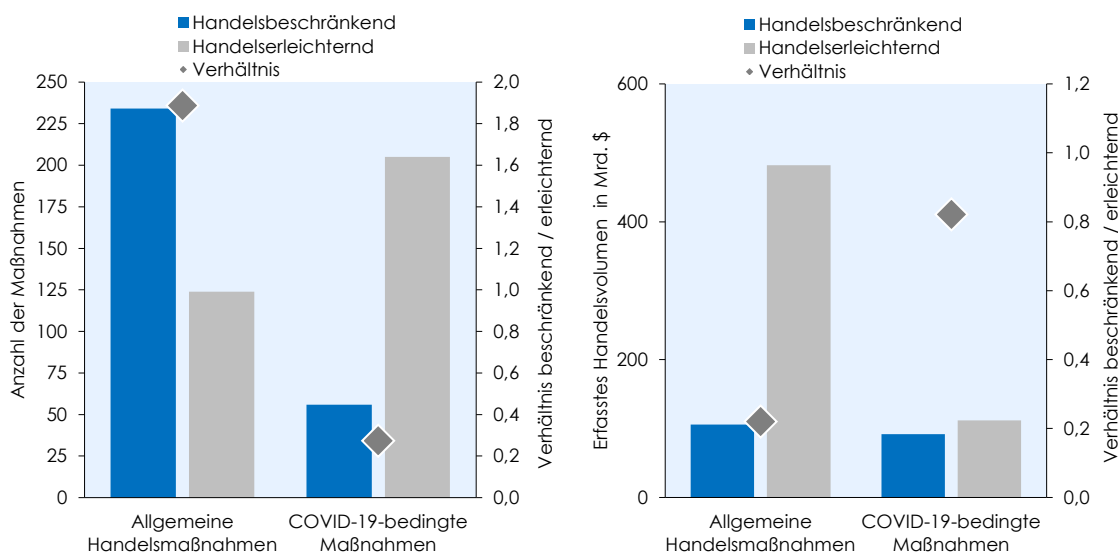
²¹) So ist etwa weitgehend unbestritten, dass die COVID-19-Pandemie einen zusätzlichen Digitalisierungsschub ausgelöst hat.

²²) Damit ist nicht das übliche Spannungsverhältnis zwischen einer offenen Handelspolitik und einer aktiven Industriepolitik, die auch eine Renaissance erlebt, gemeint. Chinas Wirtschaftspolitik ist sicherlich auch nicht frei von protektionistischen Interventionen, doch stellt dies weniger einen Umschwung in der Ausrichtung der chinesischen Politik dar.

Wie Abbildung 5.1 zeigt, gab es allerdings in der letzten Zeit einen Rückgang der von handelsbeschränkenden oder handelserleichternden Maßnahmen betroffenen Importe. Während sich zwischen August 2019 und August 2020 das Volumen der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe auf über 440 Mrd. \$ belief, sank dieses in der darauffolgenden Periode (August 2020 bis August 2021) auf etwa 160 Mrd. \$. Der Wert der Importe, die von handelserleichternden Maßnahmen betroffen waren, sank von 731 Mrd. \$ auf 482 Mrd. \$. Diese Entwicklungen spiegeln sicherlich die allgemeinen Rückgänge im Zuge des Wirtschaftseinbruches aufgrund der COVID-19-Pandemie wider, aber auch die schon bestehenden allgemeinen Problematiken hinsichtlich Lieferschwierigkeiten und Lieferketten, die offenbar nicht noch weiter befeuert wurden. Letzteres zeigt sich auch darin, dass der Anteil der Importe, die von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffen waren, von 2,4% auf 0,6% fiel. Der Anteil der Importe mit handelserleichternden Maßnahmen sank auch, aber nur von 3,9% auf 2,7%.

Handelserleichternde Maßnahmen dominieren bei COVID-19-Importen (Abbildung 5.2). Konkret stehen 124 neue handelserleichternde 234 handelsbeschränkenden Maßnahmen gegenüber, was ein Verhältnis, das auch als Restriktionsindex bezeichnet wird, von 1,9 ergibt, im Vergleich zu 0,2 bei den Handelswerten. Bei COVID-19 relevanten Importen lag die Zahl der handelserleichternden Maßnahmen bei 205 und bei handelsbeschränkenden Maßnahmen bei 56, also ein Index von unter 0,3, womit die handelserleichternden Maßnahmen wesentlich dominieren. Die Handelsvolumina bei den COVID-19-bezogene Handelsmaßnahmen sind jedoch relativ ähnlich. Inwieweit diese Dynamik durch die Herausforderungen der Pandemie bedingt ist oder ein allgemeiner Trend ist, lässt sich aufgrund der kurzen Periode nicht abschätzen.

Abbildung 5.2: Anzahl der allgemeinen und COVID-19-bezogenen handelsrelevanten Maßnahmen und davon erfasste Handelsvolumen
 Oktober 2020-Oktober 2021 bzw. vor COVID-19-Maßnahmen seit Ausbruch der Pandemie

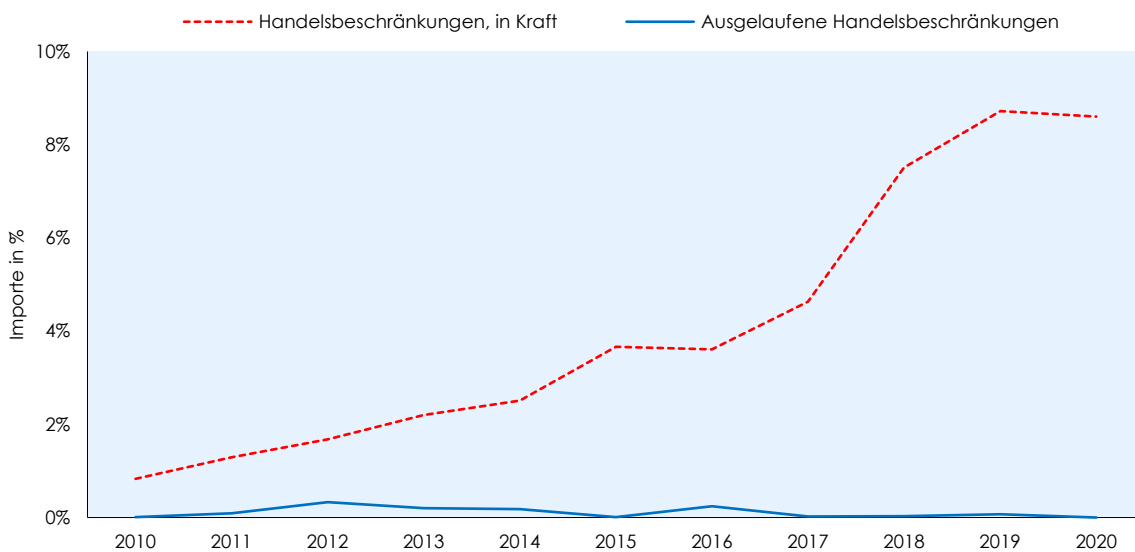


Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Maßnahmen werden jeweils von Mitte August eines Jahres bis Mitte August des Vorjahres erfasst. Die allgemeinen Maßnahmen beinhalten nicht die Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19. Die COVID-19-bedingten Maßnahmen umfassen keine Beschränkungen im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen, da diese erst nach Oktober 2020 gesetzt wurden.

Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2021b).

COVID-19-Maßnahmen stellen überwiegend Handelserleichterungen dar. Mit der COVID-19-Pandemie wurde die Weltwirtschaft von einem Schock, der vor allem auch den Gesundheitssektor vor Herausforderungen stellt, getroffen. Darum überrascht es nicht, dass dem Handel mit Medizinprodukten (neben Medikamenten zählen hierzu auch medizinisches Gerät, Verbrauchsmaterialien und persönliche Schutzausrüstungen) mit zunehmender Ausbreitung von SARS-CoV-2 großes Augenmerk geschenkt wurde. Schließlich sind diese Produkte, zu denen auch die nun erhältlichen Impfstoffe zählen, essenziell, wenn es darum geht die Verbreitung der Pandemie einzudämmen. Die Tatsache, dass im Frühjahr 2020 persönliche Schutzausrüstungen nicht im erforderlichen Ausmaß verfügbar waren, ließ insbesondere in Europa den Ruf nach einem Re-shoring von zuvor ausgelagerten Produktionskapazitäten laut werden. Das Thema wurde auch von der Europäischen Kommission in ihrem Konzept der offenen strategischen Autonomie aufgegriffen. Neben zu großen Abhängigkeiten von globalen Lieferketten gab es auch Kritik an Ausfuhrbeschränkungen für Medizinprodukte, die zahlreiche Länder verhängt haben²³⁾. Betrachtet man die Handelsmaßnahmen und handelsrelevanten Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 in ihrer Gesamtheit so zeigt sich allerdings, dass weitaus mehr handelserleichternde als handelsbeschränkende Maßnahmen gesetzt wurden (siehe Abbildung 5.2).

Abbildung 5.3: Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen 2010-2019



Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Die handelserleichternden Maßnahmen im Zusammenhang mit der 2015 erfolgten Erweiterung des globalen Informationstechnologie-Abkommens (Information Technology Agreement, ITA) sind nicht in diesen Zahlen enthalten. Die Maßnahmen in der Periode 2019-2020 ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19.
Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2021b).

Der kumulative Anteil der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe blieb in den letzten Jahren konstant. Der intensive Gebrauch von Handelsmaßnahmen in den letzten Jahren, auch wenn diese überwiegend handelserleichternder Natur sind, führt längerfristig dennoch zu einem Problem. Denn die verhängten handelsbeschränkenden Maßnahmen bleiben meist längerfristig in Kraft; jedes Jahr wird nur ein Bruchteil der eingeführten

²³⁾ Den Daten der WTO (2020) zufolge hatten mit Stand 18. Mai 2020 85 Länder (und Zollterritorien) Exportbeschränkungen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie eingeführt.

handelsbeschränkenden Maßnahmen aufgehoben. Das führt dazu, dass ein wachsender Anteil der weltweiten Importe von derartigen Maßnahmen über die Zeit betroffen ist (Abbildung 5.3). Die WTO schätzt, dass 2019 8,7% der weltweiten Importe, und damit um 1,2 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor, in irgendeiner Form von Handelsbeschränkungen betroffen sind. Diese stark steigende Tendenz hat sich jedoch im Jahr 2020 vollständig abgeflacht.

Normalisierung in der Tonalität aber innenpolitische Kontinuität der US-Handelspolitik. Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden hat sich der Ton gegenüber den Verbündeten der USA geändert. Doch auch unter der Biden-Administration wurden bisher keine neuen Richter für den Appellate Body (dem Berufungsgremium im WTO-Streitschlichtungsverfahren) ernannt. Die nationalistische Stimmung und Skepsis gegenüber Handelsliberalisierungen existiert auch weiterhin und kann von der aktuellen Regierung nicht ignoriert werden²⁴). Dementsprechend ist Außenhandel keine Top-Priorität der Biden-Administration. Die "Buy-American"-Klauseln in Legislativvorschlägen für Konjunkturpakete sind hierfür ein praktisches Beispiel²⁵).

Graduelle Anpassungen der europäischen handelspolitischen Strategie. Die EU zeigt – trotz der de facto bestehenden Aussichtslosigkeit – unermüdlichen Einsatz auf WTO-Ebene, um Fortschritte bei der Modernisierung des Handels zu erzielen²⁶) und verhandelt weiterhin Freihandelsabkommen mit Partnerstaaten. So haben Stand Jänner 2022 fünf Freihandelsabkommen – nämlich mit Australien, China, Indonesien, Neuseeland und den Philippinen – den Status "in Verhandlung". Zum anderen ist jedoch klar, dass die bilateralen Freihandelsambitionen der EU an Dynamik verloren haben (Grübler und Stöllinger, 2020) und sich zu den zahlreichen Erfolgen – die EU unterhält Freihandelsabkommen mit über 80 Ländern²⁷) – auch vermehrt Rückschläge und Verhandlungsabbrüche gesellt haben. Generell ist die EU im Begriff ihre handelspolitische Strategie in Teilbereichen an die neuen Anforderungen anzupassen²⁸). Ein zentraler Aspekt ist dabei, dass die EU mittlerweile von ihrem Ansatz, gegebenenfalls auch einseitige Handelsliberalisierungen vorzunehmen (von denen man sich bislang Vorteile erwartet hatte, insbesondere in Form niedrigerer Preise für KonsumentInnen), abgegangen ist. Stattdessen setzt sie verstärkt auf das Prinzip der Reziprozität (wie man beispielsweise an der Reform der EU-Regeln zum öffentlichen Beschaffungswesen aus dem Jahr 2017 erkennen kann). Zur Diskussion steht auch die Adäquanz des (vergleichsweise strengen) EU-Wettbewerbsrechts, das nach Ansicht vieler Beobachter (und auch zahlreicher Mitgliedstaaten) einen Wettbewerbsnachteil für EU-Unternehmen mit sich bringt. Das gilt für die Beschränkungen bei öffentlichen Beihilfen ebenso wie bei der Fusionskontrolle.

²⁴) Siehe Politico, "All talk and no walk: America ain't back at the WTO", vom 23. November 2021, <https://www.politico.eu/article/united-states-world-trade-organization-joe-biden/>.

²⁵) Siehe Financial Times, "Covid stimulus revives calls for Washington to 'Buy American'", vom 21. April 2021, <https://www.ft.com/content/00cc3c3b-df88-4279-8b3d-ce3422810360>.

²⁶) Zum Beispiel im Bereich des digitalen Handels, der Reform des Appellate Body (dem Berufungsgremium im WTO-Streitschlichtungsverfahren) oder des öffentlichen Beschaffungswesens.

²⁷) Gemäß der Liste der in Kraft getretenen EU-Freihandelsabkommen der Europäischen Kommission, <https://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/negotiations-and-agreements/>.

²⁸) Die EU initiierte im Juni 2020 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der EU-Handelspolitik (Europäische Kommission, 2020a).

5.1.2 Änderungen von globalen Wertschöpfungsketten

Wertschöpfungsketten haben den COVID-19-Stresstest überstanden, aber aufgezeigte Herausforderungen bleiben bestehen. Die COVID-19-Pandemie hat in zahlreichen Branchen Beeinträchtigungen und Unterbrechungen in den zunehmend komplexeren Lieferketten verursacht und schließlich auch zu Lieferengpässen und Produktionsstopps geführt. Dabei wurde auch die Abhängigkeit der EU und zahlreicher anderer Länder von internationalen Wertschöpfungsketten im Zusammenhang mit der Lieferung von Gesichtsmasken und anderer medizinischer Schutzausrüstung offenkundig (zu einer allgemeinen Analyse siehe Reiter und Stehrer, 2021). Trotz heftiger Verwerfungen haben aber viele Wertschöpfungsketten – etwa in der Nahrungsmittelindustrie – auch während der Krise funktioniert und sich als robust oder zumindest resilient erwiesen (Miroudot, 2020). Die Entwicklungen des Handels mit Vorleistungen legen nahe, dass insbesondere die regionalen, aber auch die internationalen Wertschöpfungsketten größtenteils funktionstüchtig blieben. Gleichzeitig zeigen sich Lieferschwierigkeiten und Engpässe bei ausgewählten Rohstoffen, Vorprodukten und Komponenten, allen voran von Computerchips. In Europa leidet derzeit insbesondere die Automobilbranche unter Lieferengpässen, was trotz hoher Nachfrage auch teilweise zur Drosselung der Produktion und neuerlichen Einführung von Kurzarbeit führte²⁹⁾.

Resilienz versus Effizienz von Wertschöpfungsketten. Als Antwort auf dieses Problem strebt die EU in ihrer künftigen Handelspolitik daher unter anderem eine verstärkte Resilienz³⁰⁾ der europäischen Wertschöpfungsketten an (Europäische Kommission, 2021a), wenngleich noch offen ist, wie diese erhöhte Resilienz zu erreichen ist, bzw. in welchen Bereichen eine solche erforderlich wäre. Als ein Risikofaktor in der gegenwärtigen Organisation internationaler Lieferketten wurde die zu große Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten ausgemacht. Ein weiterer kritischer Aspekt ist das Just-in-time-Prinzip, das darauf abzielt, die Logistikkosten durch minimale, oder gänzlich ohne, Lagerhaltung zu senken (Javorcik, 2020). In beiden Fällen besteht jedenfalls ein Spannungsverhältnis zwischen Effizienz und Sicherheit im Produktionsprozess. Denn sowohl "Lieferantenredundanz" (OECD, 2020), also die Vermeidung der Abhängigkeit von nur einem Lieferanten, als auch größere Warenlager machen Wertschöpfungsketten resilienter und robuster, aber auch kostspieliger.

Anhaltende Debatten über die zukünftige Ausgestaltung von globalen Wertschöpfungsketten. Unternehmen sind – auch aus eigenem Interesse – also angehalten, die strategische Ausrichtung ihrer Wertschöpfungsketten hinsichtlich ihrer Resilienz zu überdenken. Letztendlich sind die Ausgestaltung von Wertschöpfungsketten sowie deren Anpassung, oder im Extremfall ihre Auflösung, eine unternehmerische Entscheidung, die nicht direkt von der Politik zu treffen ist, wenngleich allgemeine Rahmenbedingungen diese Entscheidungen erheblich beeinflussen können. So kann die öffentliche Hand Unternehmen mit Informationen unterstützen, etwa über erkennbare Konzentrationstendenzen innerhalb von Wirtschaftszweigen, oder auch durch die Durchführung von Stresstests für

²⁹⁾ Siehe Focus Online "Lieferengpässe bei Herstellern. Kurzarbeit trotz hoher Nachfrage: Mangel an Computerchips bremst Autobauer aus", vom 3. September 2021.

³⁰⁾ Resilienz kann in diesem Zusammenhang als die Fähigkeit von internationalen Wertschöpfungsketten im Falle einer Unterbrechung innerhalb einer akzeptablen Zeitspanne wieder normal zu funktionieren definiert werden (Miroudot, 2020; OECD, 2020). Davon zu unterscheiden sind Bestrebungen Wertschöpfungsketten robuster zu gestalten, mit dem Ziel die Funktionsfähigkeit der Lieferketten und damit auch die Produktionsprozesse auch während einer Krise aufrecht erhalten zu können (Miroudot, 2020; OECD, 2020).

Wertschöpfungsketten, so wie dies im Finanzsektor üblich geworden ist³¹). Dies könnte insbesondere für wichtige Güter (z. B. im medizinischen Bereich) angedacht werden. Gleichzeitig könnte die Wirtschaftspolitik korrigierend auf die Ausgestaltung von Produktionsnetzwerken einwirken, indem sie bestehende Verzerrungen und Ungleichbehandlungen, die eine "überschießende" Globalisierung der Produktionsprozesse begünstigen, beseitigt. Zu nennen wären hier die Herstellung der Kostenwahrheit im Transport, eine tatsächliche Verantwortlichkeit von internationalen Unternehmen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen innerhalb ihrer Produktionsnetzwerke (Stichwort Lieferkettengesetz) sowie die Abschaffung von Steuerschlupflöchern und legaler Steuervermeidung. Letzteres wird im Bereich der digitalen Ökonomie und insbesondere für Plattform-Unternehmen in zahlreichen EU-Staaten bereits intensiv diskutiert.

Wertschöpfungsketten könnten wieder regionaler werden. Unter den derzeitigen Umständen erscheint es möglich oder sogar wahrscheinlich, dass Wertschöpfungsketten in Zukunft wieder regionaler organisiert und damit in vielen Fällen auch kürzer werden. Diese Entwicklung lässt sich nicht nur auf COVID-19 zurückführen, sondern wird auch von anderen Einflussfaktoren wie der fortschreitenden Digitalisierung begünstigt (Fortunato, 2020). In diesem Zusammenhang zeigte eine Studie für Österreich, Deutschland und die Schweiz, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Ausstattung von Unternehmen mit digitalen Technologien und der Rückverlagerungen von zuvor ausgelagerten Produktionsprozessen – dem oft zitierten Re-shoring³²) – besteht (Dachs et al., 2019). Doch derzeit ist das Re-shoring noch ein relativ rares Phänomen, was jedoch aufgrund der derzeitigen Schwierigkeiten beflügelt werden könnte. Re-shoring-Aktivitäten könnten somit an Bedeutung gewinnen (siehe z. B. Fortunato, 2020)

Umgestaltung der Lieferketten bedeutet sowohl Re-shoring als auch Offshoring. Nichtsdestotrotz werden Unternehmen aber weiterhin Tätigkeiten ins Ausland verlagern. Dieser Trend könnte sogar dadurch verstärkt werden, dass die COVID-19-bedingten Umsatz- und Gewinneinbußen die Unternehmen zwingen werden, weitere Kosteneinsparungen durch Auslagerung von Teilen der Produktion in "Billiglohnländer" vorzunehmen. Auch wird die Standortwahl für die diversen Wertschöpfungsbereiche von Unternehmen nicht ausschließlich von Kostenfaktoren bestimmt. Unternehmen neigen dazu dort präsent zu sein, wo die Nachfrage zum einen hoch ist und zum anderen wächst. Beim gegenwärtigen Wachstumsdifferential zwischen entwickelten Ländern und Schwellenländern spricht dies für einen Standortausbau in den rasch wachsenden Märkten, die vorwiegend in Asien und Teilen Afrikas zu finden sind. Auch könnten Abkommen wie das RCEP bedeuten, dass Unternehmen aus Wettbewerbsgründen verstärkt vor Ort tätig sein müssen. Was sich somit ändern könnte ist die relative Stärke dieser beiden gegenläufigen Trends.

Dynamik im Dienstleistungshandel hinkt hinterher. Im Gegensatz zum Güterhandel, der hier den Schwerpunkt bildet, hat der weltweite Dienstleistungshandel noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht und der Erholungsprozess dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen, jedenfalls bis die COVID-19-bedingten Einschränkungen gänzlich aufgehoben werden können (UNCTAD, 2021; WTO, 2021a; WTO, 2021c). Gravierende Einschränkungen bestehen weiterhin beim weltweiten Reiseverkehr und den damit verbundenen Dienstleistungen, die im Jahr 2020

³¹) Diese Vorschläge, inklusive dem Stresstest für Wertschöpfungsketten, stammen von der OECD (2020).

³²) Einige AutorInnen bevorzugen den Begriff "Backshoring" anstelle von "Re-shoring", da ein Re-shoring auch die Verlagerung eines Unternehmensteils von einem ausländischen Standort in einen anderen ausländischen Standort bezeichnen kann.

um 63% gesunken sind. Hingegen verzeichneten internationale Finanz- und Computerdienstleistungen vergleichsweise geringere Rückgänge, sodass Verschiebungen in der Bedeutung einzelner Sektoren innerhalb des sehr heterogenen Dienstleistungshandels zu erwarten sind. Diese Verschiebungen werden zu Lasten des Reiseverkehrs gehen, während die Bedeutung von "modernen" Dienstleistungen zunehmen dürfte. Die Transportdienstleistungen hängen größtenteils von der Entwicklung des Güterhandels ab. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass – im Gegensatz zu den Folgen der globalen Finanzkrise von 2008/2009 – die COVID-19-bedingten Handelsrückgänge im Dienstleistungsbereich höher ausfielen als im Güterhandel (WTO, 2021c).

5.1.3 Chinas Entwicklung zum strategischen Partner und systemischen Rivalen

Technologische Aufholprozesse nähren Chinas Exportstärke. China kann schon seit Längerem nicht mehr als die verlängerte Werkbank der Welt betrachtet werden. Ausländischer Technologietransfer und hohe Investitionen in eigenständige Forschung und Entwicklung (F&E) haben dazu geführt, dass China auch in Hochtechnologieindustrien eine systemische Relevanz erlangen konnte. Dies betrifft nicht nur die Fertigung, sondern auch die F&E-Aktivitäten. Die F&E-Quote Chinas ist 2019 auf 2,2% gestiegen und hat somit fast den OECD-Durchschnitt (2,4% in 2018³³) erreicht, wenngleich nur 6% der F&E-Ausgaben für Grundlagenforschung verwendet werden (zum Vergleich liegt dieser Wert bei etwa 17% in den USA)³⁴. China verzeichnet gemäß OECD (2021) damit nach den USA die zweitgrößten F&E-Ausgaben, die etwa 80% des US-Wertes ausmachen (im Vergleich zu 26% im Jahr 2005). Sowohl Chinas Industriestrategie als auch die Strategie der dualen Kreisläufe stellen auf einen Ausbau der technologischen Kapazitäten ab. Diese Bemühungen erklären, weswegen China, neben hohen Exportanteilen im Bereich der Niedrigtechnologieindustrien, mit 23% (2019) auch einen bemerkenswerten Weltmarktanteil bei den Exporten in Hochtechnologieindustrien erreicht hat³⁵.

Duale Kreisläufe zur Hebung des Inlandspotentials und regionale Ausrichtung. Entsprechend dieser Stärken versucht China unabhängiger zu werden. Mit dem Konzept der "dualen Kreisläufe" (Dual Circulation), Eckpfeiler seines neuen 5-Jahres-Plans, versucht China seine Exportabhängigkeit und insbesondere seine Abhängigkeit vom Westen zu reduzieren. Die Strategie der dualen Kreisläufe zielt damit klar auf die Stärkung und Unabhängigkeit des chinesischen Binnenmarktes ab (z. B. inländische Nahrungsmittel- und Energieerzeugung). Vor allem soll aber die Technologieautonomie forciert werden und eine gewisse Abkoppelung von ausländischen Technologien erfolgen. Gesamte Wertschöpfungsketten in Hochtechnologieindustrien sollen von inländischen Unternehmen abgedeckt werden können. Zusätzlich soll auch der internationale Kreislauf dahingehend adaptiert werden, dass die Handelsbeziehungen stärker regional ausgestaltet werden sollen, wozu auch der erfolgreiche Abschluss des RCEP-Abkommens beitragen wird (die ASEAN-Länder haben die EU bereits Anfang 2020 als Chinas größter Handelspartner abgelöst).

Chinas Expansionskurs wird zunehmend kritisch betrachtet. China hat aufgrund des erlangten Gewichts im Welthandel eine systemrelevante Rolle erreicht (siehe Abbildung 5.5 weiter unten) und ist insbesondere intensiv in globale und regionale Handels- und Produktionsnetzwerke

³³) Gemäß den Daten der OECD Main Science and Technology Indicators (MSTI) database, verfügbar unter https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=MSTI_PUB.

³⁴) Siehe <https://www.sciencemag.org/news/2020/08/china-again-boosts-rd-spending-more-10>.

³⁵) Siehe Oberhofer et al. (2021b).

eingebunden. Auch hält der wirtschaftliche und technologische Aufholprozess des Landes, genährt von sowohl nationalen Innovationsanstrengungen als auch dem Technologietransfer durch ausländische Unternehmen, an. Dadurch steigt Chinas Bedeutung als Handelspartner, Zielmarkt für Investitionen und vor allem auch als ausländischer Direktinvestor unvermindert weiter an. Dabei sorgen insbesondere die Investitionstätigkeiten von Staatsunternehmen und der chinesischen Regierung nahestehenden Unternehmen in den USA und Europa sowie das bewusster Nutzen der chinesischen Wirtschaftsmacht für außenpolitische Ziele zunehmend für Unmut. So werden beispielsweise Chinas zahlreiche Eisenbahnprojekte im Ausland, die im Rahmen der "Neuen Seidenstraße" (One Belt, One Road Initiative) auch in Mittel- und Osteuropa realisiert werden, vermehrt skeptisch betrachtet. So hat Litauen im Mai 2021 angekündigt, das 17+1 Format zu verlassen, und Taiwan im November eine de-facto Botschaft in Vilnius eröffnet³⁶⁾). Als Konsequenz sah sich Litauen mit einem faktischen chinesischen Handelsboykott konfrontiert³⁸⁾. Aber auch außerhalb Europas zeigen sich Probleme. Die zunehmende Verschuldung vieler afrikanischer Staaten gegenüber China und die durch die COVID-19-Pandemie erfolgte Beschleunigung dieser Dynamik werden für beide Seiten zunehmend zum Problem. Die möglichen Konsequenzen, wenn Schulden nicht mehr bedient werden könnten, rücken verstärkt ins Licht der Öffentlichkeit. So hat China beim letzten dreijährlich stattfindenden "Forum on China-Africa Cooperation" seine Zusagen um ein Drittel reduziert. Weiters wird eine Verlagerung von Kreditvergaben hin zu Investitionstätigkeiten erwartet³⁹⁾.

Chinas Suche nach Kooperationen stößt vermehrt an ihre Grenzen. Chinas Ambitionen im Rahmen seines "Neuen Seidenstraße-Projekts" und seiner technologieorientierten Industriestrategie Made in China 2025 bewirken auch, dass es verstärkt als systemischer Rivale und weniger als Kooperationspartner wahrgenommen wird (Europäische Kommission, 2020a). Die Unterschiede in den Wirtschaftssystemen⁴⁰⁾ sind auch einer der Gründe, warum die EU bisher kein großes Interesse an einem Freihandelsabkommen mit China gezeigt hat, während sich China zu Verhandlungen durchaus bereit zeigt⁴¹⁾. Zudem sieht die Europäische Kommission bei vielen der chinesischen "Neuen Seidenstraße-Projekten" Probleme mit dem EU-Wettbewerbsrecht (European Political Strategy Centre, 2019). Im pazifischen Raum konnte China durch das RCEP-Abkommen seine Position verbessern, zumal seine wichtigsten asiatischen Handelspartner, darunter Japan, Korea und die ASEAN-Staaten, an dem Abkommen teilnehmen. Die direkten ökonomischen Auswirkungen dieses Abkommens auf

³⁶⁾ Siehe Politico, "Lithuania pulls out of China's '17+1' bloc in Eastern Europe", vom 21. Mai 2021, <https://www.politico.eu/article/lithuania-pulls-out-china-17-1-bloc-eastern-central-europe-foreign-minister-gabrielius-landsbergis/>.

³⁷⁾ Siehe The Guardian, "China condemns opening of Taiwan office in Lithuania as 'egregious act'", vom 19. November 2021, <https://www.theguardian.com/world/2021/nov/19/china-condemns-opening-of-taiwan-office-in-lithuania-as-egregious-act>.

³⁸⁾ Siehe Handelsblatt "Wie sich das kleine Litauen mit China anlegt", vom 14. Dezember 2021, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/europa-kolumne/europa-kolumne-wie-sich-das-kleine-litauen-mit-china-anlegt/27889016.html?ticket=ST-1626450-G0Qzp2Jyqf5AXVD2mGiw-ap5>.

³⁹⁾ Siehe Financial Times Podcast, "China applies brakes to Africa lending", vom 18. Jänner 2021, <https://www.ft.com/content/3639f210-2f72-4cbf-a01f-5cc41a13fb5c>.

⁴⁰⁾ Vereinfachend gesagt können die EU-Volkswirtschaften als soziale Marktwirtschaften bezeichnet werden, während China sein eigenes System des Staatskapitalismus etabliert hat.

⁴¹⁾ Siehe EuroActiv, "China fordert Aufnahme von Freihandelsgesprächen mit der EU", vom 20. Dezember 2019, <https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/china-fordert-aufnahme-von-freihandelsgesprachen-mit-der-eu/>.

Europa und Österreich sind jedoch wahrscheinlich gering, jedoch können sich längerfristige Herausforderungen (zum Beispiel durch technische Regelungen, "rules of origin"-Maßnahmen usw.) ergeben (siehe Stehrer und Vujanovic, 2021).

Das Investitionsabkommen verdeutlicht die Herausforderungen mit China als systemischen Rivalen. Die Ratifizierung des "Comprehensive Agreement on Investments (CAI)" zwischen den beiden Wirtschaftsmächten, welches im Dezember 2020 abgeschlossen wurde, und von dem sich europäische Unternehmen vor allem einen besseren Schutz geistigen Eigentums und damit ihrer Technologien erhofften, ist derzeit gestoppt und es ist mit keiner Umsetzung in naher Zukunft zu rechnen. Das Europäische Parlament blockiert bis auf Weiteres die Ratifizierung des Abkommens und hat sich mit klarer Mehrheit in einer Resolution für das Einfrieren der Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen⁴²). Vorangegangen sind dieser Resolution chinesische Einreisensanktionen gegen europäische Parlamentarier und vorangegangene Resolutionen zu Chinas Politik gegenüber Hongkong und der uigurischen Minderheit in Xinjiang (European Parliament, 2021).

Die EU steht aber auch darüber hinaus von ihren Partnern unter Druck eine wirtschaftspolitisch härtere Gangart gegenüber China einzuschlagen. So hat Kommissionspräsidentin Von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union im September vorgeschlagen, Produkte aus Märkten zu verbieten die in Zwangsarbeit hergestellt wurden (von der Leyen, 2021). Die Kommission sieht sich hier schon länger Forderungen vom Europäischen Parlament ausgesetzt, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Die Handelspartner Kanada, das Vereinigte Königreich und die USA haben schon entsprechende Schritte mit Blick auf den Umgang Chinas mit der uigurischen Minderheit gesetzt. In der Europäischen Kommission scheint allerdings noch keine Einigung zur weiteren Vorgehensweise zu herrschen⁴³).

5.1.4 Technologie und Umwelt als Chance und Risiko

EU mit Stärken in Mittel- und Hochtechnologieindustrien, aber "High-Tech" als immerwährende Sorge der EU-Industriepolitik. Die Stärken der EU-Unternehmen liegen insbesondere im Bereich der Industrien mit mittelhohem Technologiegehalt. 2019 lag der Anteil der EU an den weltweiten Exporten hier bei 21%, weit über jenem Chinas und der USA. Vor allem gelang es der EU diesen Marktanteil über die beiden letzten Jahrzehnte zu halten. Diese hervorragende Position ist der Stärke von EU-Unternehmen in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und der Automobilindustrie zu verdanken. Dies verdeckt aber Herausforderungen bei zukunftssträchtigen High-Tech-Gütern wie Akkumulatoren und Computerchips und generell bei Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und den darauf aufbauenden digitalen Technologien. Tatsächlich ist der Grund für den vergleichsweise niedrigen Exportanteil der EU in Hochtechnologieindustrien (13% im Jahr 2019) in den ICT-Industrien zu finden. Dieses Ergebnis legen zumindest die Daten der PREDICT Datenbank (Joint Research Centre, 2017) nahe, die für die EU fallende Wertschöpfungsanteile in ICT-Industrien ausweist, während die USA, trotz aufkeimender Konkurrenz aus China, Anfang der 2010er-Jahre eine Trendwende schafften und seither wieder Marktanteile hinzugewinnen konnten (Stöllinger, 2021). Die berechnete Sorge

⁴²) Siehe Euronews, "MEPs vote to freeze controversial EU-China investment deal", vom 24. Juni 2021, <https://www.euronews.com/2021/05/20/european-parliament-votes-to-freeze-controversial-eu-china-investment-deal>.

⁴³) Siehe Financial Times, "EU urges caution on any ban on imports made with forced labour", vom 23. Dezember 2021, <https://www.ft.com/content/748a837b-ac51-4f2e-9a5d-3af780ec8444>.

der EU sollte also sein, dass der Wettlauf um die digitalen Märkte ein Match zwischen den USA und China werden könnte.

Kampf um technologische Vormachtstellung intensiviert sich. Dementsprechend ist es auch unwahrscheinlich, dass die USA in absehbarer Zeit ihre Sanktionen gegen chinesische Technologiekonzerne (unter anderem Huawei und Xiaomi) oder ihre Exportkontrollen für US-Technologien nach China zurücknehmen werden. Damit sind weitere Handelsstreitigkeiten zwischen den beiden Supermächten vorprogrammiert und auch Europas Ambitionen in Richtung digitaler Souveränität werden in den USA auf wenig Gegenliebe stoßen. Daher sehen viele Experten auch unter der Biden-Administration Spannungspotential zwischen Brüssel und Washington⁴⁴⁾ das auch die internationalen Handelsbeziehungen beeinflussen könnte.

Halbleiter werden zum technologischen Flaschenhals. Der aktuelle Halbleitermangel kann vor allem auf die COVID-19-Pandemie zurückgeführt werden. So haben die breite Ausweitung von Homeoffice zu einem Anstieg der Nachfrage nach Haushaltscomputern, Cloud-Computing-Lösungen oder auch nach Videokonsolen geführt. Der sprunghafte Anstieg der Nachfrage traf auf das in den Lieferketten praktizierte Just-in-Time-Prinzip und damit schon vor der Krise auf niedrige Lagerbestände (Hanzl-Weiss und Reiter, 2022). Werksschließungen bedingt durch die Pandemie verringerten weiter das Angebot. Aktuell besonders betroffen ist der Automobilsektor. Mit einer Entspannung ist erst im Laufe dieses Jahres zu rechnen. Um derartige Probleme in Zukunft zu verhindern und mit dem Blick auf das Ziel stabile und diversifizierte Lieferketten zu schaffen, werden beispielsweise im Bereich der Halbleiter eine Kooperation und digitale Partnerschaftsabkommen mit Japan, Südkorea und Taiwan angestrebt. Die Forschungszusammenarbeit soll im Rahmen von Horizon Europe vorangetrieben werden, wobei bereits informelle Gespräche mit Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland und Singapur gestartet wurden. In Punkto Forschungsk Kooperation werden gemeinsam Werte wie Offenheit, Gegenseitigkeit, Forschungsfreiheit und Geschlechtergerechtigkeit betont (European Commission und High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, 2021). China wird nicht offen als Rivale erwähnt, allerdings werden für die Kooperation Kriterien vorausgesetzt, denen China bisher nicht entsprochen hat und explizit Partner genannt, die diesen Kriterien entsprechen.

Der Umstieg auf E-Mobilität verdeutlicht die Herausforderungen. Gerade in der Automobilbranche gibt es mit dem Umstieg auf Elektrofahrzeuge gewaltige Herausforderungen für die Branche, allen voran für die führenden Hersteller- und Zulieferfirmen. Zum einen brauchen Elektroautos wesentlich weniger Komponenten aus der Fahrzeugindustrie selbst, da etwa Kupplung, Schaltgetriebe und viele Motorteile wegfallen⁴⁵⁾. Diese aus Sicht des Ressourcenverbrauchs positive Entwicklung reduziert gleichzeitig die intra-sektorale Nachfrage und lässt ein Schrumpfen des Sektors erwarten. Darüber hinaus werden viele der zentralen Komponenten von Elektroautos, allen voran Batterien und Steuerchips, größtenteils außerhalb Europas produziert. So hält ausgerechnet der chinesische Elektronikkonzern Huawei, gegen den große Sicherheitsvorbehalten bestehen, weltweit einen Anteil von 50% bei verbauten Kommunikationschips in Autos⁴⁶⁾. In der EU wurde die verstärkte Abhängigkeit von

⁴⁴⁾ Siehe hierzu die Einschätzung von Tyson Barker im Rahmen einer Umfrage zu den Einschätzungen und Erwartungen von Expertinnen und Experten zur US-Wahl durch die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), <https://dgap.org/de/presse/pressemitteilungen/us-wahl-2020>.

⁴⁵⁾ Siehe <https://www.vda.de/de/themen/innovation-und-technik/elektromobilitaet/startseite-elektromobilitaet.html>.

⁴⁶⁾ Siehe <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/mobility/byd-wie-chinesisches-tesla-deutschen-autobauern-sorgen-macht-f/>.

außereuropäischen Lieferanten erkannt und als Verwundbarkeit identifiziert, weswegen unter anderem die Batterieallianz ins Leben gerufen wurde. Schließlich sind europäische Autobauer nicht nur von asiatischen Komponenten abhängig, sondern sehen sich auch einer starken Konkurrenz aus den USA (Tesla) und vor allem aus China (Byd, SAIC mit der britischen Marke MG) gegenüber⁴⁷⁾. Die Gefahr für die europäische Automobilindustrie, die Industrieanalysten sehen, ist, dass mit dem Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektromotoren und den technologischen Vorteilen in der Fertigung essenzieller Komponenten bei Elektrofahrzeugen auch die Technologieführerschaft bei der Entwicklung von Fahrzeugen selbst an China oder die USA verloren gehen könnte (siehe hierzu auch European Political Strategy Centre, 2019).

Grünes Wachstum für Europa als mögliche Belastung für den Außenhandel. Im Dezember 2019 stellte die EU-Kommission den Europäischen Grünen Deal (Europäische Kommission, 2019) als die neue Wachstumsstrategie der EU vor, mit dem Ziel die EU in eine klimaneutrale Kreislaufökonomie zu transformieren. Unter den präsentierten Vorschlägen war insbesondere das Konzept eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus von Relevanz.

Im Juli 2021 wurde nun im Rahmen des Grünen Deals zur Erreichung der selbst gesteckten Klimaziele das Paket "Fit for 55" mit weiteren Legislativvorschlägen präsentiert (Europäische Kommission, 2021b). Neben der Verschärfung bestehender Richtlinien und Verordnungen zu Emissionshandel, Lastenverteilung und der Landnutzung von Forst- und Landwirtschaft wurde nun der Legislativvorschlag zu einem CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism) präsentiert (Europäische Kommission, 2021c). Dieser soll dazu beitragen die Verlagerung von CO₂-Emissionen und somit Produktionsstätten in Länder mit niedrigerer CO₂-Bepreisung zu verhindern. Drittstaaten haben somit die Möglichkeit den Emissionshandelssystem der EU beizutreten, bzw. vergleichbare Systeme zu schaffen. Im Falle einer Differenz oder eines nicht vorhandenen Systems müssten die Importeure entsprechende Zertifikate erwerben, was faktischen Ausgleichszöllen gleichkäme. Der (französische) stellvertretende Generaldirektor der WTO Jean-Marie Paugam betonte in seiner Rede vor dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss letzten Herbst, dass multilateralen Vereinbarungen, wie dem geplanten CO₂-Grenzausgleichssystem der EU, grundsätzlich nichts entgegenstünde, sofern sie nicht zur Diskriminierung einzelner Mitglieder oder verdecktem Protektionismus führten⁴⁸⁾.

Der grüne Wandel könnte durch die Verteuerung fossiler Energieträger (z. B. über einen Anstieg der CO₂-Bepreisung) eher inflationsfördernd wirken. Umgekehrt kann als Konsequenz der Umsetzung des Green Deals langfristig davon ausgegangen werden, dass durch die sinkende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern deren Auswirkung auf das Inflationsgeschehen durch eine Verringerung der Importe abnehmen wird. So geht die Europäische Kommission (European Commission, 2020) in ihrer Folgenabschätzung des Klimazielplans 2030 von einem Rückgang der Energieimporte und einem entsprechenden Sinken ihres Anteils an der Wirtschaftsleistung von 2% im Vergleichsjahr 2015 auf 0,6% im Jahr 2050 aus⁴⁹⁾. Für 2030 wird ein Rückgang des Anteils am BIP um 0,2 Prozentpunkte erwartet. Dieser Effekt könnte allerdings durch die derzeitig zu beobachtende Verteuerung der Energiepreise wettgemacht werden.

⁴⁷⁾ Siehe <https://ecomento.de/2020/06/16/renault-heftige-konkurrenz-durch-chinesische-elektroautobauer/>.

⁴⁸⁾ Siehe Rede des stellvertretenden WTO Direktors Jean-Marie Paugam vor dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vom 16. September 2021, https://www.wto.org/english/news_e/news21_e/ddajip_16sep21_e.htm.

⁴⁹⁾ Zu beachten gilt, dass diese Berechnungen auf Daten vor der COVID-19-Pandemie beruhen.

Der grüne Wandel würde dementsprechend tendenziell eher zu einer stärkeren Energiepreisinflation führen.

Insbesondere sind dabei auch die verteilungspolitischen Konsequenzen zu berücksichtigen. Ein Anstieg des CO₂-Preises bzw. der CO₂-Steuern hat eine regressiv Wirkung und trifft somit Haushalte mit relativ niedrigen Einkommen bzw. relativ energieintensivem Lebensstil verhältnismäßig stark (Pisani-Ferry, 2021) – ein Umstand, auf den auch das EZB-Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel hinweist⁵⁰). Entsprechend liegt die Herausforderung für die Regierungen darin, besonders vulnerable Gruppen zu schützen, ohne die Anreize hinsichtlich der Reduktion der Emissionen abzuschwächen.

Problembewusstsein dafür scheint auf europäischer Ebene vorhanden zu sein. So soll der Kommissionsvorschlag eines Klima-Sozialfonds dazu beitragen, die sozialen Auswirkungen des Emissionshandels auf finanziell schwächere Haushalte, Kleinunternehmen und Verkehrsnutzer zu lindern (Europäische Kommission, 2021e). Er soll mit einem Volumen entsprechend 25% der Einnahmen aus der Ausweitung des Emissionshandelssystems auf Gebäude und Straßenverkehr aus dem Budget der Europäischen Kommission dotiert werden. Für den Zeitraum 2025 bis 2032 soll dieser rund 72 Mrd. € umfassen. Unklar bleibt, ob das Volumen im Lichte der Herausforderungen ausreicht. Auf Ebene einzelner Mitgliedstaaten wurden schon kurzfristige Maßnahmen zur Dämpfung der (sozialen) Auswirkungen von Energiepreisanstiegen ergriffen. In Anbetracht der zukünftigen Herausforderungen erscheinen hier allerdings eine gesamteuropäische und zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten koordinierte Herangehensweise notwendig.

5.1.5 Europäische Antworten zur Reduktion strategischer Abhängigkeiten

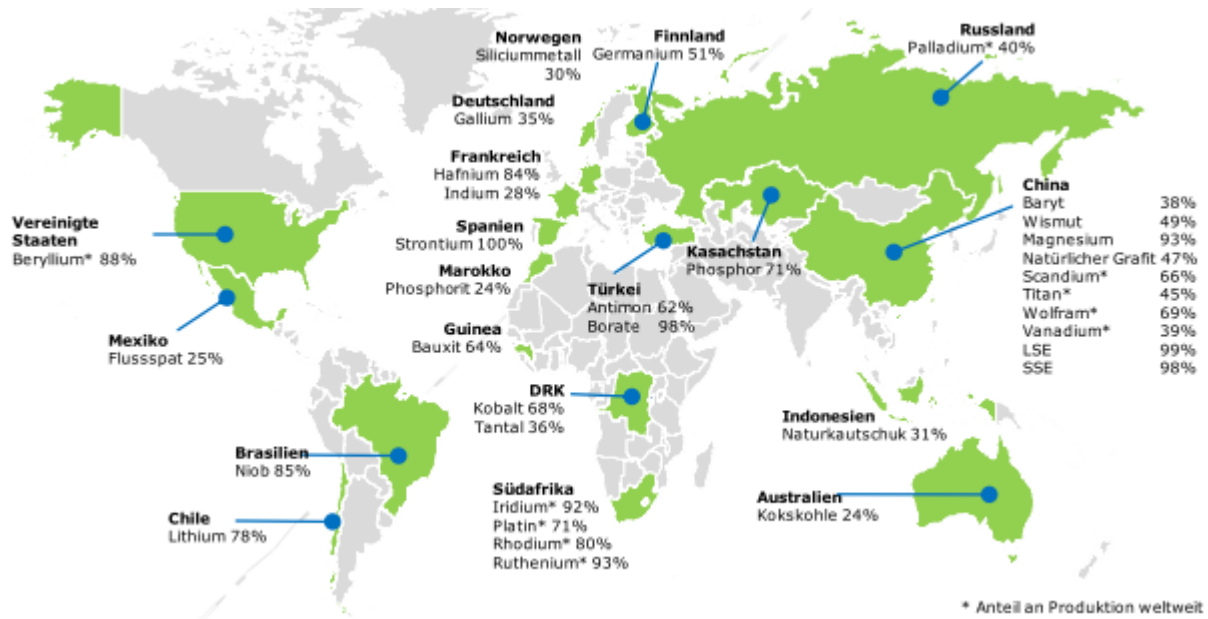
Offene strategische Autonomie: ein Konzept mit vielen Fragezeichen. Die EU strebt in ihrer neuen Handelspolitik nunmehr eine "offene strategische Autonomie" an (Europäische Kommission, 2020a). Zwar bleibt abzuwarten, wie genau diese ausgestaltet werden wird, und ob bzw. inwieweit sich darin protektionistische Elemente finden werden. Grundsätzlich will man mit dem Konzept der offenen strategischen Autonomie die Vorteile des Freihandels sichern und gleichzeitig europäischen Unternehmen Schutz vor unfairen Handelspraktiken bieten. Auch soll sie helfen, die bestehenden Beziehungen mit strategischen Partnern zu erweitern und neue Allianzen mit gleichgesinnten Staaten zu schmieden. Explizit erwähnt werden dabei die transatlantischen Beziehungen und die Beziehung zu China, das, wie oben erwähnt, nicht nur als Kooperationspartner, sondern auch als systemischer Rivale gesehen wird.

Europa versucht schon länger strategische Abhängigkeiten bei Rohstoffen zu reduzieren: Erste Überlegungen auf europäischer Ebene zur Ausweitung technologischer Kapazitäten und zur Beschaffung kritischer Rohstoffe wurden schon weit vor der COVID-19-Pandemie angestellt. So wurde 2011 erstmals von der Europäischen Kommission eine Liste kritischer Rohstoffe erstellt. Umfasste diese 2011 14 Materialien, wurde diese Liste mittlerweile auf 30 erweitert, wobei bei entsprechender Änderung der Nachfrage bzw. Angebots diese auch wieder von der Liste genommen werden können (Europäische Kommission, 2020b). Laut Europäischer Kommission

⁵⁰) Siehe Rede des EZB-Direktoriumsmitglieds Isabel Schnabel beim virtuellen Panel "Climate and the Financial System" des jährlichen Treffens der American Finance Association 2022 vom 8. Jänner 2022, <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2022/html/ecb.sp220108~0425a24eb7.en.html>.

stellt sich die aktuelle Versorgung von kritischen Rohstoffen nach Herkunftsländern wie folgt dar (Abbildung 5.4).

Abbildung 5.4: Wichtigste Lieferländer von kritischen Rohstoffen an die EU



Quelle: Bericht der Europäischen Kommission über die Kritikalitätsbewertung 2020.

China ist der wichtigste Lieferant für ein Drittel aller kritischen Rohstoffe an die EU. 98% des Bedarfs an seltenen Erden werden beispielsweise derzeit durch China gedeckt (Europäische Kommission, 2020b). Angeregt werden in der Kritikalitätsbewertung 2020 eine Diversifizierung der Lieferanten, eine Ausweitung der innereuropäischen Beschaffung sowie besseres Recycling, wobei hier auf den Aktionsplan für die europäische Kreislaufwirtschaft im Rahmen des Europäischen Grünen Deals, die Batterieallianz und die damals in Gründung befindliche Europäische Rohstoffallianz verwiesen wird.

Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse als zentraler Bestandteil. Als Teil der Überlegungen zur Erlangung strategischer Autonomie wurde die Europäische Kommission vom Europäischen Rat (2020) aufgefordert, strategische Abhängigkeiten zu identifizieren (siehe Abbildung 5.5). Wie die Analyse zeigt, ist die Europäische Union besonders von Importen aus China abhängig. So werden 52% der als sensibel identifizierten Produktkategorien aus China importiert, wobei die als kritisch für die EU erachteten Importe in Summe 6% aller Importe ausmachen (Europäische Kommission, 2021b). Die 2014 von der Europäischen Kommission vorgelegten Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse, bekannter als "Important Projects of Common European Interest" (IPCEI), legt gewisse Kriterien fest, nach denen Projekte nach Genehmigung der Europäischen Kommission gefördert werden dürfen (Europäische Kommission, 2014). Das erste Projekt wurde von der Europäischen Kommission für den Bereich Mikroelektronik genehmigt⁵¹⁾. 2017 wurde die Europäische Batterieallianz gegründet, mit dem Ziel eine Wertschöpfungskette in Europa

⁵¹⁾ Siehe <https://vdv.de/de/node/2283>.

aufzubauen, wobei hier der Fokus vor allem auf dem Automobilsektor lag⁵²). Das IPCEI für "paneuropäische Forschungs- und Innovationsvorhaben von sieben Mitgliedstaaten zu allen Segmenten der Batterie-Wertschöpfungskette" war dann auch das zweite von der Europäischen Kommission genehmigte⁵³). Es zielt darauf ab, wettbewerbsfähige Batterien für Elektroautos zu entwickeln. Mit den ersten IPCEIs scheint aus industriepolitischer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung gesetzt worden zu sein, allerdings erscheinen die Projekte zu klein und isoliert im Vergleich zur Unterstützung die US-amerikanische und chinesische Mitbewerber erfahren (Stöllinger, 2021).

Das EU-Wettbewerbsrecht befindet sich derzeit ebenso in Überarbeitung. Hier gibt es allerdings unterschiedliche Frontlinien zwischen den Mitgliedstaaten. Während sich Frankreich und Deutschland für eine Aufweichung, mit dem Ziel die Schaffung "internationaler Champions" zu erleichtern, ausgesprochen haben, hat sich eine Gruppe von Mitgliedstaaten in einem offenen Brief dagegen ausgesprochen⁵⁴⁵⁵).

Die Indopazifikstrategie zur Absicherung des regelbasierten Handels. Im September 2021 präsentierte die Europäische Kommission mit dem Auswärtigen Dienst der EU (EEAS) ihre Indopazifikstrategie. In politischer Hinsicht werden in dieser die Festigung und Verteidigung einer regelbasierten Weltordnung, die Bewerbung inklusiver und effizienter multilateraler Kooperation basierend auf gemeinsamen Werten und Prinzipien sowie das Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erwähnt. Neben der Umsetzung und dem Abschluss von Handelsabkommen wird auf die Schaffung von resilienten und diversifizierten Lieferketten abgezielt. Kooperiert soll mit Partnern in der Region bezüglich des Schutzes vor unfairen Handelspraktiken sowie weiteren als unfair erachteten Praktiken wie zum Beispiel Subventionen für Industriesektoren, dem Ausüben von wirtschaftlichem Druck bei erzwungenem Technologietransfer und dem Diebstahl geistigen Eigentums werden (European Commission und High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, 2021). In ihrer Indopazifikstrategie hat sich die Europäische Kommission zum Ziel gesetzt die Handelsabkommen mit Australien, Neuseeland und Indonesien abzuschließen, sowie Verhandlungen mit Indien aufzunehmen. Darüber hinaus sollte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Malaysia, den Philippinen und Thailand erwogen werden bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Malaysia und Thailand abgeschlossen werden (European Commission und High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, 2021).

⁵²) Siehe Pressestatement von Kommissar Maroš Šefčovic vom 11. Oktober 2017, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_17_3861.

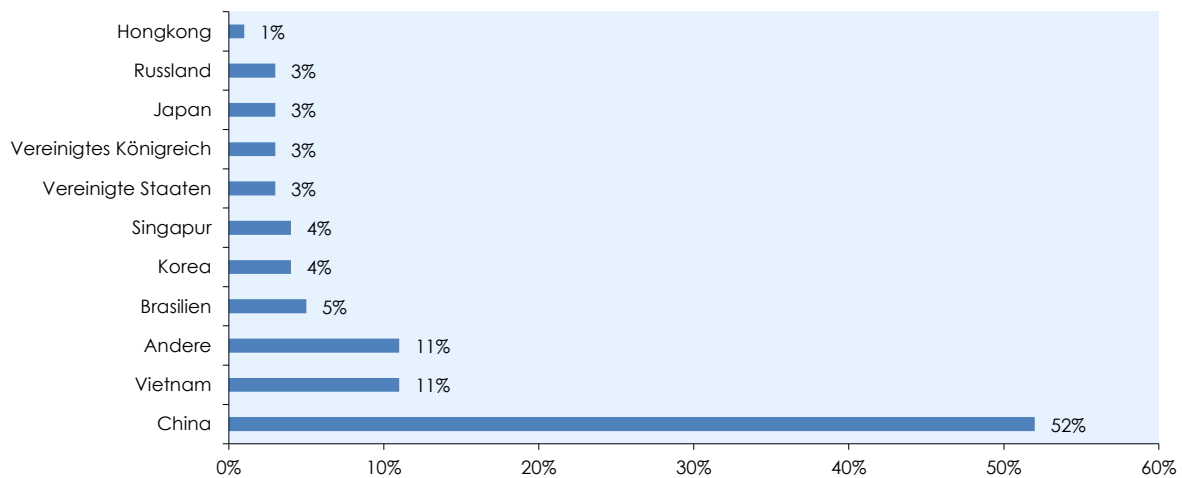
⁵³) Siehe Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 9. Dezember 2019, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_6705.

⁵⁴) Siehe Financial Times, "Paris and Berlin press Vestager on EU competition rules revamp", vom 6. Februar 2020, <https://www.ft.com/content/cd3b40e6-48c3-11ea-aeb3-955839e06441>.

⁵⁵) Siehe Brief von Ministern aus Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Schweden sowie dem Vorsitzenden der rumänischen Wettbewerbsbehörde an die Europäische Kommission, "Why strong EU competition and state aid rules matter", vom 11. November 2021, <https://www.government.nl/latest/news/2021/11/11/why-strong-eu-competition-and-state-aid-rules-matter>.

Abbildung 5.5: Anteil der 137 identifizierten Produkte, für die in sensitiven Ökosystemen der EU eine Abhängigkeit besteht

In % des Gesamtwertes der Einfuhren in die EU nach Ursprung



Quelle: Europäische Kommission (2021d).

Ausbau internationaler Beziehungen wird vorangetrieben. Weiters wurden im September die sogenannten Global Gateway Partnerships sowie der European Chips Act angekündigt. Bei den Global Gateway Partnerships handelt es sich in erster Linie um einen Dachbegriff für bereits bestehende entwicklungspolitische Aktivitäten europäischer Akteure. Auch wenn die Global Gateway Partnerships in ihrem Volumen nicht mit der chinesischen "Neuen Seidenstraße" mithalten können, werden die Global Gateway Partnerships als europäische Antwort auf diese verstanden und könnten von China auch als solche aufgefasst werden. Das angekündigte Paket European Chips Act soll eine Europäische Halbleiterforschungsstrategie, einen gemeinsamen Plan zum Ausbau Europäischer Produktionskapazitäten sowie einen Rahmen für internationale Kooperationen und Partnerschaften umfassen⁵⁶). Das geplante Investitionsvolumen ist allerdings noch unklar.

Aktuell befindet sich von der Europäischen Kommission der Legislativvorschlag für ein neues Handelsinstrument (Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen) in Vorbereitung⁵⁷). Dieses soll der Europäischen Kommission ermöglichen, Handels-, Investitions- oder andere Beschränkungen gegenüber Drittstaaten zu ergreifen, wenn Drittstaaten Sanktionen oder Zwangsmaßnahmen gegenüber der EU oder einzelnen Mitgliedstaaten ergreifen. Aufgrund der exklusiven Kompetenzen der Europäischen Union im Bereich Zollunion und Binnenmarkt können sich derzeit einzelne Mitgliedstaaten nämlich nicht gegen entsprechende Sanktionen von außen wehren, andererseits braucht es derzeit für jegliche Schritte in diese Richtung Einstimmigkeit unter den Mitgliedsstaaten. Aufgrund der nun hierfür gewählten Rechtsgrundlage, die diesen Text als handelspolitisches Instrument juristisch verorten würde, könnte die Europäische Kommission allein, ohne Abstimmung im Rat, Wirtschaftssanktionen gegenüber Drittstaaten einleiten.

⁵⁶) Siehe dazu den Blogbeitrag von Thierry Breton, "How a European Chips Act will put Europe back in the tech race", vom 15. September 2021, <https://www.linkedin.com/pulse/how-european-chips-act-put-europe-back-tech-race-thierry-breton/?>.

⁵⁷) Siehe Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 23. März 2021, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_1325.

Europäische Legislativvorschläge als Teil der Antworten auf strategische Abhängigkeiten. Der Green Deal, mit dem Ziel der Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% und die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null zu reduzieren, ist über die ökologische Dimension hinausgehend von Bedeutung. Die Verlagerung hin zu erneuerbaren Energien und die Notwendigkeit zur drastischen Reduktion des Energieverbrauchs werden nämlich auch zu einer entsprechenden Reduktion an Energieimporten und der daraus resultierenden aktuell noch existierenden Abhängigkeiten führen. Beispielsweise wurden 2019 61% des europäischen Energiebedarfs aus Importen gedeckt, wobei die wichtigsten Herkunftsländer hier insbesondere Russland und Norwegen waren⁵⁸). Weiters schafft die Aufbau- und Resilienzfazilität Spielraum für Investitionen in Digitalisierung. Laut den bisher genehmigten 22 Aufbau- und Resilienzplänen sind ca. ein Viertel der von den Mitgliedstaaten geplanten Investitionen in Digitalisierung geplant⁵⁹). Auf Grundlage der bis letzten Sommer vorgelegenen Aufbaupläne errechnete Bruegel (2021) ein Volumen von knapp 121 Mrd. €.

5.2 Mittelfristige Prognose der globalen Handelsentwicklung

Die Erholung des Welthandels zeigt einen V-förmigen Verlauf. Aufgrund der raschen Erholung der internationalen Warenströme und der optimistischen Wachstumsszenarien fällt auch die mittelfristige Prognose relativ optimistisch aus⁶⁰). Dies stützt sich auf folgende Gründe: Erstens, fiel der Rückgang des Welthandels weitaus weniger stark aus als befürchtet. Nominell ging der Warenhandel 2020 auf Dollarbasis um 8% zurück (WTO, 2021a). Zweitens nahm die Erholung des Welthandels 2021 einen V-förmigen Verlauf. Nach dem COVID-19-bedingten Rückgang der internationalen Warenströme erholte sich der Welthandel wesentlich rascher als dies nach den Handelseinbrüchen 2009 und 2015 der Fall war (UNCTAD, 2021). So hatte der Welthandel, ausgehend vom 1. Quartal 2020, bereits nach vier Quartalen das Niveau von vor der COVID-19-Pandemie wieder erreicht, während im Zuge der Globalen Finanzkrise die kumulierten Handelsverluste erst nach 12 Quartalen wieder wett gemacht werden konnten. Somit kam es zu einer V-förmig verlaufenden Erholung (siehe auch Arriola et al., 2021) und nicht wie befürchtet einer verzögerten Erholung (U-Form-Szenario) oder einem gänzlichen Ausbleiben der Erholung für längere Zeit (L-förmiges Szenario). Drittens ist das prognostizierte Wachstum des globalen BIP stärker als erwartet. Der stärkere Aufschwung der Konjunktur entfaltete positive Impulse für die Nachfrage, einschließlich der Importnachfrage. Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung in unterschiedlichen Regionen ungleich ausfällt, so wird er im Jahr 2021 global betrachtet stärker ausfallen, als noch zu Jahresbeginn erwartet (WTO, 2021a).

Mittelfristige Handelsdynamik bleibt erhalten. Abbildung 5.6 zeigt unsere rezente Prognose⁶¹). Der Index des globalen Warenhandels wird bis 2026 einen Wert von fast 130 erreichen (Basisjahr 2016). Das während der Pandemie verlorene Terrain wird demnach rasch wieder aufgeholt. Ähnlich stellt sich die Situation für die EU dar. Nach dem dynamischen Wachstum im Jahr 2021 sollte die Entwicklung im Jahr 2022 wieder mehr oder weniger zum längerfristigen

⁵⁸) Siehe Eurostat, "From where do we import energy?", <https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy/bloc-2c.html#carouselControls?lang=en>.

⁵⁹) Siehe Europäische Kommission, "Aufbau- und Resilienzfazilität", https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/recovery-coronavirus/recovery-and-resilience-facility_de#die-aufbau-und-resilienzfazilitaet.

⁶⁰) Die Auswirkungen der neuen Mutation Omikron sind in diesen noch nicht enthalten.

⁶¹) Diese Zahlen beruhen auf dem im Jahresgutachten 2021 (Oberhofer et al., 2021b) vorgestellten Modell, das jedoch teilweise adaptiert wurde. Insbesondere werden ab nun UN COMTRADE Daten verwendet und eine Adaption des Schätzverfahrens angewendet.

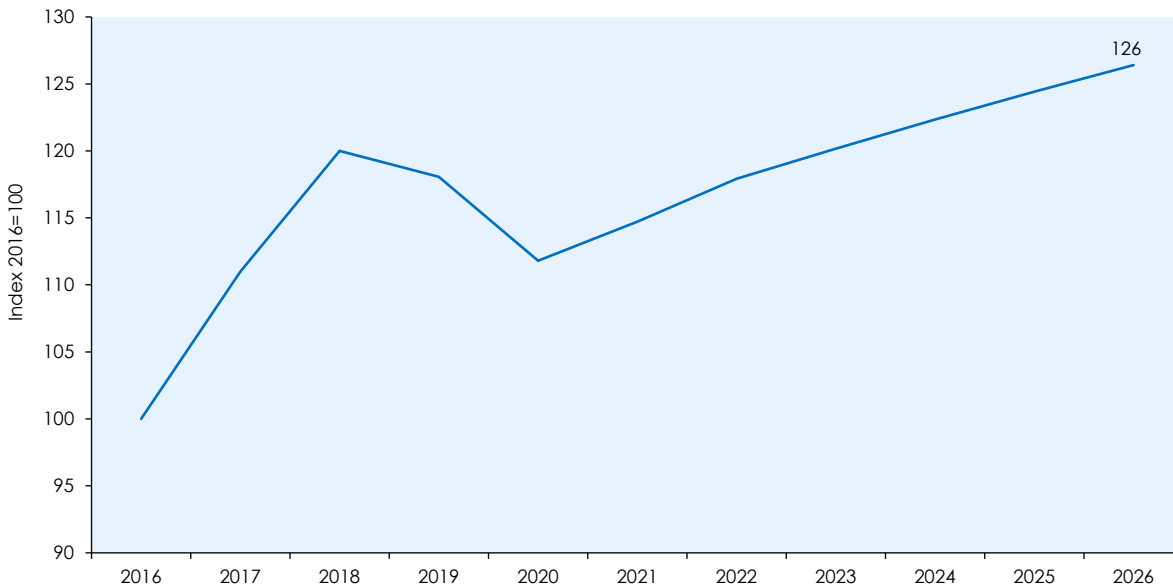
Trendwachstum zurückkehren. Diese Prognosen legen den Schluss nahe, dass die COVID-19-Pandemie zumindest im Warenhandel keine nachhaltigen Spuren hinterlassen wird. Ein Faktor, der trotz des raschen und kräftigen Aufschwungs des Welthandels zu nachhaltigen Veränderungen, wenn nicht notwendigerweise in quantitativer Hinsicht, so möglicherweise doch in qualitativer Hinsicht, führen könnte, sind die Änderungen bei den internationalen Wertschöpfungsketten, die jedoch sicherlich längerfristig vor sich gehen.

Abbildung 5.6: Exportentwicklung und Modellprognose des Warenhandels 2016-2026

(a) Warenhandel – Welt



(b) Warenhandel – EU

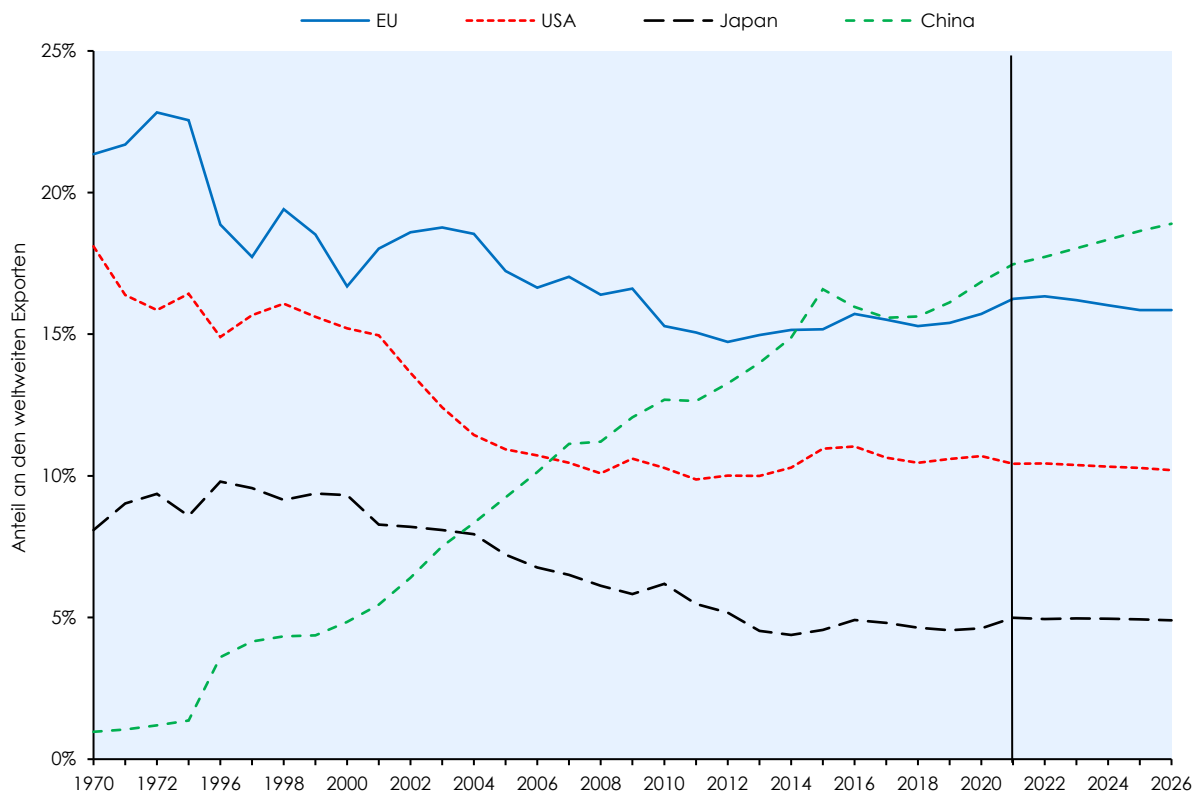


Anmerkung: Prognose ab 2022. Daten für 2021: Welt: WTO, EU: Eurostat;
Quelle: BACI-Datenbank; UN COMTRADE; WTO International Trade Datenbank.

Anhaltende Verschiebungen der weltweiten Exportanteile. Nachdem alles darauf hindeutet, dass China schneller als andere Länder die COVID-19-bedingte Rezession überwunden hat, überrascht es nicht, dass China in den Jahren 2021 bis 2026 gemäß den Prognosen weiter

globale Exportanteile hinzugewinnt. Konkret ist gemäß den Modellergebnissen zu erwarten, dass Chinas Weltmarktanteil um weitere knapp 3 Prozentpunkte auf fast 19% zulegt (Abbildung 5.7). Zwar deutet die Prognose auf keinen Strukturbruch hin, doch lässt sie erwarten, dass Chinas – nun schon vier Jahrzehnte andauernde – Ausweitung des Exportmarktanteils tendenziell nachlässt. Obwohl sich dieser Trend abschwächt, wird China in gewisser Weise als Gewinner aus der Krise hervor gehen. Die USA hingegen dürften marginale Einbußen hinnehmen müssen, jedoch auch 2026 einen Marktanteil von etwas über 10% halten können. Japan sollte in der Lage sein, wie schon in den Jahren 2015 bis 2019, seinen Exportanteil konstant zu halten. Die EU kann gemäß der Modellschätzung ihren Exportanteil ebenfalls halten, bzw. geringfügig auf fast 16% steigern. Insgesamt zeigt sich somit, dass trotz der durch die Pandemie verursachten Verwerfungen im Handel keine großen Verschiebungen in den globalen Mustern zu erwarten sind (unter der Voraussetzung, dass die den Szenario unterstellten Wachstumsraten tatsächlich eintreten). Umgekehrt heißt das, dass die oben beschriebenen Abhängigkeiten – insbesondere von China oder Asien insgesamt – größtenteils erhalten bleiben dürften.

Abbildung 5.7: Weltmarktanteile und Modellprognose an den Güterexporten, 1970 bis 2026



Anmerkung: Exklusive Intra-EU-Handel. Modellprognose ab 2021. Die aus den Modellschätzungen resultierenden Wachstumsraten der Exporte wurden auf die WTO Handelsdaten angewandt.

Quelle: WTO International Trade Statistics, BACI-Datenbank, UN COMTRADE, wiw-Berechnungen.

Das wirtschaftliche Gravitationszentrum verschiebt sich weiter Richtung Asien. Um die mittelfristigen Entwicklungen des Welthandels in den nächsten Jahren besser einordnen zu können, ist die massive langfristige Verschiebung in den Marktanteilen der weltweiten Exporte in Richtung Asien, die schon länger im Gang ist, zu berücksichtigen. China ist allein schon aufgrund seiner Größe die treibende Kraft hinter dem Bedeutungsgewinn Ostasiens als Wirtschafts- und Handelsmacht. Beginnend mit den späten 1970er-Jahren konnte China,

ausgehend von einer unbedeutenden Rolle als Güterexporteur, seinen Weltmarktanteil kontinuierlich steigern. Mit dem WTO-Beitritt des Landes 2001 und dem Auslaufen des Multifaserabkommens 2005 beschleunigte sich dieser Trend, sodass im Jahr 2020 Chinas Ausfuhren fast 17% der weltweiten Exporte ohne Intra-EU-Handel betragen. Gleichzeitig ist dieser Aufstieg Chinas zum weltweit führenden Güterexporteur ein Hauptgrund für die bestehenden Spannungen im Welthandelssystem und auch Grund für manche der europäischen Abhängigkeiten. Sowohl die USA als auch die EU fürchten um ihre wirtschaftliche und technologische Führungsrolle und damit um die Gestaltungshoheit über die internationalen Spielregeln, von der Behandlung staatlicher Unternehmen bis zum Schutz geistigen Eigentums. In einer derartigen Konstellation ist das Auftreten von Handelskonflikten, aus einer weltwirtschaftstheoretischen Perspektive, wenig überraschend (Wallerstein, 1974).

Das Ende der Global Value Chain-Revolution bedeutet Ende des globalen Exportbooms. Das Spiegelbild des Aufstiegs Chinas zur führenden Exportnation sind Verluste von Weltmarktanteilen der Triade-Volkswirtschaften, USA Japan und EU. Grundsätzlich muss die zu beobachtende Verschiebung des Gravitationszentrums des Welthandels zu Gunsten Chinas (und anderer Schwellenländer wie Thailand, Indonesien oder Indien) nicht notwendigerweise einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der etablierten Handelsnationen bedeuten; insbesondere nicht, da die Handelsvolumen absolut weiter steigen. Dies war in der jüngeren Vergangenheit und insbesondere während der Ära der Global Value Chain-Revolution zweifelsohne der Fall (Baldwin, 2016). Zwischen 1990 und 2007 wuchsen die weltweiten Güterexporte jährlich im Durchschnitt um fast 8%. Inzwischen ist jedoch die Dynamik von globalen (sowie auch regionalen) Wertschöpfungsketten zum Erliegen gekommen (Constantinescu et al., 2015; Stöllinger et al., 2018)⁶², was einerseits zu einer Intensivierung des Wettbewerbs und der Rivalitäten in bestehenden und neuen Märkten führt und andererseits aufgrund der Verfestigung der Lieferstrukturen die Debatten um strategische Abhängigkeiten anheizt.

5.3 Schlussbemerkungen

Die unerwartet rasche Erholung der weltweiten Handelsströme bedeutet, dass die COVID-19-Pandemie keine nachhaltige Störung im internationalen Warenhandel verursachte. Etwas anders gestaltet sich die Lage im Dienstleistungsbereich, wo einige Sektoren, allen voran der Reiseverkehr, noch unter den verbleibenden Reisebeschränkungen und Unsicherheiten leiden. Weniger abschätzbar sind aber mittel- und längerfristige Auswirkungen des COVID-19-Schocks. Bleiben neuerliche größere Änderungen oder neuerliche Verwerfungen des Handels aus, würde dies ebenso für längerfristige Handelsverluste gelten. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zu wesentlichen strukturellen Änderungen im Welthandel kommen kann. Dies betrifft insbesondere die Organisation von internationalen Wertschöpfungsketten und den Handel von Zwischenprodukten, die sich für die Hälfte bis zwei Drittel des internationalen Handels verantwortlich zeichnen. Feststehen dürfte, dass Unternehmen aber auch Staaten in Zukunft größeres Augenmerk auf Strategien zur Risikominderung legen werden, um die Robustheit und Resilienz ihrer Lieferketten sicher zu stellen (siehe auch Arriola et al., 2021). Manche dieser Umstellungen könnten mit zusätzlichen Kosten verbunden sein, sodass sich ein neuer Trade-off zwischen Effizienz und Resilienz der

⁶² Trotzdem spielen internationale Wertschöpfungsketten weiterhin eine bedeutende Rolle im Welthandel, werden doch die Hälfte (Weltbank, 2019) bis zwei Drittel des weltweiten Handels (Weltbank und WTO, 2019) dem GVC-bezogenen Handel zugerechnet.

internationalen Produktionsprozesse ergibt. Internationale Wertschöpfungsketten könnten dadurch wieder etwas regionaler ausgerichtet werden. Das bedeutet keine Abkehr von der Globalisierung, sondern vielmehr eine Umorientierung, möglicherweise eine Verlangsamung des Globalisierungsprozesses. Diese "Regionalisierung" der internationalen Produktion ist aber nur bedingt auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen, sondern das Ergebnis des sich ändernden internationalen Umfelds. Die wesentlichen Treiber dieses Umfelds sind die geopolitischen Spannungen, der digitale Wandel und in Zukunft möglicherweise die Ökologisierung der europäischen Volkswirtschaften. Wie dieses Kapitel gezeigt hat, hat diese Tendenz zur "Regionalisierung" und Restrukturierung von Wertschöpfungsketten auf europäischer Ebene schon vor der COVID-19-Pandemie eingesetzt, erfuhr allerdings durch diese eine Beschleunigung. Die europäische Politik versucht hier sehr wohl aktiv zu steuern, wie beispielsweise die oben angeführten Initiativen wie IPCEIs und die daraus entstandenen Projekte oder die Kritikalitätsbewertungen zeigen. Die europäische Entwicklung ist hier eine graduelle, einerseits wird weiter auf Freihandel gesetzt und andererseits wird das Augenmerk stärker auf Resilienz- und Versorgungssicherheit gelegt. Insbesondere der Green Deal und die Aufbau- und Resilienzfazilität haben hier doppeltes Potential, grünen Wandel und Digitalisierung voranzutreiben und gleichzeitig die Resilienz gegenüber Drittstaaten zu stärken. Die offene Konfrontation mit China wird gemieden, wohl aber Aspekte wie Forschungsfreiheit oder der Schutz vor unfairen Handelspraktiken stärker betont und die Partnersuche im indopazifischen Raum nach Partnern außerhalb Chinas verstärkt.

6. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Harald Oberhofer

Das vorliegende FIW-Jahresgutachten des Kompetenzzentrums "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW) widmet sich den aktuellen Entwicklungen der österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen. **Die Analyse zeigt, dass vor allem für das Kalenderjahr 2021 einige unerwartete und vom allgemeinen Trend abweichende Entwicklungen zu beobachten sind.**

Zum einen bilanziert die österreichische Leistungsbilanz im Jahr 2021 seit 2001 zum ersten Mal wieder negativ. Zurückzuführen ist dies auf ein Bündel von Faktoren: Die Warenimporte sind nominell betrachtet deutlich stärker als die Warenexporte gestiegen. Während sich die Exportpreise um 2,2% erhöhten, stiegen die Preise für Importe, vor allem von dauerhaften Konsumgütern, um 5%. Als Folge ergibt sich eine deutlich negative Handelsbilanz mit einem Defizit von rund 11 Mrd. € (-2,7% des BIP). Gleichzeitig entwickelten sich die österreichischen Dienstleistungsexporte auf Grund der ausgefallenen Wintersaison 2020/21 schlecht. Die Einbußen aus diesen frühen Monaten im Jahr 2021 konnten über das Jahr nicht mehr vollständig kompensiert werden. Die Dienstleistungsimporte haben sich im Gegensatz hierzu dynamisch entwickelt. Im Ergebnis verschlechterte sich der österreichische Dienstleistungssaldo in den ersten drei Quartalen des Jahres 2021 nach den vorläufigen VGR-Daten der Statistik Austria um 4,9 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €. Dementsprechend weist die prognostizierte Leistungsbilanz für das Jahr 2021 ein Defizit von 3,2 Mrd. € (-0,8% des BIP) aus.

Zum anderen zeigt das Jahr 2021 gemäß vorläufigen Daten der Statistik Austria für die ersten drei Quartale relativ viele Veränderungen in der Rangreihenfolge der wichtigsten Exportmärkte für die österreichische Wirtschaft. Von den 13 wichtigsten Exportpartnern verbesserten sich 2021 fünf jeweils um einen Platz. Dazu zählen Italien, Polen, Ungarn, China und Slowenien. Jeweils einen Rang verloren haben die USA, Frankreich, Tschechien, das Vereinigte Königreich und die Slowakei. Italien übernahm von den USA den zweiten Platz in der Reihung der wichtigsten österreichischen Exportmärkte. Betrachtet man diesen Platzwechsel genauer, so lässt sich dieser vor allem auf Rohstoffexporte, die in den nominellen Exportwerten vor allem die hohen Teuerungsraten bei Holz widerspiegeln, zurückführen. China wurde zum neuntwichtigsten Exportmarkt und überholte das Vereinigte Königreich. Dieser Positionswechsel kam in der Vergangenheit schon vor, dürfte aber im letzten Jahr zum Teil auch auf negative Handelseffekte des britischen Austritts aus der EU zurückzuführen sein. Importseitig hat China als Handelspartner weiter kräftig zugelegt und den Platz als zweitwichtigstes Partnerland nach Deutschland abgesichert.

Als drittes Phänomen beherrschen die Lieferengpässe und Materialknappheiten die Dynamik des internationalen Warenhandels sowie die Inflationsentwicklung in den großen Industrienationen. Die Verschiebung der Nachfragestruktur zu dauerhaften Konsumgütern hat in Kombination mit COVID-19-bedingten Angebotsbeschränkungen zu einem starken Nachfrageüberhang geführt. Die Entscheidung der OPEC+-Staaten, die Förderung von Rohöl und Erdgas nicht wesentlich auszuweiten, übt aktuell einen starken Preisdruck auf Treibstoffe und Energie aus. Als Folge sehen wir aktuell Inflationsraten, wie seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr. In den restlichen Wintermonaten dürfte die Inflation hoch bleiben. Unter der Annahme, dass in der Nachfrage Sättigungseffekte eintreten und sich die globalen

Lieferschwierigkeiten und Materialengpässe kontinuierlich auflösen, dürfte die Inflation danach bis zum Ende des Jahres stetig fallen. Aktuelle Prognosen gehen für Österreich dennoch von einer Inflationsrate von 3,3% für das Gesamtjahr 2022 aus (Baumgartner, 2021).

In Bezug auf die Entwicklung der Leistungsbilanz kommt die aktuelle Prognose in diesem Jahresgutachten zum Schluss, dass mit dem Jahr 2022 tendenziell eine leichte Normalisierung eintreten dürfte. Das Handelsbilanzdefizit wird auch heuer vergleichsweise groß ausfallen, allerdings dürften sich die Dienstleistungsexporte und hier insbesondere die Reiseverkehrsexporte erholen. Im Ergebnis sollte dies zu einem größeren Dienstleistungsüberschuss führen, der in der Lage sein wird, die negative Handelsbilanz mehr als zu kompensieren. **Im Ergebnis wird die Leistungsbilanz mit einem Überschuss von rund 3,5 Mrd. € oder 0,8% des BIP reüssieren.** Im kurzfristigen Prognosehorizont werden die Überschüsse jedoch deutlich unterhalb jener der 2010er-Jahre liegen.

Aus wirtschafts- und handelspolitischer Perspektive legen die Ergebnisse des Jahresgutachtens einige Schlussfolgerungen nahe: Die aktuellen Preisentwicklungen von Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas sowie Materialengpässe befeuern die Debatte über möglicherweise zu starke Abhängigkeiten der österreichischen (Außen)wirtschaft von einigen Partnerländern. **In Bezug auf Rohstoffe zur Energiegewinnung spielt in diesem Kontext die europäische Strategie zur "Green Transformation" eine zentrale Rolle.** Die Anstrengungen zum Aufbau von nachhaltigen und umweltfreundlichen Technologien innerhalb der EU müssen demzufolge verstärkt und beschleunigt werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach den effektivsten Überbrückungstechnologien bis zum Erreichen einer vollständig CO₂-neutralen Energiegewinnung. Auf europäischer Ebene ist diese Diskussion spätestens mit der Debatte über die EU-Taxonomie angekommen. Über die Frage der Förderwürdigkeit von unterschiedlichen Energiegewinnungstechnologien hinausgehend, könnte die Politik zur Beschleunigung der Zielerreichung zusätzlich (oder aber auch alternativ) noch stärker auf marktbasierende Mechanismen setzen. Eine schnellere Anhebung der CO₂-Preise würde Anreize schaffen, die Umstellung auf neue Technologien durch die Energieproduzenten voranzutreiben.

Im Hinblick auf Materialengpässe und Lieferprobleme bei Zwischenprodukten stellt sich die handels- und wirtschaftspolitische Frage nach Verbesserungspotentialen in der Resilienz von europäischen und österreichischen Wertschöpfungsketten. Zum einen wirft dieser Punkt die Frage nach Rückverlagerungen der Produktion von vor allem strategisch als wichtig erachteten Waren wie etwa Batterien auf. Hierbei erscheint eine tiefgreifende Analyse der Bestimmungsfaktoren für die Auslagerung dieser Produktion notwendig, um eine evidenzbasierte wirtschaftspolitische Entscheidung ableiten zu können. Grundsätzlich zeigen sich jedoch schon erste Tendenzen zu einer Verkürzung der globalen Wertschöpfungsketten hin zu regional näherliegenden Produktionsstätten. Dieser Ansatz könnte in der Lage sein, die Transportproblematik zu entschärfen. Allerdings könnte hiermit auch ein Anstieg von Clusterrisiken einhergehen, die die Produktion anfälliger für regionale begrenzte Schocks machen und damit nur bedingt zu einer verbesserten Resilienz beitragen.

Eine weitere Diversifizierung der Wertschöpfungsketten und damit eine breit gestreute globale Arbeitsteilung könnten diesem genannten Problem ebenso entgegenwirken, wie der Aufbau und die Haltung von (strategischen) Lagern. Die Umstellung der Just-in-time-Produktion zu (zumindest) teilweisen Just-in-case-Abläufen könnte die Versorgungssicherheit mit wesentlichen Vorleistungen und Halbfertigprodukten stärken. Eine weitere regionale Diversifikation von Zulieferbeziehungen muss natürlich auch vor dem Hintergrund von klimapolitischen Veränderungen betrachtet werden. Mittelfristig ist davon auszugehen, dass

Transportkosten durch den vermehrten Einsatz von CO₂-Bepreisungsmechanismen steigen werden und hierdurch mehr Kostenwahrheit geschaffen wird. Globale Transporte werden teurer werden, was wiederum zu einer verstärkten Regionalisierung von Wertschöpfungsketten führen dürfte. Global betrachtet könnte der grüne Wandel durch die Verteuerung fossiler Energieträger über die CO₂-Bepreisung somit zumindest kurzfristig inflationsfördernd wirken. Der europäische Green Deal kann jedoch, falls erfolgreich umgesetzt, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren, und damit deren Auswirkung auf das Inflationsgeschehen durch eine Verringerung der Importe dieser Güter. In der Implementierungsphase sind jedoch auch die verteilungspolitischen Konsequenzen des Ausstiegs aus CO₂-intensiven Produkten zu berücksichtigen. Ein Anstieg des CO₂-Preises hat eine regressive Wirkung und trifft somit Haushalte mit relativ niedrigen Einkommen und vergleichsweise energieintensiven Lebensstilen verhältnismäßig stark.

7. Literatur

- Arriola, C., Kowalski, P., & van Tongeren, F. (2021). The Impact of COVID-19 on Directions and Structure of International Trade. *OECD Trade Policy Paper*, (252).
- Baldwin, R. (2016). *The Great Convergence. Information Technology and the New Globalization*. Cambridge, M.A, London, Belknap Press.
- Baumgartner, J. (2021). Verbraucherpreise in Österreich 2021 bis 2023: Entwicklung und Ausblick. *WIFO Research Briefs*, (14).
- Belyi, A. (2021). Russia and the European gas crisis. *wiiw Monthly Report*, (10), 18-25.
- Bruegel. (2021). *European Union countries' recovery and resilience plans*. <https://www.bruegel.org/publications/datasets/european-union-countries-recovery-and-resilience-plans/>
- Christen, E., & Wolfmayr, Y. (2021). Verzögerungen und starke Preissteigerungen im Containerfrachtverkehr – Bedeutung für den österreichischen Außenhandel. *WIFO Research Brief*, (7). https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationid=67239&mime_type=application/pdf
- Constantinescu, C., Mattoo, A., & Ruta, M. (2015). The Global Trade Slowdown: Cyclical or Structural?. *IMF Working Paper*, (15/6).
- Dachs, B., Kinkel, S., & Jäger, A. (2019). Bringing it all back home? Backshoring of manufacturing activities and the adoption of industry 4.0 technologies. *Journal of World Business*, 54(6), 1-15.
- Ederer, St., & Schiman, St. (2021). *Prognose für 2021 bis 2023: Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich*. WIFO-Konjunkturprognosen, Dezember.
- Eppinger, P., Felbermayr, G., Krebs, O., & Kukharsky, B. (2021). Decoupling Global Value Chains. *CESifo Working Paper*, (9079).
- Europäische Kommission. (2014). *Mitteilung der Kommission- Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt*. ABl. C 188, 4–12.
- Europäische Kommission. (2019). *Der europäische Grüne Deal*. COM(2019) 640 final, Brüssel, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_de.pdf.
- Europäische Kommission. (2020a). *Eine überarbeitete Handelspolitik für ein stärkeres Europa*. Konsultationspapier, 16. Juni.
- Europäische Kommission. (2020b). *Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den europäischen Rat, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken*. COM(2020) 474 final, Brüssel.
- Europäische Kommission. (2021a). *Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den europäischen Rat, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Überprüfung der Handelspolitik –Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik*. COM(2021) 66 final, Brüssel.
- Europäische Kommission. (2021b). *Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den europäischen Rat, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen*. COM(2021) 350 final, Brüssel.
- Europäische Kommission. (2021c). *Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems*. COM(2021) 564 final, Brüssel.
- Europäische Kommission. (2021d). *Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den europäischen Rat, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen*. COM(2021) 350 final, Brüssel.
- Europäische Kommission. (2021e). *Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Klima-Sozialfonds*. COM(2021) 568 final, Brüssel.
- Europäischer Rat. (2020). *Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (1. und 2. Oktober 2020) – Schlussfolgerungen*. EUCO 13/20, Brüssel. www.consilium.europa.eu/media/45919/021020-euco-final-conclusions-de.pdf
- European Commission. (2020). *2030 Climate Target Plan Impact Assessment*. SWD(2020) 176 final, Brussels.

- European Commission, & High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. (2021). *Joint Communication to the European Parliament and the Council The EU strategy for cooperation in the Indo-Pacific*. JOIN(2021) 24 final, Brussels.
- European Parliament. (2021). *Chinese countersanctions on EU entities and MEPs and MPs*, European Parliament resolution of 20 May 2021 on Chinese countersanctions on EU entities and MEPs and MPs. 2021/2644(RSP), Brussels.
- European Political Strategy Centre (EPSC). (2019). *EU Industrial Policy after Siemens-Alstom. Finding a new balance between openness and protection*. Brussels. https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/epsc_industrial-policy.pdf.
- Federico, G., & Tena-Junguito, A. (2016). World trade, 1800-1938: a new data-set. *EHEC Working papers in Economic History*, (0093). http://www.ehes.org/EHES_93.pdf
- Fortunato, P. (2020). *How COVID-19 is changing global value chains*. UNCTAD News, 2. September. <https://unctad.org/en/pages/newsdetails.aspx?OriginalVersionID=2460>.
- Friesenbichler, K. S., & Hölzl, W. (2021). Deutliche Erholung der Investitionen der Sachgütererzeugung von der COVID-19 Krise. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 94(7), 503-512.
- Fritz, O., & Burton, A. (2021). *Tourismusanalyse Mai bis September 2021: Nachfrage zieht zunehmend an, 22% mehr Einnahmen als im Vorjahr. COVID-19-Infektionsgeschehen trübt allerdings Aussichten auf die Wintersaison*. WIFO-Pressesaussendungen, 9. November. <https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?rel=de&content-id=1487278189573&j-cc-node=news&j-cc-id=1635461232700>
- Gaulier, G., & Zignago, S. (2010). BACI: International Trade Database at the Product-level. *CEPII Working Paper*, (2010-23).
- Grübler, J., & Stöllinger, R. (2020). EU-Freihandelsabkommen: Was liegt auf dem Tisch?. *FIW Policy Briefs*, (47).
- Hanzl-Weiss, D., & Reiter, O. (2022). Semiconductor shortage impacting the CEE automotive industry. *wiiv Monthly Report*, Jänner.
- Hendriks, B., van Heuvelen, H., & Soderhulzen, B. (2022). *CPB World Trade Monitor November 2021*. 25. Jänner.
- Hoekman, B. M. (2015). Trade and growth – end of an era?. In Hoekman, B. M. (ed.). *The global trade slowdown: a new normal?*. VoxEU E-Book, CEPR Press, 3-19.
- ifo. (2021). ifo Konjunkturprognose Winter 2021: Lieferengpässe und Coronawelle bremsen deutsche Wirtschaft aus. *ifo Schnelldienst*, Sonderausgabe Dezember.
- IMF.(2022). *World Economic Outlook Update*, Jänner.
- Javorcik, B. (2020). Global supply chains will not be the same in the post-COVID-19 world. In Baldwin, R., & Evenett, S. J, (Hrsg.). *COVID-19 and Trade Policy: Why Turning Inward Won't Work*. VoxEU E-Book, CEPR Press, 111-116.
- Joint Research Centre (JRC). (2017). *The 2017 PREDICT Key Facts Report: An analysis of ICT R&D in the EU and beyond*. Joint Research Centre, Luxemburg.
- Klien, M., Böheim, M., Firgo, M., Reinstaller, A., Reschenhofer, P., & Wolfmayr, Y. (2021). *Stärkung der Unabhängigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich bei kritischen Produkten*. WIFO-Studie für die Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer.
- Mian, A., Straub, L., & Sufi, A. (2021). *What explains the decline in R*? Rising income inequality versus demographic shifts*. Jackson Hole Economic Symposium, Federal Reserve Bank of Kansas City, August.
- Miroudot, S. (2020). Resilience versus robustness in global value chains: Some policy implications. In Baldwin, R., & Evenett, S. J, (Hrsg.). *COVID-19 and Trade Policy: Why Turning Inward Won't Work*. VoxEU E-Book, CEPR Press, 17-130.
- Moltof, L., Zandee, D., & Cretti, G. (2021). *Unpacking open strategic autonomy*. Clingendael Report.
- Oberhofer, H., Stehrer, R., Stöllinger, R., Wolfmayr, Y. (2021a). *FIW Jahresgutachten. Die österreichische Außenwirtschaft UPDATE 2021*. FIW.
- Oberhofer, H., Stehrer, R., Astrov, V., Stöllinger, R., & Wolfmayr, Y. (2021b). *FIW Jahresgutachten. Die österreichische Außenwirtschaft 2021*. FIW.
- OECD. (2020). *COVID-19 and Global Value Chains: Policy Options to Build More Resilient Production Networks, Tackling coronavirus (COVID-19) series*. 3. Juni. <https://read.oecd-ilibrary.org/8d9a1c5b-0dee-43b8-ba7f-13adf83f1e64>
- OECD. (2021). *OECD Main Science and Technology Indicators – Highlights on R&D expenditure*. March 2021 release. <http://oe.cd/msti>

- Pisani-Ferry, J. (2021). Climate Policy is Macroeconomic Policy, and the Implications Will Be Significant. *Policy Brief*, 21-20, Peterson Institute for International Economics.
- Rees, D., & Rungcharoenkitkul, P. (2021.) Bottlenecks: causes and macroeconomic implications. *BIS Bulletin*, (48).
- Reiter, O., & Stehrer, R. (2021). Learning from Tumultuous Times: An Analysis of Vulnerable Sectors in International Trade in the Context of the Corona Health Crisis. *wiiw Research Report*, (454).
- Stehrer, R., & Vujanovic, N. (2021). The Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) agreement: Economic implications for the EU27 and Austria. *FIW Policy Briefs*, (54).
- Stöllinger, R. (2021). ICT Industries: The Eternal Concern of EU Industrial Policy. *wiiw Monthly Report*, Jänner.
- Stöllinger, R., Hanzl-Weiss, D., Leitner, S. M., & Stehrer, R. (2018). Global and Regional Value Chains: How Important, How Different?. *wiiw Research Report*, (427).
- UNCTAD. (2021). *Global Trade Update*, Mai.
- UNCTAD. (2021). *Investment Trends Monitor*, October.
- von der Leyen, U. (2021). *Lage der Union*. Rede. https://ec.europa.eu/info/strategy/strategic-planning/state-union-addresses/state-union-2021_de
- Wallerstein, I. (1974). *The modern world-system The Modern World-System I: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century, With a New Prologue*. University of California Press.
- Weltbank. (2019). *World Development Report 2020. Trading for Development in the Age of Global Value Chains*. Washington, D.C., World Bank Group.
- wiiw. (2021). *Recovery beating expectations. Autumn Forecast Report*, October.
- wiiw. (2022). Strong growth but big downside risks in 2022: economic forecasts for Eastern Europe for 2022-24. Winter Forecast Update. *Monthly Report*, (1).
- World Bank. (2022). *Global Economic Prospects*, January.
- WTO. (2020). *Report on G20 Trade Measures (mid-October 2019 to mid-May 2020)*. 29. Juni.
- WTO. (2021a). World trade primed for strong but uneven recovery after COVID-19 pandemic shock. *Trade Statistics and Outlook, Press Release*, (876).
- WTO. (2021b). *Overview of Developments in the International Trading Environment, Report of the Trade Policy Report Body, Mid-October 2020 to mid-October 2021*. WT/TPR/OV/24, 22. November.
- WTO. (2021c). *Goods Trade Barometer*, 23. September.
- WTO. (2021d). *World Trade Report 2021. Economic resilience and trade*. Geneva, Switzerland.